Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Münzstr. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Münzstr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf.— Insertionsgebühr: die 7gespaltene Kolonelzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 1 Mk. Zeitungspreisliste Seite 429

Nr. 44. **Magdeburg, Dienstag den 22. Februar 1910.** **21. Jahrgang.**

Dem Kämpfer und Führer.

Ein weiter Weg von Köln-Brauweiler über Leipzig nach Berlin und von dort aus auf den Flügeln, die die parlamentarische Tribüne verleiht, um die ganze zivilisierte Erde! Ein weiter und steiler Weg von der Wetzlarer Volksschule über die Gesellen- und Bildungsvereine bis zu der ragenden Höhe des vielgelesenen Schriftstellers und Politikers! Ein weiter und dornenvoller Weg von dem glutvollen Propheten einer kleinen belächelten Sekte bis zum Führer einer gewaltigen, gefürchteten Proletarierarmee aller Zungen und Zonen!

In dem willkommenen Geschenk, das er uns kurz vor seinem Geburtstag überreicht hat, führt Bebel die Ueberwindung aller Schwierigkeiten, die Erreichung so hoher Ziele auf die „Gunst der Verhältnisse" zurück. Das ist richtig und nicht richtig. Es ist richtig, wenn damit gesagt sein soll, daß die Arbeiterbewegung parallel mit dem Strome der wirtschaftlichen Entwicklung geschritten ist und daß, was dem Ganzen zugute kam, natürlich auch dem einzelnen nützte. Es ist nicht richtig, wenn damit das Verdienst des einzelnen auf eine unzulässige Quote herabgedrückt oder gar ganz geleugnet werden soll. Die täglich im Kampfe stehenden Arbeiter leiden nicht an sentimentalen Anwandlungen. Sie verlangen von ihren Führern, daß sie ihnen immer und überall voranschreiten und ihnen die Pfade des Vordringens und des Aufstiegs klar aufzudecken vermögen. Wer unter diesen Führern sich nicht regt und bewegt, wer den geistigen Atem verliert, wer nicht täglich sein ganzes Selbst, sein ganzes Können und sein ganzes Wachsen einsetzt, bleibt ohne fremdes Zutun zurück und verschwindet langsam als Namenloser unter der namenlosen Masse.

August Bebel ist immer an der Spitze geblieben. Bald fünf Jahrzehnte lang. Damit ist bewiesen, daß nicht allein die „Gunst der Verhältnisse" ihn emporgetragen hat zu der politischen Machtfülle, die er seit langem verkörpert. Damit ist bewiesen, daß er sich selber einen beträchtlichen Teil dessen gutschreiben darf, was er erreicht hat. Lehrend hat er gelernt, führend hat er an sich selbst gearbeitet und kritisierend in sich selbst die kritische Sonde gesenkt.

Was August Bebel geworden, ist ohne August Bebel nicht denkbar.

*

Wann war für Bebel die Schlacht am heißesten? Als er an der Spitze einer Millionenpartei im Reichstag die Zukunftsstaatsdebatten führte, als er stritt gegen Spitzelwesen und Zuchthausvorlagen und die ganze sich aufbäumende Reaktion? Mit nichten. Die innern Schlachten am Birkenbaum wurden geschlagen, als kaum Streiter vorhanden waren, die äußerlich ins Feld rücken konnten. Der gefahrvollste Kampf entwickelte sich, als die jungen Sektierer an eigentliches Kämpfen noch gar nicht denken konnten.

Denn nichts schwächt mehr die Reihen und den Mut als das Verlacht- und Belächeltwerden. Wer gefürchtet wird, hat den Sieg schon halb gewonnen; wer aber als Sonderling und verschrobener Kauz angesprochen wird, muß die doppelte Tapferkeit und die dreifache Geschicklichkeit aufbieten, nur um nicht zu unterliegen. Mehr noch: er wird in die Gefahr kommen, von sich selbst geworfen zu werden. Es gehört ein hoher Bekennermut, eine wahre Prophetengabe dazu, um die Zeiten des Bespötteltwerdens zu überwinden, ohne an sich selbst irre zu werden.

August Bebel hat diesen Mut und diese Treue reichlich bewiesen. In dem Jahrzehnt der Bruderkämpfe und des theoretischen Werdens hat er nicht geschwankt, hat er den siegreichen Glauben nicht verloren. All der Spott und all der Hohn der bürgerlichen Welt konnte ihm die feste Zuversicht nicht antasten. Und in den Tagen der höchsten kriegerischen Volksleidenschaften stand er mit Liebknecht unerschütterlich im Toben der Reichstagsmitglieder und rettete der deutschen Sozialdemokratie die Achtung und das Vertrauen der französischen Arbeiter.

Das waren Zeiten, in denen der ganze Mann zum ganzen Bekenner emporwachsen mußte, um sich und seiner Sache zu vertrauen. Das waren Zeiten, in denen der ganze Bekenner zum willensstarken Propheten emporwachsen mußte, um sich und seine Sache zu behaupten.

August Bebel ist uns in diesem schwersten Ringen nichts schuldig geblieben. Er hat mehr gegeben, als normale Kraft zu geben vermag.

Also: was August Bebel hier geleistet, ist ohne August Bebel nicht denkbar.

August Bebel

1840 22. Februar 1910

„Zum Glücke!" rufen Millionen
Dir heute frohen Herzens zu;
In aller Herren Länder wohnen
Die Scharen, die begeistert Du!

Die Deiner Rede Kraft bezwungen,
Die Deines Willens Tat erfreut:
Sie rühmen heut in allen Zungen
Den Pionier der neuen Zeit.

Auch unser Gruß soll Dir erklingen,
Zum Jubeltag ein Jubelklang:
Einst wird das große Werk gelingen,
Dem Du gedient ein Leben lang!

E. W.

Was macht den erfolgreichen Sendboten einer neuen Lehre? Neben der Beweiskraft seiner Argumente, dem Flusse seiner Rhetorik die Glut seiner Ueberzeugung, das Feuer seiner Hingabe, der Schwung seiner Begeisterung. Wessen Verstand noch unzugänglich, dessen Herz muß gewonnen werden.

Wer will die Zahl der Proletarier ermessen, die durch die innere Glut, das zuckende Feuer, die lodernde Begeisterung Bebels für die hehre Sache der sozialen Demokratie gewonnen worden sind? Wer will aber auch abschätzen, wieviel Achtung und Ansehen er sich und unsrer Sache durch sein fortreißendes Temperament bei den Gegnern gewonnen hat? Es hat sich manchmal ereignet, daß eine seiner Behauptungen oder Prophezeiungen sich nachträglich als ein Irrtum erwies; es ist aber keiner der Gegner dann aufgestanden und hat ihn eines persönlichen Fehls bezichtigt. Es ist keinem von ihnen in den Sinn gekommen, an der Lauterkeit seines Glaubens und seines Charakters zu zweifeln.

Nun längst der Schnee sich auf sein Haupt gesenkt hat, ist man noch gewohnt, von dem „Feuerkopf" Bebel zu sprechen. In einem Alter, in dem andre mürbe und matt sich auf die Leistungen ihrer Mannesjahre zurückziehen, bewies er noch die alte jugendliche Kraft der Initiative und Aggressive. Es gab für ihn kein Altern im Alter. Die innern Gluten trugen ihn immer aufs neue empor zu faszinierenden Höhen, das Feuer der Begeisterung durchleuchtete immer von neuem sein Wollen und sein Vollbringen.

Begeisterung aber und Bekennerglut und Prophetenfeuer haben nichts mit der „Gunst der Verhältnisse" zu schaffen. Also auch hier gilt's: was August Bebel geleistet, ist ohne August Bebel nicht denkbar.

*

Tadel und Schmähung sind schwer zu ertragen. Sie beugen das Haupt oder wecken den Trotz, und sie schmerzen immer. Lob und Bewunderung hingegen sind leichtes Gepäck. Sie schwellen den Mut, sie beflügeln den Sinn und tun immer wohl. Tadel und Schmähung sind bitter, aber sie schärfen den Verstand. Lob und Bewunderung sind ein süßer Trank, aber sie sind gefährlich.

Es gibt und gab in der Partei keinen Kämpfer, dem so viel Lob und Bewunderung entgegengetragen worden ist wie Bebel. Es gibt und gab in der Partei auch keinen Genossen, dem so viel Autorität in die Hände gelegt worden ist wie Bebel. Es wäre nur menschlich gewesen, wenn das süße Gift der schrankenlosen Bewunderung seine Selbstkritik eingeschläfert und ihn dazu verleitet hätte, die Macht, die ihm anvertraut wurde, selbstherrlich zu gebrauchen und an die Stelle der Größe unsrer Sache seine eigne Größe zu setzen.

Wenn nichts andres, so beweist uns allein Bebels Geburtstagsgabe, daß er dieser großen Gefahr unbeschädigt entronnen ist. Wo alle Veranlassung dazu geboten, in der zweiten Hälfte des Buches tritt er völlig zurück und dadurch für uns alle erst hoch und ragend hervor. Ein erfolgreicher Kämpfer zu werden, ist manchem vergönnt; derweil ein großer, weil bescheidener Mensch zu bleiben, haben nur wenige die Kraft und die entsagende Größe.

August Bebel hat es vermocht. Und deshalb meine ich auch hier: was August Bebel geblieben, ist ohne August Bebel nicht denkbar.

*

Wer sein Leben einer umfassenden, eine ganze Welt umspannenden Sache widmet, muß vieles Persönliche entbehren. Er kann niemals rein sich selbst, sondern er kann sich selbst nur in der Sache leben.

Wenn Bebel heute zurückschaut, wird er manchen Lebensabschnitt entdecken, in dem seine persönlichen Wünsche und Interessen restlos haben zurücktreten müssen, in dem er an sich selbst nicht einmal hat denken können. Hat sich die Aufopferung, hat sich die Entäußerung gelohnt?

Ein Großer im Reiche der Dichtung hat in einer gleichen Periode seines Lebens zerknirscht das Geständnis abgelegt, daß er in seinem ganzen Leben versäumt habe, wirklich zu leben. Ibsens Epilog „Wenn wir Toten erwachen" ist der erschütternde Schrei des Greises, dem das Leben unwiederbringlich zerronnen ist, weil er nur für seine Mission Aug' und Ohr und Zeit und Muße gehabt hat.

Was wird August Bebel heute empfinden?

Fraglos, auch er hat unendlich viel Persönliches geopfert. Wiegen die Gegengaben der Beschenkten ein wenig davon auf? Gilt die Liebe etwas, die ihm zum Danke von Millionen freiwillig und in verschwenderischer Fülle entgegengebracht wird? Gelten die Ehrfurcht, die Bewunderung und die unbegrenzte Achtung etwas, zumal sie nicht einmal auf jene Millionen beschränkt sind?

Und wenn das alles nicht die verlornen Phasen des warmen pulsenden Lebens aufwiegen sollte, wohlan: der Kämpfer Bebel wird dem Kampf in seine wogenden Reihen schauen. Am 70. Jahrestag seiner Geburt tobt er wie nie zuvor. Eine gewaltige, vieles entscheidende Schlacht am preußischen Birkenbaum hat begonnen. Aus der verlachten und verspotteten kleinen Schar, die Bebel zu Beginn seines

Wirkens um sich sammeln konnte, ist die größte politische Armee geworden, die bisher auf der Weltbühne aufgetreten ist. Und August Bebel steht an ihrer Spitze und leitet die Schlacht am preußischen Birkenbaum.

Die Banner wehn, die Straße wird gewonnen, der Sieg ist unser, wann immer er gewonnen werden mag. Die Hunderttausende jubeln dir zu, August Bebel, und sie legen das Gelübde ab, dir nachzueifern in ihrem Tun wie in ihrer Treue, in ihrem Opfermut wie in ihrer Begeisterung.

Ich glaube, August Bebel wird heute befriedigt und froh erklären: Trotz manchem, es hat sich doch gelohnt, ein ganzes Leben den andern zu leben. -lr-

Unser Vorbild.

Kein donnernder Salut aus den Schlünden eherner Geschütze wird am 22. Februar um die Mittagszeit die Luft erschüttern, nicht werden bunte Wimpel im Winde flattern und gesinnungstüchtige Geschäftsleute werden am Abend ihre Schaufenster weder schmücken noch erleuchten.

Denn der Mann, der an diesem Tage seinen 70. Geburtstag feiert, ist kein gekröntes Haupt, seine Wiege stand nicht auf steiler Höhe, sondern in den Niederungen, in denen die Massen geboren werden. Und doch strahlt sein Ruhm über fünf Weltteile, als eines Kriegers, der nie Blut vergoß, als eines Friedensmanns, der einer ganzen Welt den Krieg erklärte und dessen Leben ein fortwährender Kampf war für ein Reich der Menschlichkeit, der Glückseligkeit.

Ganz hat **August Bebel** sein Ziel nicht erreicht. Aber wenn der narbenreiche Recke, der volkgekürte Herzog heute rückschaut über die 45 Jahre geistigen Kampfes, nimmermüden Schaffens, dann darf er freudig feststellen, daß das gelobte Land der Zukunft in sichtbare Nähe gerückt ist.

Aus dem verlachten, verlästerten Häufchen der Sozialdemokraten von damals ist eine Armee geworden, die an Größe, an Idealismus und Siegeszuversicht ihresgleichen nicht auf der Welt hat. Die verspottete Idee des Sozialismus ist die Religion von Millionen geworden, das Feldzeichen, das noch nie im Staube lag, das stets uns den Weg nach vorwärts wies und zu dem Tag für Tag neue Hunderttausende strömen.

Daß wir aber so weit gekommen sind, daß die Sozialdemokratie eine Macht ist, mit der die heute noch Mächtigsten der Erde rechnen müssen, daß insbesondere die **deutsche** Sozialdemokratie an Größe und Tiefe unübertroffen dasteht, ist nicht zuletzt das Verdienst des Mannes, der im Silberschmuck seiner 70 Jahre vor uns steht.

Gewiß, die wirtschaftliche Entwicklung war sein mächtigster Bundesgenosse. Ohne den Riesenaufschwung der Industrie, die Deutschland revolutionierte, ist auch die revolutionäre Sozialdemokratie nicht zu denken. Und daß unsre politischen Fortschritte weit hinter der kapitalistischen Entwicklung und ihren Bedürfnissen zurückblieben, war ein weiterer Umstand, der die deutsche Sozialdemokratie förderte. Das schmälert aber die Verdienste Bebels und seiner Mitkämpfer, von denen die meisten schon im Grabe ruhen, nicht ab; es erhöht sie.

Wer die gewaltigen Kräfte zu schätzen vermag, die in der kapitalistischen Welt aufgespeichert sind, wer die ungeheuern Machtmittel der politischen Gewalt erkennt, wer ferner die Allgewalt der Religion, die Schwerkraft der Tradition und den Fanatismus des Eigentums nicht außer Berechnung läßt, der muß mit Bewunderung auf die Pioniere der Sozialdemokratie — zu deren ersten Bebel gehört — blicken, auf ihre felsenfeste Ueberzeugung von der sieghaften Kraft des Sozialismus, der alle diese Mächte überwinden wird und muß. Daß er nie irre wurde, daß er immer das Ziel im Auge, seinen Weg fortsetzte, trotz Spott, Unterdrückung, Verfolgung und Kerkernot, das hat ihn den ganzen Arbeiterorganisationen zum leuchtenden, nachzueifernden Vorbild gemacht. Dieser glaubens- und willensstarke Prophet, dieser überzeugende, glänzende Redner und warmherzige Schriftsteller weckte die schlummernden Geister in den Tiefen und schuf sich Schüler ohne Zahl, die das Evangelium des Sozialismus in alle Hütten tragen.

Ist einer unter den alten und jungen Parteigenossen, dessen Ideal **nicht** der ehemalige Drechslergeselle war und ist? Haben nicht alle in hoffnungsfrohen Jugendtagen sich gelobt, zu werden und zu wirken wie er? Und haben wir alle nicht gejubelt, wenn er auf der Reichstagstribüne das scharfe, blitzende Schwert der Rede schwang, daß selbst ein Bismarck sich vorsichtig nach rückwärts konzentrierte?

Welche Unsumme von Arbeit und Fleiß ist allein in seiner mehr als 40jährigen parlamentarischen Tätigkeit enthalten! Was er an bösen Plänen gegen das Volk vereitelte, was man aus Furcht vor seiner ätzenden Kritik, vor der flammenden Klagerede des Volkstribunen in den Regierungsschubfächern zurückbehielt, das werden fernere Zeiten erst enthüllen. Was man aber tun mußte, um seinen Anklagen den Boden zu entziehen, davon zeugen die Sozialgesetze, die Bäckereiverordnung, die Erlasse der verschiedenen Kriegsminister gegen die Soldatenmißhandlungen und noch so vieles, vieles andre.

„Unser Leben währet 70 Jahre. Und wenn es köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen!“ Das kann auch Bebel von seinem Leben sagen, und schließlich noch ward ihm: **Erfolg** seiner Mühe und Arbeit! Nicht der Erfolg des Geldmagnaten, der über vernichtete Existenzen schreitet, nicht der auf schimmernd Leichen errungene Lorbeer des Feldherrn, sondern Erfolge, die **andrer** Leben erhalten und verlängern, die **andrer** Tränen trocknen und die Leib und Geist stark machen, aus den Tiefen sich zu erheben zur Sonnenhöhe der Gesittung und Kultur.

Alle haben wir Bebel heute viel zu danken, das meiste aber die Frauen. Wenn wir heute eine starke proletarische Frauenbewegung haben, wenn selbst in den zünftigen Kreisen der Bureaukratie in der Erörterung der Frauenfrage ein moderner Zug bemerkbar ist, so ist das — wieder neben der Entwicklung der Industrie — ein Verdienst August Bebels. In seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“ hat er in volkstümlicher und doch wissenschaftlicher Weise die Stellung der Frau in der Gegenwart scharf umrissen, die Haltlosigkeit dieser Position dargelegt und mit goldenen, leuchtenden Farben das Bild der Zukunftsfrau in der Zukunftsgesellschaft gezeichnet. Dieses Buch war eine Tat, die noch in ferne Zeiten nachwirken wird.

Doch genug davon! August Bebel steht noch mitten unter uns. Wir alle durften dieses reiche Leben miterleben, können uns daran aufrichten, stärken zum Kampfe für die Verwirklichung der Ideale, denen er dies Leben geweiht hat. Und wenn wir uns dem jugendlichen Greise, dem verehrten und geliebten Führer heute nahen, dann zuerst mit dem Wunsche, daß er uns und der internationalen Sozialdemokratie, daß er der ganzen Menschheit noch lange erhalten bleiben möge. Für das aber, was er bisher für das Proletariat getan hat, sagen wir ihm echten, herzlichen Dank.

August Bebel, wir grüßen dich an deinem Ehrentag! -wr-

Aus Bebels Entwicklungsgang.

Von **Eduard Bernstein.**

„Ich bin viel mehr wie alle, die damals Sozialisten wurden, über Lassalle zu Marx gekommen,“ schreibt Bebel in seinen Lebenserinnerungen. Er erzählt, daß er im beständigen Kampfe mit den Lassallianern sich genötigt gefühlt habe, Lassalles Schriften zu lesen, und dadurch zum großen Teile habe sich in ihm die Wandlung vom bürgerlichen Demokraten zum Sozialdemokraten angebahnt, auf die dann unter andern Wilhelm Liebknecht, den Bebel gerade zu jener Zeit, 1865, kennen lernte, beschleunigend eingewirkt hat. Marx dagegen habe er erst später im Gefängnis studiert. Noch seine Ende 1869 verfaßte Schrift „Unsre Ziele“ lasse deutlich den Einfluß Lassalles erkennen.

Auch wenn Bebels Aufrichtigkeit nicht außer allem Zweifel stünde und die Schrift „Unsre Ziele“ nicht existierte, würde seine Darstellung bedingungslos als glaubwürdig anzuerkennen sein. Noch zur Zeit, wo der Schreiber dieses der Sozialdemokratie beitrat, spielten in den Kämpfen zwischen Eisenachern und Lassallianern, die damals gerade auf die äußerste Spitze getrieben wurden, die tiefern Unterschiede zwischen der marxistischen Lehre und dem, was als spezifischer Lassallianismus galt, keine Rolle. Man stritt um **Anwendungen**, aber nicht um Fundamentalgedanken der Theorie. Noch im Jahre 1888 konnte ein Mann, der in der Sozialdemokratie Eisenacher Programms als Erklärer der Marxschen Lehre außerordentliches Ansehen genoß, in einer Diskussion behaupten, er habe sein Lebtag nichts von materialistischer Geschichtsauffassung gehört. Vom Inhalt des „Kapitals“ interessierte uns die Mehrwertlehre sowie die Kapitel über den Kampf um den Arbeitstag und die Fabrikgesetzgebung. Bis zur Zusammenbruchstheorie waren die wenigsten gekommen und auch diese legten ihr keine Bedeutung für den praktischen Kampf bei.

Ich habe Bebel zum erstenmal an dem Abend im Frühjahr 1872 reden hören, wo ich mich vom Berliner Vertrauensmann der Eisenacher Partei, dem unvergeßlichen August Heinsch, in die Listen dieser Partei als Mitglied einschreiben ließ. Es war auf einem Feste des Demokratischen Arbeitervereins, das im Norden Berlins stattfand, und zu dem Bebel als Festredner angekündigt war. Der Besuch des Festes kann als Gradmesser dafür dienen, wie schwach es damals noch um die Partei in Berlin stand. Obwohl Bebel schon einen Namen hatte und obendrein soeben im Leipziger Hochverratsprozeß zu 2 Jahren verurteilt worden war, war der kaum mittelgroße Saal doch nur gerade knapp besetzt. Für mich hatte dieser Umstand indessen die angenehme Folge, daß ich noch am gleichen Abend Bebels persönliche Bekanntschaft machte. Ein Neugewonnener war noch kein Alltagsobjekt, und da ich zu erkennen gab, daß mein Beitritt nicht Sache bloßer Augenblicksstimmung war, ward ich für würdig befunden, Bebel vorgestellt zu werden. Auch durfte ich auf dem Heimweg an seiner Begleitung teilnehmen. Es ist mir, und wohl auch Bebel noch erinnerlich, daß ein junger bürgerlicher Demokrat, der sich übrigens lebhaft gegen den Sozialismus erklärte, ihm an jenem Abend die Frage vorlegte, wie lange es wohl noch bis zur nächsten Revolution dauern könne. Die Antwort, die er erhielt, war offenbar von der Zusammenbruchstheorie unbeeinflußt.

Der Festrede Bebels, die zu hören ich vom äußersten Süden Berlins nach dem Norden gepilgert war — Straßenbahnen gab es da noch nicht —, fehlte aller oratorische Schmuck. Nichtsdestoweniger gefiel sie mir und andern sehr. Gerade ihre Einfachheit wirkte auf uns.

Bebels Beredsamkeit wirkte durch die Stimme, durch die Fülle der Beweismittel, nicht durch den Aufputz. Er appellierte mehr an die Einsicht und das Mitgefühl als an die Leidenschaften, so daß Bebel trotz der radikalen Oppositionsstellung, die er als Politiker einnahm, bei vielen in den Ruf eines gemäßigten Sozialisten kam. Zugleich aber empfing jeder, der ihn hörte, den Eindruck, daß hier ein Mann sprach, dem es um den Sozialismus heiliger Ernst war, dem die Sache über alles ging.

Als Bebel schon mit Liebknecht in Hubertusburg saß, erschien Eugen Dührings „Kursus der Nationalökonomie und des Sozialismus“. Das Buch wirkte auf mich wie kaum eins vorher, und sobald meine Mittel es erlaubten, kaufte ich Exemplare und verschenkte sie zu Propagandazwecken. Zu denjenigen, die ich so bedachte, gehörte auch Bebel, und ich hatte die Freude, daß er sich in einem längeren Briefe, den er mir aus Hubertusburg zugehen ließ, kaum minder warm über das Buch äußerte. Liebknecht wolle zwar, fügte er hinzu, nichts von dem Buche wissen und tadle Dührings Methode, aber — so ungefähr lauteten seine Worte — „ich pfeife auf die Methode, wenn die Sache selbst gut ist“. Unter dem Titel „Ein neuer Kommunist“ schrieb er dann für den „Volksstaat“ eine sehr anerkennende Besprechung des Dühringschen Buches, die dort in den Nummern vom 13. und 20. März 1874 zum Abdruck gelangt ist.

Liest man diese Besprechung, so wird man finden, daß Bebel, der darin auf die von Dühring an Marx geübte Kritik zu sprechen kommt, den grundsätzlichen Unterschied zwischen Dühring und Marx damals sehr unterschätzte. Ihm, dem Kämpfer für die Sache, genügte die Anerkennung aller wesentlichen sozialdemokratischen Forderungen durch Dühring, eine theoretische Versöhnung zwischen Dühring und Marx für möglich zu halten. Nun stand oder stellte sich Dühring allerdings in der ersten Auflage des „Kursus“ Marx weniger feindselig gegenüber wie in den späteren Auflagen, und allzu buchstäblich darf man auch die Kritik, die Engels in „Herrn Eugen Dührings Umwälzung“ an Dühring geübt hat, nicht nehmen; es geht da wiederholt nach dem Sprichwort zu: Auf einen Schelm anderthalbe. Indes schon die bloße Tatsache, daß Marx und Engels grundsätzlich jedes sozialistische „System“ **verwarfen**, Dühring dagegen ein solches eine schematische Darstellung des Sozialismus bzw. des sozialistischen Endziels für fundamentales wissenschaftliches **Erfordernis** erklärte, zeigt, daß hier Gegensätze waren, die nicht nur in Mißverständnissen oder persönlichen Voreingenommenheiten wurzelten. Für untergeordnet konnte sie nur halten, wem die sozialistische Tendenz **alles**, die wissenschaftliche Methode aber noch recht wenig war.

Das war indes bei fast allen von uns der Fall. Eine ganze Reihe einflußreicher Genossen fingen damals an, sich für Dührings Buch zu erwärmen. Selbst der mit Marx und Engels korrespondierende Wilhelm Bracke, den Fr. W. Fritzsche auf meinen Wunsch mit dem Buche bekannt gemacht hatte, verglich in einem Brief an diesen Marx mit der „Sonne“ und Dühring mit dem „reinigenden Gewitter“. Als zwei Jahre später Engels im Leipziger „Vorwärts“ Dührings Schriften unter die kritische Lupe nahm, erregten seine auf die wissenschaftliche Abschlachtung Dührings gestimmten Aufsätze bei den meisten von uns zunächst je nachdem Entrüstung oder wenigstens Verdruß. Die belehrende Wirkung setzte erst nachträglich ein.

Wie es damit bei Bebel zuging, müssen wir ihm selbst überlassen zu schildern. Zwei Aufsätze von ihm in der Höchbergschen „Zukunft“ von 1877 zeigen ihn schon bedeutend weiter auf dem Wege zu Marx vorgeschritten. Der eine ist die Abhandlung „Der Sozialismus und das Landvolk“ — eine Polemik wider den gleichbetitelten Aufsatz des Proudhonschülers Dr. Artur Mülberger. Der zweite eine Rezension von Lissagarays „Geschichte der Pariser Kommune“. Die Polemik gegen Mülberger ist ein interessantes Vorspiel zu den Agrardebatten, die in den 90er Jahren in der Partei die Gemüter erregten. Sie zeigt den Streiter Bebel in seiner Vehemenz, gleich scharf in der Form wie in der Sache, und in letzterer Hinsicht als leidenschaftlichen Streiter für Marx wider Proudhon. Sehr ruhig ist dagegen die Besprechung Lissagarays gehalten. Aber sie ist nicht minder marxistisch. Ja, sie kehrt in der Sache die marxistische Geschichtsauffassung gegen einen Mann, der damals von Leuten sehr gefeiert wurde, die wir für die berufenen Interpreten von Marx hielten und halten mußten. Bebel wirft der in sozialistischen Kreisen zu jener Zeit noch ausschließlich üblichen melodramatischen Beurteilung der Kommune gegenüber dort meines Wissens zum erstenmal die Frage auf: Wie steht es eigentlich um die **ökonomische** Grundlage der Kommune im speziellen und der Entwicklung der Dinge in Frankreich im allgemeinen? Und er hält sich nicht an die banale Auffassung der ökonomischen Frage als Verteilungs- oder Einkommensfrage, sondern geht auf die Frage des Höhenstandes der Produktion und der technischen Kräfte zurück. Die Besprechung ist verhältnismäßig kurz gefaßt, sie zieht sozusagen nur erst Grundlinien, aber sie tut dies in einer Weise, die bis dahin in der Partei ganz ungewohnt war. Unter anderm erregte sie die Bewunderung Ignaz Auers.

Es kam das Sozialistengesetz, und als ich Bebel im Frühjahr 1880 in Zürich wiedersah, da war er wohl schon ganz von der Marxschen Theorie durchdrungen. Bei mir hatte der Prozeß später eingesetzt und war noch nicht so weit gediehen wie bei ihm. Aber er war doch so weit vorgeschritten, daß ich den dringenden Wunsch hatte, zwischen Zürich und London, die damals sehr gereizt wider einander waren, ein gutes Verhältnis herzustellen. Zwei Personen waren schon zu diesem Zwecke nach London gereist; es war aber alles beim alten geblieben. Da ward im Herbst 1880 nach dem Sprichwort „Alle guten Dinge sind drei“ ein dritter Versuch beschlossen und für ihn Bebel gewonnen. Auch ich sollte an der Reise teilnehmen, die im Dezember 1880 vor sich ging. Sie hatte das gewünschte Resultat zur Folge. Es handelte sich vornehmlich um Auseinandersetzungen über die Lage und Taktik der Partei in Deutschland, und hierüber gab nun Bebel Marx und Engels, die damals in bezug auf diesen Punkt sehr mangelhaft unterrichtet waren, in seiner rückhaltlosen Weise ein von aller Schönfärberei freies Bild, das eine Verständigung sehr leicht machte. Von theoretischen Dingen ist in jenen Tagen in London wenig gesprochen worden, denn prinzipiell brauchten wir nicht erst bekehrt zu werden. Aber die persönliche Bekanntschaft ward zum Ausgangspunkt für einen zeitweise sehr eingehenden Briefwechsel, der gelegentlich auch von theoretischen Fragen handelte.

Welchen tiefen Eindruck Bebel auf Engels machte, hat dieser in seinen Briefen an Fr. A. Sorge geschildert. Bebels gewissenhaft ausführliche Briefe waren ihm unschätzbare Informationsquellen, und auf seine Urteile über die politischen Vorgänge in Deutschland legte er den größten Wert. Er bedauerte nur, daß Bebel damals noch wenig vom Ausland gesehen hatte und daher nicht mit gleich sicherm Blicke die dortigen Verhältnisse übersah. Aber was Deutschland anbetraf, da ließ er sich, wenn gelegentlich einmal ihre Urteile auseinandergingen, gern von Bebel eines Bessern belehren. Und wie wir alle, so erkannte in theoretischen Dingen auch Bebel in Engels den berufenen Lehrer.

Zu jener Zeit nun, d. h. in der Aera des Sozialistengesetzes, vollzog sich erst völlig der Sieg der marxistischen Lehre in der deutschen Sozialdemokratie. Für sie wirkte von 1881 ab in Zürich der „Sozialdemokrat“, vom Oktober 1882 ab in Stuttgart „Die Neue Zeit“. Beide Organe hatten darob manchen Strauß auszufechten, mit mancherlei Gegnerschaften unter den führenden Genossen zu tun. Aber sie hatten in diesen Kämpfen einen unerschütterlichen Vorkämpfer und Verteidiger in August Bebel, der nun der eigentliche Verfechter der Marxschen Gesellschaftslehre in den Reihen der Führer der Partei geworden war. Und unsre kleine Skizze zeigt, daß sie ihm nicht zugeflogen, sondern als Erkenntnis in langer Arbeit von ihm erworben war. —

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 44. Magdeburg, Dienstag den 22. Februar 1910. 21. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung.

Berlin, 19. Februar, vorm. 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Von Bethmann-Hollweg, Dernburg, Dr. Delbrück sowie die meisten Bevollmächtigten der Bundesstaaten.

Des Reichskanzlers Angriffe auf das Reichstagswahlrecht.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Sozialdemokraten: „Was hat den Herrn Reichskanzler veranlaßt, im preußischen Abgeordnetenhaus Ausführungen zu machen, welche das in der Verfassung des Reichs und mehrerer Bundesstaaten gewährleistete allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht herabzusetzen und zu bedrohen geeignet sind?"

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg erklärt sich auf die Frage des Vizepräsidenten Dr. Spahn zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Dr. **Frank** (Mannheim, Soz.):

Erst wenige Wochen sind verflossen, seit von konservativer Seite die Würde des Hauses schwer verletzt wurde. Es wäre klug gewesen, wenn demgegenüber der Herr Reichskanzler die erste Gelegenheit benutzt hatte, öffentlich seinen Respekt vor dem Reichstag zu bekunden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Statt dessen hat der Herr Präsident des preußischen Staatsministeriums eine Rede gehalten, von der man sagen muß: Sie gleicht einer theoretischen Rechtfertigung des berühmten Leutnants mit zehn Mann. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Hierüber verlangen wir Rechenschaft! Denn der Reichskanzler ist verpflichtet, die Reichsverfassung zu schützen, und zur Reichsverfassung gehört das Wahlrecht zum deutschen Reichstag.

Der Herr Reichskanzler hat aber außerdem die Verpflichtung, für gute Beziehungen zu den nichtpreußischen Bundesstaaten zu sorgen, und ein Teil der wichtigsten und größten unter ihnen hat in den letzten Jahren das vom Reichskanzler kritisierte Wahlrecht eingeführt. Wir leben doch nicht im

Kriegszustand mit den süddeutschen Bundesstaaten.

(Sehr gut! b. d. Soz.)

Nun hat der Herr Reichskanzler im Landwirtschaftsrat seine Landtagsrede kommentiert und gebeten, man solle ihm nicht den etwas abgegriffenen Phisosophenmantel umhängen. Wenn irgendwo muß man hier sagen: Sie tacuisses, philosophus mansisses! (Hättest du geschwiegen, warest du ein Philosoph geblieben.) (Heiterkeit.) Durch diesen Kommentar hat auch der Reichskanzer den einzigen mildernden Umstand aus der Welt geschafft, den man ihm zubilligen könnte. Wir müssen ihn schuldig erkennen ohne den mildernden Umstand der Philosophie und ohne Aussicht auf Besserung. (Sehr gut! und Heiterkeit b. d. Soz.)

Der Herr Reichskanzler hat im Abgeordnetenhaus behauptet, daß politische Kultur und politische Erziehung durch ein demokratisches Wahlrecht leiden (stürmisches Hört, hört! b. d. Soz.) und die Frage aufgeworfen, ob nicht die Demokratisierung des Parlamentarismus dazu beitrage, den politischen Sinn zu verflachen und zu verrohen. (Erneute stürmische Rufe und Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) So spricht ein Mann, der einem aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Parlament verantwortlich ist; und die Frage wird sein,

ob wir uns das gefallen lassen dürfen.

(Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Was würde wohl mit einem Kanzler geschehen, der sich beikommen ließe, öffentlich zu behaupten, daß manche Reden oder Geschmacksrichtungen des Kaisers verflachend oder gar verrohend wirken? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Würde der auch nur eine Stunde zu warten haben . . . (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich bitte, die Krone nicht in die Debatte zu ziehen. (Lebhafter Widerspruch b. d. Soz.)

Abg. Dr. Frank (Soz.): Ich habe lediglich rein hypothetisch gefragt, was geschehen würde . . .

Vizepräsident Dr. Spahn (sehr aufgeregt unter heftigem Glockenläuten): Ich bitte zu folgen! (Stürmischer Widerspruch b. d. Soz. Minutenlage Unruhe im ganzen Hause.)

Abg. Dr. Frank (mit erhobener Stimme fortfahrend): Der Herr Präsident hätte doch abwarten können, was ich sagen will. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Ich erwarte, daß die Redefreiheit hier im Hause geschützt wird. (Erneute Zustimmung b. d Soz. Lärm rechts.) Der Reichstag hat den gleichen Respekt zu beanspruchen wie der deutsche Kaiser. (Erneute Zustimmung und Beifall b. d. Soz.) Wir haben keinen Grund, immerfort zurückzuschrecken vor einer Erwähnung des Kaisers, wenn man umgekehrt den deutschen Reichstag im eignen Hause behandeln darf, wie es hier in der letzten Woche geschehen ist. (Stürmischer Beifall b. d. Soz.) Der Reichstag soll sich gefallen lassen, daß die Reichsgeschäfte geleitet werden von einem Herrn, der über das Grundrecht des deutschen Volkes,

über unser demokratisches Wahlrecht verächtlich denkt und spricht,

wie der Reichskanzler. (Sehr gut! b. d. Soz.) Er müßte selbst fühlen, daß er mit seinen Gesinnungen am unrechten Platze ist, solange er aber noch da ist, wollen wir von ihm wissen, was er mit seinen Ausführungen bezweckt.

Herr von Bethmann hat im Abgeordnetenhaus in sehr gereiztem Tone verlangt, ernst genommen zu werden. Es ist schlimm von einem Minister, wenn er erst verlangen muß, ernst genommen zu werden. Aber wir wollen ihm nun einmal den Gefallen tun und ihn ernst nehmen. (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Und so frage ich denn den Herrn Reichskanzler, beabsichtigt er, das laut ihm verflachende und verrohende Reichstagswahlrecht zu ändern. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der General von Manteuffel hat einmal zu Bismarck gesagt: wenn man einmal das Reichstagswahlrecht ändern wolle, so müsse das schon ein

Militärkanzler

tun. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nun weiß ich nicht, zu welcher Kategorie der jetzige Reichskanzler sich zählt. (Heiterkeit.) Vielleicht hält er sich für den Mann der Vorsehung. Er hat ja so schnelle militärische Karriere gemacht und kommt vielleicht noch um die Majorsecke herum. (Stürmische Heiterkeit links. Lärm rechts.) Ich glaube allerdings nicht an die Befähigung des Reichskanzlers zu einem solchen Werk. Er hat nicht das historische Format zu solchen Taten. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn er aber nicht solche Pläne hat, sollte er lieber auch nicht über das Reichstagswahlrecht dozieren. Zum Dozieren sind die Katheder da und nicht die Ministerbänke. (Sehr gut! links.) Vielleicht etabliert sich der Reichskanzler irgendwo als Privatdozent. In Heidelberg hat sich ja auch schon so ein kleiner Diplomat, Herr von Jagemann, als Staatsstreichlehrer niedergelassen. (Heiterkeit.) Vielleicht ist für Herrn von Bethmann ein Platz frei an der neuen Universität in Frankfurt a. M. (Sehr gut! b. d. Soz.) Aber vielleicht sieht sich Herr von Bethmann vorher ein bißchen in der Welt um. Selbst auf dem akademischen Lehrstuhl schadet zuviel Weltfremdheit. Z. B.: Wo hat er seine Beobachtung über den Rückgang der politischen Bildung gemacht? Etwa bei den

Borussen in Bonn

oder an sonstigen Pflanzstätten staatserhaltender Gesinnung und Gesittung? (Sehr gut! b. d. Soz.) Lärm rechts.) Augenscheinlich hält er die Studentenkneipen und die Offizierskasinos für die wahren Oasen in der Wüste politischer Unbildung. (Fröhliche Heiterkeit links.) Sonst hätte er die Herren doch nicht in seiner Wahlrechtsvorlage so privilegiert. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir wissen, was der Reichskanzler unter politischer Verflachung versteht: die Ausdehnung des politischen Interesses auf die untern Volksschichten. Nun, ein wirklicher Philosoph, Feuerbach, hat einmal gesagt:

Halbgebildet sind die eingebildeten Gebildeten der höheren Stände.

(Sehr gut! b. d. Soz.) Die Behauptung, daß die Demokratisierung der Parlamente verflachend und verrohend wirke, muß die Empfindung von Millionen auf das schwerste verletzen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In Oesterreich war es das Kurienparlament, in welchem Tintenfässer und Kindertrompeten politische Machtfaktoren wurden. Der württembergische Minister von Weizsäcker hat anerkannt, daß die reine Volkskammer, die auf demokratischen Wahlen beruht, sich aufs beste bewährt habe. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wie sehr die Ausdehnung der politischen Rechte die Bildung der englischen Arbeiter gehoben hat, möge Herr von Bethmann in den Romanen seines verstorbenen englischen Kollegen Disraeli nachlesen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In England werden die in Parlamentskämpfen gestählten Führer zu Ministern gemacht, in Deutschland holt man sich die Minister vom Skatspiel oder infolge Eulenburgischer Protektionen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Gegen Korruption, Unbildung und Halbbildung hilft nur die

freie frische Luft der Demokratie.

(Sehr gut! b. d. Soz.) Wer gleich verschnupft ist, klage seine unglückselige eigne Konstitution an, nicht die Konstitution der Demokratie. (Sehr gut! links.)

Nun wird der Reichskanzler sagen, er habe ja nicht das Reichstagswahlrecht abschaffen wollen, sondern nur Preußen vor diesem Wahlrecht behüten wollen, um die preußische Eigenart zu schützen. Nun, ein Klassenwahlrecht ist an sich keine preußische Eigenart. In der ganzen Welt hat die politische Entwicklung mit dieser Eigenart begonnen. Ueberall haben zunächst privilegierte Klassen das Heft in der Hand gehabt. Nur sind andre Länder bei dieser Stufe der Entwicklung nicht stehengeblieben. (Sehr gut! links.) Sogar das alte Oesterreich hat sein Staatsschiff aus dem Sumpfe aristokratisch-nationalistischer Zustände hinübergerettet in das klare breite Fahrwasser der Demokratie. Preußen aber bewirbt sich um die freigewordene

Führerrolle der internationalen Reaktion!

(Sehr gut! links.) Diese Eigenart zu konservieren wird dem Reichskanzler nicht gelingen, sowenig wie es den chinesischen Mandarinen gelungen ist, ihre Zöpfe zu retten, ihre — — chinesische Eigenart. (Sehr gut! und Heiterkeit links.)

Gegen die geheime Wahl hat der Herr Reichskanzler recht geheimnisvolle Wendungen gesprochen. Nach seinen Worten wäre die öffentliche Wahl ein Schutz der geistig schwächeren Wähler materiellen Instinkten gegenüber.

Dieses Schamgefühl ehrt ihn, es hätte sich doch schlecht angehört, wenn er klar gesagt hätte: Wir wollen, daß die Beamten nicht nach ihren Ueberzeugungen wählen, wir wollen, daß die Landarbeiter zur Wahl geschleppt und kommandiert werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wozu die Redensarten von den materiellen Instinkten? Folgen die Beamten, die aus Angst vor sicherer Maßreglung gegen ihre Ueberzeugung wählen, etwa nicht materiellen Instinkten? (Lebhafte Zustimmung links.) Ich kann mir etwas Gemeineres, Gewissenloseres, etwas Erbärmlicheres und Feigeres nicht denken, als den Versuch der wirtschaftlich Mächtigen,

die Schwachen um ihre Ueberzeugung zu betrügen.

(Sehr richtig! b. d. Soz. Zurufe: Und die Wahlen zu fälschen!)

Wenn in diesem Zusammenhang jemand den Mut hat, von gottgewollten Abhängigkeiten zu reden, so meine ich, alle frommen Menschen der Welt müßten dies als Gotteslästerung bezeichnen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Mächte, die in Preußen kommandieren, die Junker und die Bureaukraten, haben es verhindert, daß ein Königswort eingelöst wird. Vielleicht handelt es sich hier auch um gottgewollte Abhängigkeiten. (Sehr gut! links.)

Die Demonstrationen der Arbeiter sollen eine Mahnung an die herrschenden Klassen sein; sie haben in den letzten Wochen Preußen aufgerüttelt und also ihren Zweck erfüllt trotz aller gegenteiligen Behauptungen, trotz provokatorischer Straßenplakate, trotz einschläfernder Ministerreden, trotz Polizeipräsidenten und Ministerpräsidenten! Trotz alledem sind

Tausende auf die Straßen gezogen

und haben ihre Entschlossenheit bekundet, ihr Recht zu verlangen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz. Lärm und Lachen rechts.) Es hätte mich überrascht, wenn Sie aus dem Ihnen eignen Geschmack heraus die Hunderttausende von Staatsbürgern, die ihr Recht verlangen, nicht mit Hohngelächter begrüßt hätten. Aber Ihr Lachen klingt heute doch gezwungener und leiser als vor zwei Jahren. Heute können Sie nicht mehr leugnen, daß es in der Tat die Massen sind, die ihr Recht verlangen. Die Arbeiterschaft in ganz Preußen hat in würdiger, ruhiger, eindrucksvoller Weise ihren Willen bekundet, und nur

die Polizei hat die Ausschreitungen verschuldet.

Diesen Idealismus der Arbeitermassen, Herr Reichskanzler, diesen Idealismus finden Sie in den obern Schichten nicht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir bedauern die Opfer, wir wünschen friedliche Demonstrationen, aber das mögen Sie sich gesagt sein lassen, diese Opfer werden die Arbeiterschaft nicht abschrecken vom Wahlrechtskampf, vom Kampf um ihr gutes Recht. (Lebhafter andauernder Beifall b. d. Soz.)

Die Arbeiter sind gewohnt, Opfer zu bringen; jedes Jahr fallen Zehntausende von Arbeitern, die ihre Gesundheit und ihr Leben auf dem Schlachtfeld der Arbeit verlieren im Frondienst des Privatkapitals für kleine Privat- und Profitinteressen. Hier fallen die Opfer, hier fließt und floß das Blut für die große Idee des Befreiungskampfes der Arbeiterschaft. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Wahlrechtskampf hat erst begonnen. Er wird weitergehen.

Der Reichskanzler wird gehen, die Wahlrechtsbewegung wird bleiben.

(Lebh. Beifall und Händeklatschen b. d. Soz., Lärm und Pfuirufe rechts. Die Sozialdemokraten rufen dem Präsidenten zu: Pfui hat man dort gerufen!)

Reichskanzler **v. Bethmann-Hollweg:**

An einer Diskussion über das preußische Wahlrecht und die neue Wahlrechtsvorlage werde ich mich entsprechend den früheren Erklärungen vom Bundesratstische, daß die Reglung der verfassungsmäßigen Zustände in den Einzelstaaten nicht Reichssache ist, nicht beteiligen. (Bravo! rechts.). Die Interpellation fragt dann, was mich veranlaßt habe, im preußischen Landtag bestimmte Aeußerungen zu machen. Darauf könnte ich doch eigentlich nur antworten: weil ich diese Ansicht für richtig halte. (Heiterkeit und Sehr wahr! rechts.) Aber um dieser Selbstverständlichkeit willen haben Sie natürlich nicht interpelliert. Die Interpellation behauptet, ich hätte im preußischen Landtag Ausführungen gemacht, die geeignet seien, das durch die Verfassung des Reiches und verschiedener Bundesstaaten gewährleistete

gleiche, allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht herabzusetzen

und zu bekämpfen. Die Herren Interpellanten sind doch eigentlich sonst nicht so. Sie nehmen doch unausgesetzt für sich das Recht in Anspruch, Reden zu halten und Demonstrationen zu veranstalten, die das durch die preußische Verfassung gewährleistete Wahlrecht direkt herabwürdigen, ja geradezu beschimpfen. (Sehr richtig! rechts.) Was habe ich denn im preußischen Landtag gesagt? Ich habe das Sakrilegium (Heiligtumsschändung) begangen, nicht an die absolute Richtigkeit des Dogmas vom allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für alle Staaten und alle Verhältnisse zu glauben. Und weil ich an dieses Dogma nicht glaube, soll ich reaktionärer Dogmatiker sein. Ist das konsequent? Ich bin dabei so weit gegangen, zu sagen, die demokratische Entwicklung des Parlamentarismus führt zu einer Verflachung der politischen Sitten. Das ist aber doch in der Geschichte aller Völker und Zeiten Tatsache, daß die demokratische Entwicklung zwar die Basis des Parlamentarismus verbreitert, aber ihr Niveau herabgedrückt hat. Man findet es auffällig, daß ich einer solchen Anschauung Ausdruck gebe, trotzdem wir im Reiche und den Bundesstaaten ein liberales, ein demokratisches Wahlrecht haben. (Zuruf links: Reichstagswahlrecht!) Ja, wenn ich das Reichstagswahlrecht als eine Institution des Reiches angegriffen und die Absicht auch nur von fern angedeutet hätte, den verbündeten Regierungen vorzuschlagen, das Reichstagswahlrecht zu ändern, dann würde ich begreifen, daß

ängstliche Gemüter sich beunruhigt fühlen,

die nicht daran denken, daß bei einer Aenderung des Reichstagswahlrechts Bundesrat und Reichstag mitzusprechen haben. In der Tat sind es ganz andre Kreise, die den Bestand unsres Reichstagswahlrechts bedrohen, nämlich die Herren Interpellanten. (Sehr richtig! rechts, stürm. Unterbrechungen b. d. Soz.) Nun, Ihnen genügt doch das Reichstagswahlrecht nicht, Sie wollen die Frauen zum Stimmrecht zulassen usw. Glauben Sie, daß Sie durch solche Bestrebungen die Volkskreise beruhigen, die nicht Ihres Sinnes sind? Schon 1908, als Fürst Bülow im preußischen Abgeordnetenhaus erklärte, es entspräche nicht dem Staatswohl, das Reichstagswahlrecht auf Preußen zu übertragen, wurde darin eine unerhörte Verletzung des Reichstagswahlrechts gefunden. Damals knüpfte die Agitation an das Programm des Fürsten Bülow an, heute an die Ausführung des Programms. Damals wurde der Verkünder des Programms, heute sein Ausführer geziehen, die Reichsinstitutionen herabzusetzen und zu bedrohen. Das Spiel ist zu durchsichtig, als daß man die Absicht nicht erkennen sollte. Ich kann nur versichern, daß

die verbündeten Regierungen nicht daran denken, am Reichstagswahlrecht zu rütteln.

Das ist die klipp und klare Antwort, die der Herr Abgeordnete Frank von mir verlangt hat. Gestatten Sie mir eine kurze Abschweifung. Wer es nicht versteht, weshalb ich als preußischer Ministerpräsident das preußische Beamtentum gegen unberechtigte Verdächtigungen in Schutz genommen habe, der hat keinen Sinn für reale Notwendigkeiten, den möchte ich weltfremd nennen, wie Herr Frank mich genannt hat. Wer darüber hinweggeht, weil es ihm nicht in den Kram paßt, daß ich Parteiendienst der Beamten verurteile und durch die Tat verurteilen lassen werde, mit dem kann ich nicht diskutieren. Ich habe immer vor der trügerischen Hoffnung gewarnt, die Welt mit Gesetzesparagraphen und dem hinter ihnen stehenden Herr von Beamten verbessern zu können. Wenn ich in meiner Abgeordnetenhausrede betont habe, daß es die Unterschichten des Staates und Volkes sind, in denen die größte wirtschaftliche und geistige Kulturarbeit geleistet wird, dann habe ich damit ausgesprochen, daß wir ohne die freiwillige und freie Mitarbeit des Volkes nicht vorwärts kommen. Wer das bureaukratische Anschauungen nennt, weiß mit Fremdworten eben nicht Bescheid. (Gr. Heiterk.) So gut zum Wesen des deutschen Volkes unverwüstliche Streitlust gehört, ebensogut kann es ohne unverwüstlichen Idealismus nicht bestehen. Ich vertraue fest auf diese ideale Kraft des gesamten Volkes, die unter dem realen Druck unsrer nationalen Bedürfnisse steigen und das Feld behaupten wird. (Lebh. Beifall rechts.)

Auf Antrag Bebels wird die Besprechung der Interpellation gegen die Stimmen der Rechten beschlossen.

Abg. Gröber (Zentrum): Die preußische Wahlrechtsfrage hat eine weit über Preußen hinausreichende Bedeutung. Ich gestehe, daß die Aeußerungen des Herrn Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus auch in unsern Kreisen

schwere Bedenken und Besorgnisse

(Hört, hört! links) hervorgerufen haben. Die schwerste Besorgnis hat allerdings die heutige Erklärung des Reichskanzlers, daß er an keine Aenderung des Reichstagswahlrechts denke, beseitigt. Wenn er aber sagt, er habe das Reichstagswahlrecht nicht angegriffen und nicht kritisiert; nun man kann ja etwas in Grund und Boden kritisieren, ohne es ausdrücklich zu nennen. (Lebh. Zust. im Zentrum und links.)

Der Reichskanzler führt rechtlich eine Doppelstellung als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident. Ich erkenne an, das hat seine Schwierigkeiten. Aber diese Doppelstellung erheischt auch eine Einheitlichkeit im Reiche und in Preußen. Es wird nicht möglich sein, auf die Dauer eine grundsätzlich konträre Politik im Reiche und in Preußen zu führen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.)

Der heutige Reichskanzler sieht in der Demokratisierung Verrohung. Aber er sollte sich fragen, ob nicht die verbündeten Regierungen Schuld an den von ihm beklagten Erscheinungen waren. Er hat auch im Abgeordnetenhaus von dem mangelnden sachlichen Interesse gesprochen. Aber wenn hier Sachen von allergrößter Wichtigkeit behandelt werden:

wer ist es denn, der niemals hier ist?

(Heiterkeit und lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.)

Indem ich zur Hauptfrage komme, habe ich namens meiner Partei zu erklären, daß wir jeden Angriff auf das Reichstagswahlrecht mit aller Entschiedenheit zurückweisen werden. Mag er kommen, von welcher Seite er will. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dietrich (konservativ): Dieser Tag ist uns erwünscht, um unsre Stellung zur Frage des Reichstagswahlrechts darzulegen. Herrn Gröbers Ausführungen über das Verhältnis zwischen Preußen und Deutschland bedeuten eine Mediatisierung Preußens zugunsten andrer Bundesstaaten.

Für preußisches Wesen ist in Süddeutschland kein genügendes Verständnis.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Sozialdemokraten üben ja selbst Kritik am geltenden Wahlrecht durch die Forderung, es auf die jungen Leute von 20 Jahren auszudehnen. (Laut. Lach. b. d. Soz.) Dieses Recht sollten sie auch andern Leuten gönnen. Im Namen meiner Partei habe ich zu erklären, daß wir nicht daran denken, das Reichstagswahlrecht auf dem Wege der Gesetzgebung zu ändern. (Zuruf b. d. Soz.: Und wie ist's mit dem Staatsstreich?) Sie sprechen fortwährend von Staatsstreich. Aber hat nicht Ihr Prophet Kautsky gesagt, noch heute gelte das Wort von Karl Marx, daß nur die Gewalt die Geburtshelferin einer neuen Gesellschaftsordnung sei? (Rufe b. d. Soz.: Falsch wiedergegeben!) Das Reichstagswahlrecht ist nach

seiner historischen Entwicklung und seinem Gegenwartswert zu beurteilen. (Zuruf b. d. Soz.: Gegenwartswert ist hübsch ausgedrückt! Heiterkeit u. Zust. links.) Nach einem glorreichen Kriege hat Preußen den süddeutschen Bundesstaaten die Gleichberechtigung zugestanden. (Zuruf b. d. Soz.: Zugestanden ist gut!) Preußen begnügt sich sogar mit 14 Stimmen im Bundesrat; finden Sie das nicht bescheiden? (Laut. Lachen links, Zuruf b. d. Soz.: Großartig! sind übrigens 17!) Endlich wird man in Preußen der fortgesetzten

Nörgeleien von süddeutscher Seite

überdrüssig. Hoffentlich verfehlen die sachlichen Ausführungen des Reichskanzlers nicht ihren Eindruck in Süddeutschland. (Lachen links. Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. Bassermann (natl.): Es muß zugegeben werden, daß in der Rede des Ministerpräsidenten mindestens indirekte Angriffe gegen das Reichstagswahlrecht gefunden werden konnten. Ich begreife den Mißmut weiter Bevölkerungskreise. Die Straße ist aber nicht der Ort dazu, diesen Mißmut auszulassen. (Zuruf b. d. Soz.: Echt nationalliberal.) Herr Frank hat auch von Süddeutschland gesprochen, und Herr Dietrich hat sich über die Kritik Preußens seitens Süddeutschlands beklagt. Ich erinnere aber daran, daß auch Süddeutschland von Herrn von Oldenburg sehr scharf kritisiert wurde. (Lebh. Zust. links u. im Zentr.)

In der Rede des Herrn Reichskanzlers im preußischen Abgeordnetenhause vermisse ich das Bekenntnis zum Reichstagswahlrecht; doch halte ich die Schlußfolgerung, als sei er in seinem Innern ein Feind des Reichstagswahlrechts, für irrig. Freilich haben wir nie gefordert, daß das Reichstagswahlrecht schematisch auf einzelne Bundesstaaten übertragen wird.

Von einer Verflachung und von einem Rückgang des politischen Interesses kann man nicht sprechen. Wir können mit der Entwicklung der deutschen Politik zufrieden sein. (Lebh. Beifall b. d. Natl.)

Abg. Dr. Wiemer (Freis. Vp.): Wir bedauern die Ausführungen des Reichskanzlers im preußischen Abgeordnetenhause und können nicht finden, daß er heute seine dortigen prinzipiellen Erklärungen abgeschwächt hat. (Sehr richtig! links.) Im Gegensatz zu Herrn Gröber finde ich, daß

die Besorgnis nicht beseitigt

ist, daß die verbündeten Regierungen das Reichstagswahlrecht ändern wollten. Diese Besorgnis ist vielmehr noch gewachsen. Herr Dietrich stellte sich heute mit seinen Erklärungen in einen Widerspruch zu den Aeußerungen seiner Parteigenossen im Zirkus Busch vom letzten Frühjahr, wo die unverhüllte Abneigung der Konservativen gegen das Reichstagswahlrecht klar zum Ausdruck kam. (Hört, hört! links.) Und in seinen Grundanschauungen stimmt der Herr Reichskanzler mit den Herren überein. Das geht schon aus seiner Bemerkung hervor, daß politische Kultur und Erziehung leiden, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet werde. Er hätte gut getan, diese Bemerkung heute zurückzunehmen. (Lebh. Zustimmung b. d. Freis.) Da er das nicht getan hat, bleiben wir dabei, daß in seiner Rede eine

Herabsetzung des Reichstages

liegt und der Bundesstaaten, die mehr oder weniger demokratische Einrichtungen haben. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Dieses Verhalten widerspricht seinen Verpflichtungen als Reichskanzler. (Lebh. Zustimmung b. d. Freis.)

Der Reichskanzler hat sich heute als Ausführer des Bülowschen Programms bezeichnet. Das Gegenteil ist der Fall. Er führt das Programm der Parteien aus, die den Fürsten Bülow gestürzt haben. (Sehr richtig! b. d. Freis.)

Sein politischer Gesichtskreis scheint beschränkt durch die schwarz-weißen Grenzpfähle. Er ist ein konservativer Staatsmann mit stark partikularistischem Einschlag. (Sehr gut! links.) An der Demokratisierung Preußens haben wir Preußen und hat ganz Deutschland aber das größte Interesse. Auch wir wollen die berechtigte Eigenart der deutschen Stämme erhalten, aber die konservative Herrschaft in Preußen, dessen Bevölkerung in großer Mehrheit nicht konservativ ist, gehört nicht zu den berechtigten Eigenarten. (Lebh. Zustimmung links.)

Nun ein Wort zu den

Straßendemonstrationen.

Wir halten sie für ein höchst ungeeignetes Mittel zur Erkämpfung eines besseren Wahlrechts. Sie geben nur den Gegnern die Waffen in die Hand. (Zustimmung bei den Liberalen, Widerspruch und erregte Zurufe bei den Soz.) Anderseits ist aber auch von der Polizei zu verlangen, daß sie ihrerseits die Ruhe bewahrt. Wir Freisinnige werden den Kampf fortführen, unbekümmert darum, ob die Sozialdemokratie uns in den Rücken fällt. (Stürm. Zurufe bei den Soz.: Heraus mit der Sprache!) Herr Kunert hat in einem ironischen Zwischenruf den Ernst unserer Wahlrechtsforderung bezweifelt. Ich protestiere gegen solche Unterstellung. Wir werden unsre politische Kampfespflicht in jeder Beziehung erfüllen. (Lebh. anhaltender Beifall bei den Freis.)

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Der Abg. Wiemer behauptete, daß ich auf die Bundesstaaten mit liberalen Staatseinrichtungen herabsehe. Ich muß doch meine Gesinnung selbst am besten kennen. (Sehr richtig! rechts.) Ich verbitte mir, daß mir Gesinnungen, die sich für einen deutschen Reichskanzler nicht ziemen, nachgesagt werden. (Lebh. Beifall rechts, Unruhe und Zurufe links.)

Abg. Fürst Hatzfeld (Rp.): Auf die Frage des preußischen Wahlrechts gehe ich hier nicht ein. In der Reichsverfassung steht nichts, daß von Reichswegen den Einzelstaaten ihr Wahlrecht vorgeschrieben wird. (Lebh. Zustimmung rechts.) Weder von der Regierung noch von einer bürgerlichen Partei sind Anträge auf Aenderung des Reichstagswahlrechts gestellt worden. Wohl aber verlangen die Sozialdemokraten

Ausdehnung des Reichstagswahlrechts.

Das ist ja kein Verbrechen, aber ein Attentat auf das bestehende Reichstagswahlrecht. Die Sozialdemokraten werden mit der heutigen Debatte und den Straßendemonstrationen nichts erreichen. (Zurufe b. d. Soz.: Abwarten!) Eine Aenderung des Reichstagswahlrechts würde in Frage kommen, wenn sich hier einmal eine sozialdemokratische Mehrheit ergäbe. (Lebh. Beifall rechts; Lärm. Zuruf: Hört, hört! b. d. Soz.) Aber die Gefahr liegt nicht vor, und das deutsche Volk wird in entscheidender Stunde stets der gesunden Vernunft und dem nationalen Interesse zum Siege zu verhelfen wissen. (Lärm. Beifall rechts. Lachen b. d. Soz.)

Abg. Korfanty (Pole): Die Interpellation war sehr berechtigt. Fortgesetzt wird von sehr einflußreichen Stellen das Reichstagswahlrecht angegriffen. Herr v. Puttkamer richtete sogar als Minister einen scharfen Angriff gegen das Reichstagswahlrecht und in dem amtlichen Stenogramm des Abgeordnetenhauses ist bei dieser Stelle ausdrücklich „Lebhafter Beifall rechts“ verzeichnet. (Lebh. Hört, hört! links.) Wenn man den Anschlag gegenüber dem Landtag heraufziehen sieht, dann braucht man bloß an die Knebelung der Bergarbeiter durch das preußische Abgeordnetenhaus zu erinnern. (Lebh. Zust. b. d. P. u. b. d. Soz.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Wirtsch. Vg.) gibt eine Erklärung ab. Die Wirtschaftliche Vereinigung hält am Reichstagswahlrecht fest. Aber der Reichskanzler hat das Reichstagswahlrecht weder herabgesetzt noch bedroht. Auch der Reichskanzler hat das Recht der freien Meinungsäußerung. Wir weisen die Interpellation als eine Anmaßung zurück. (Bravo! rechts, Lachen links.)

Abg. **Ledebour** (Soz.):

Das Recht der freien Meinungsäußerung bestreiten wir Sozialdemokraten dem Reichskanzler am allerwenigsten. Wir wollen ja gerade den preußischen Beamten das Recht erkämpfen, ihrer innern Ueberzeugung bei der Wahl Ausdruck zu geben. Aber gerade der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident betrachtet es als eine wesentliche Aufgabe seiner Wahlrechtsvorlage, den Beamten das Recht der innern Ueberzeugung zu nehmen. Im Munde eines Vertreters des Regierungssystems nimmt sich die Berufung auf das Recht der freien Ueberzeugung eigentümlich aus. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wer am Reichstagswahlrecht so viel auszusetzen hat wie Herr Bethmann, der sollte eben nicht Reichskanzler werden. Er setzt sich sonst dem Verdacht aus, daß er nur auf eine günstige Gelegenheit zur Aenderung des Wahlrechts wartet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Dem Reichskanzler sind leidenschaftliche Kämpfe ein Beweis für die Verrohung des politischen Lebens. In einem Clique-Parlament, wo die untern Volksschichten nicht vertreten sind, mag es ja still und friedlich hergehen. In allen Herrenhäusern der Welt herrscht die Interesselosigkeit. Wenn wir Stichproben auf die innere, geistige und sittliche Struktur der Redner machen wollten, würden sich sehr niedrige Strukturen gerade bei den näheren Freunden des Herrn v. Bethmann-Hollweg finden. Der Reichskanzler hat sich die Behauptung geleistet, die Teilnahme des Volkes an dem Parlament sei zurückgegangen. Die steigenden Wahlziffern bei den Reichstagswahlen zeigen das Gegenteil. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die

Interesselosigkeit herrscht bei der Regierung.

(Lebh. Zustimmung links.) Bei den allerwichtigsten Gelegenheiten sind die verbündeten Regierungen gar nicht vertreten oder stellen nur kleine Bundesratsmitglieder als Streikposten auf. (Zuruf i. Ztr.: Als Stallwache! Sehr gut! b. d. Soz.) Uebrigens hat der von Herrn Wiemer so gelobte Fürst Bülow diese Igeltaktik verfolgt. Nur wenn er einmal glänzen konnte, erschien er hier mit lächelndem Grübchen. (Heiterkeit i. Ztr. u. b. d. Soz.) Wäre nicht unsre Interpellation gekommen, so hätten wir den Kanzler wohl erst hier gesehen, wenn er einen großen diplomatischen Erfolg, etwa bei dem Fürsten von Bulgarien, zu buchen hätte, der ja wohl in Braunschweig in diplomatische Verwicklungen gekommen ist. Wenn der Reichstag übrigens ernsthaft will und sein Budgetrecht anwendet, kann er dieser Igeltaktik ein Ende machen.

Gefreut hat uns das entschiedene Eintreten des Abg. Gröber für das Reichstagswahlrecht. Wenn das Zentrum aber wirklich ernsthaft das gleiche Wahlrecht will, dann muß es auch für eine

gerechte Wahlkreiseinteilung

eintreten.

Das Zentrum muß ferner dafür sorgen, daß die Machtmittel des Reichstags angewandt werden, um endlich zu erreichen, daß auf den Regierungsbänken nur sitzt, wer durch das Vertrauen des Parlaments, nicht durch eine Hofkamarilla oder eine Laune des Monarchen dahin berufen wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Eine große Rolle in den Bethmannschen Ausführungen spielt die preußische Eigenart. Preußen ist durchaus nicht ethnographisch einheitlich, sondern seine Bevölkerung ist aus allen deutschen Stämmen mit Ausnahme des bayrischen gemischt. Durch Heirat, Raub, Schacher, Erbteilung von fremden Staaten ist Preußen zusammengekommen. (Wütender Lärm rechts, lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Es ist ein absoluter Unsinn, dem heutigen Preußen eine besondre Stammesart nachzusagen, die eine besondre Verfassung erfordere. Gerade weil Preußen zwei Drittel von Deutschland einnimmt, müssen wir für Preußen dasselbe Wahlrecht verlangen wie für Deutschland. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Ich denke, die große Mehrheit dieses Hauses steht auf demselben Standpunkt — und nun kommt man mit einem Machwerk, auf dessen Verfasser man die Worte Platens anwenden möchte: „Schneemännern gleichen solcherlei Komödienverfasser; Karikaturen sind sie heut', und morgen sind sie Wasser.“ (Große Heiterkeit.) Vom Schneemann Bethmann wie vom Schneemann Bülow wird nichts übrigbleiben als ein trüber Wassertümpel. (Erneute große Heiterkeit.)

Der Reichskanzler hat sich mit großer Emphase dagegen verwahrt, daß er das

Reichstagswahlrecht antasten

wolle. Daß das nicht in den Akten steht, daran zweifelt niemand. Hier handelt es sich darum, daß der Reichskanzler den Bestrebungen auf Abschaffung des Reichstagswahlrechts nicht mit Entschiedenheit entgegentreten will. Mit Staunen hat mich erfüllt, was hier Fürst Hatzfeldt mit herrenhäuslicher Gemütlichkeit über seine „Anhängerschaft“ zum Reichstagswahlrecht gesagt hat. (Heiterkeit.) Diese Ausführungen haben gar keinen Sinn, wenn sie nicht die Befürchtung ausdrücken sollen, daß die Sozialdemokratie hier einmal die Mehrheit erlangt, und den Entschluß, daß dann das Wahlrecht geändert werden müsse. (Sehr richtig! links.) Nur der kann diesen Sinn der Aeußerung bestreiten, der

die janustchanerliche Gewohnheit

angenommen hat, wie der Leutnant Pistol, der Adjutant Falstaffs, sofort das Gesagte herunterzufressen, wenn es unbequem ist. (Große Heiterkeit.) Um allen den ungeheuerlichen Verdunkelungen ein Ende zu machen, muß ich noch einmal auf die Ausführungen des Herrn von Oldenburg vom 29. Januar zurückkommen. Redner verliest die betreffenden Stellen. — In diesen Worten ist von Disziplin nicht die Rede gewesen, die Aeußerung war nicht als Konsequenz der Disziplin gedacht, sondern als Beweis für die Notwendigkeit, den Reichstag zu mißachten. Wenn noch jemand es wagt, zu behaupten, es habe sich um ein Beispiel der Disziplin gehandelt, so bin ich berechtigt, ihn einen bewußten Lügner zu nennen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz., Unruhe rechts.)

In unserm Kampfe, das wissen wir genau, sind die

Wahlrechtsdemonstrationen nur eine Etappe:

bei der Entwicklung, die die Dinge bei uns genommen haben. Und sie sind ganz unvermeidlich und notwendig. Wir können ja gar nicht genug Versammlungslokale bekommen, zumal dort, wo man sie uns abtreibt. Und so sind die Straßendemonstrationen nur als eine Ergänzung unsrer Versammlungen. In Oesterreich haben zweifellos die Demonstrationen den letzten Anstoß gegeben, daß das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde. Im übrigen muß ich im Gegensatz zu den Vorgängen in andern Orten Deutschlands anerkennen, daß in Berlin das Verhalten der Polizei am letzten Sonntag Anerkennung verdient. Um so unerhörter sind die grausamen, durch nichts zu rechtfertigenden Vorgänge in Neumünster, Frankfurt a. M. und anderwärts.

Auf das feigste und brutalste hat man gegen Unbewaffnete, ja sogar gegen Flüchtende die Waffen gebraucht. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz. Zurufe: Kinder und Frauen!) Die Schuld liegt auch an dem preußischen Ministerpräsidenten, der dieses brutale System zuläßt. An den Fingern des Herrn Reichskanzlers klebt das

Blut von Neumünster, Frankfurt und Halle!

(Lebhafte Zustimmung b. d. Soz. und Beifall.) Wir werden unsern Weg ungestört weitergehen, und wir werden Straßendemonstrationen machen, wenn es uns paßt. Ja wir werden schärfere Mittel gebrauchen, bis wir dahin gelangen, daß dem preußischen Volke das gleiche Wahlrecht gewährt wird. Nach allen bisherigen Erfahrungen hat es sich erwiesen, daß jede reaktionäre Regierung niedergeworfen und zerschmettert wurde, wenn die Mehrheit eines Volkes entschlossen ist, ihre Rechte zu erkämpfen. Wenn hier im Hause das Gespenst des Kurfürsten von Hessen und seines Ministers Hassenpflug heraufbeschworen wurde, diese Brandmarkung als der Mauernutzer, so ist das ein Beweis, daß wieder einmal die herrschenden Klassen am Ende ihres Lateins, ihrem Untergang nahe sind, daß wir aber unaufhaltsam vorwärts marschieren. (Lebh. andauernder Beifall b. d. Soz., Lärm u. Zischen rechts.)

Damit schließt die Debatte.

Es folgen persönliche Bemerkungen, in deren Verlauf der Abg. v. Oldenburg den Feststellungen Ledebours entgegentritt.

Abg. Ledebour verweist noch einmal auf den Wortlaut des Stenogramms. Es ist bisher in diesem hohen Hause nicht Brauch gewesen und wurde nicht für anständig gehalten, daß ein Abgeordneter seinen Worten eine dem wirklichen Sinne diametral entgegenstehende Auslegung zu geben versuchte. (Sehr gut! links.) Das Urteil hierüber überlasse ich dem Hause, mit Ausnahme des Herrn v. Oldenburg, von dem ich natürlich nicht erwarte, daß er die Schlußfolgerung zieht, die jeder Mann ziehen muß, der zu seinen Worten steht. (Lebh. wiederh. Beif. b. d. Soz., Lärm rechts.)

Abg. v. Oldenburg (kons.): Ich halte es für unter meiner Würde zu antworten. (Erneutes Gelächter links.)

Abg. Ledebour (Soz.): Sie müssen wohl schweigen? (Allgemeine Heiterkeit.)

Etat des Reichsamts des Innern.

Abg. Kämpf (Freis. Vp.) hält unter allgemeiner Unaufmerksamkeit eine Rede über Handelspolitik und für den Hansabund.

Das Haus vertagt sich.

Ein schleuniger Antrag auf Ernennung des Abg. Grafen Schwerin-Löwitz (kons.) zum Aushilfspräsidenten für die Dauer der Krankheit des Grafen Stolberg wird debattelos und einstimmig angenommen.

Graf Schwerin-Löwitz (kons.) erklärt sich zur Uebernahme bereit. (Allgem. Beif.)

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr (Etat des Innern.)

Schluß 5 Uhr. —

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung.

Berlin, 19. Februar, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Freiherr von Rheinbaben.

Vor Eingang in die Tagesordnung erklärt

Abg. Itschert (Ztr.): In der vorgestrigen Sitzung habe ich die Ausführungen des Abg. Liebknecht in bezug auf das Verhalten eines Landgerichtsdirektors beim Landgericht 2 Berlin widerlegt, indem ich darauf hingewiesen habe, daß die Worte des betreffenden Landgerichtsdirektors nur scherzhaft gemeint gewesen seien, Herr Dr. Liebknecht hätte das wissen müssen, weil er selbst Verteidiger gewesen wäre. Herr Dr. Liebknecht hat mir nun gesagt, daß nicht er, sondern sein Bruder in jenem Prozeß der Verteidiger gewesen wäre. Ich habe den betreffenden Landgerichtsdirektor zwar noch nicht sprechen können, habe aber keine Veranlassung, an der Richtigkeit der Angabe des Herrn Dr. Liebknecht zu zweifeln. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Reisekosten der Staatsbeamten.

Nach kurzer Debatte geht der Gesetzentwurf an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim

Etat der Verwaltung der direkten Steuern.

Abg. Dr. Hauptmann (Ztr.) führt darüber Beschwerde, daß preußische Arbeiter, die in Holland beschäftigt werden, sowohl in Preußen wie in Holland zur Steuer herangezogen werden.

Direktor der Verwaltung der direkten Steuern Heinke: Es handelt sich hier um Bergarbeiter, die an der Grenze wohnen, aber in Holland ihr Brot finden. Ihre Besteuerung auch durch Holland beruht auf einem holländischen Gesetz, gegen das wir nichts machen können.

Abg. Ecker (Winsen, natl.) verweist auf die Veröffentlichungen des Professors Delbrück über Steuerhinterziehungen und verlangt eine genaue Prüfung der Delbrückschen Zahlen.

Abg. **Hirsch** (Berlin, Soz.):

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit zunächst auf eine Verfügung des Ministers lenken. Die Verfügung geht dahin, daß eine Ermäßigung des Steuersatzes wegen Arbeitslosigkeit nur dann erfolgen darf, wenn die Arbeitslosigkeit länger als zehn Wochen ununterbrochen dauert. Ist aber jemand 12 Wochen im Jahre arbeitslos, dann hat er keinen Anspruch auf Ermäßigung, falls die Arbeitslosigkeit nicht ununterbrochen andauert. Ich halte diese Verfügung für falsch, da in § 63 des Einkommensteuergesetzes von einer ununterbrochenen Arbeitslosigkeit nicht die Rede ist. Der Vorredner hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Unterschätzungen an den Bestimmungen des Gesetzes selbst liegt. Nach dem Gesetz würde z. B. ein Zensit, dessen einzige Einnahmen die Zinsen einer Hypothek sind, wenn ihm diese Hypothek am 31. März ausgezahlt wird und er das Geld am 1. April noch nicht anderweitig begibt, sondern zu Hause aufhebt, das ganze Jahr hindurch keinen Pfennig Einkommensteuer zu zahlen haben. Persönlich halte ich eine solche Auslegung des Gesetzes für falsch; aber in der Veranlagungskommission, der ich angehöre, stand die Mehrheit auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Es wäre dringend notwendig, daß der Minister über diesen Fall Auskunft gibt.

Ob die Delbrückschen Zahlen richtig sind oder nicht, lasse ich dahingestellt. Auf ein paar Millionen kommt es ja gar nicht an. Das eine aber steht fest, daß tatsächlich erhebliche Summen hinterzogen werden. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß das nur auf dem Lande geschieht, glaube vielmehr, daß in den Städten genau so gewirtschaftet wird. Es gibt eben gewisse Leute, die nicht gern Steuern zahlen, die sich freuen, dem Staat ein Schnippchen schlagen zu können. Abhilfe könnte am besten geschafft werden durch die Anstellung staatlicher Veranlagungskommissare. In Charlottenburg haben wir vor einigen Jahren einen Veranlagungskommissar angestellt. Die Summe, die wir für ihn ausgeben müssen, steht in gar keinem Verhältnis zu dem, was wir durch eine solche Tätigkeit an Steuern mehr bekommen. Also vor den Kosten für solche Kommissare brauchen wir keine Furcht zu haben. Die Delbrückschen Angaben genau nachzuprüfen, ist eine Pflicht des Staatsministeriums. Wenn die Angaben richtig sind, muß es dringend für Abhilfe sorgen. Neben den Beamten werden die Arbeiter am kräftigsten zur direkten Steuer herangezogen. Ja ich behaupte, daß die Arbeiter eher zuviel als zuwenig an Steuern zahlen, weil sie nicht wissen, welche Abzüge sie machen dürfen. Wenn das aber der Fall ist, dann müssen gerade die Parteien, die mit solcher Energie für den § 23 des Einkommensteuergesetzes eingetreten sind, es als ihre vornehmste Pflicht betrachten, daß nun auch andre Kreise der Bevölkerung genau so behandelt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich wäre daher für eine Ausdehnung des Deklarationszwangs. Der Zwang genügt nicht für Einkommen über 3000 Mark. Jeder einzelne sollte sein Einkommen selbst deklarieren. Es würde sich dann ergeben, daß unter denen, die heute noch nicht dem Deklarationszwang unterworfen sind, ein ziemlich hoher Prozentsatz über ein Einkommen von mehr als 3000 Mark verfügt. Ein weiterer Vorschlag wäre der, daß man für bestimmte Berufe, für Gewerbetreibende und auch für freie Berufe, Angehörige dieser Berufe zu den Veranlagungskommission zuzieht, damit sie die Angaben, die von ihren Gruppen gemacht werden, nachprüfen. Auch da ließe sich viel erreichen. Aus den Steuererträgen des letzten Jahres hat der Finanzminister in der Kommission den Schluß gezogen, daß die Lage der arbeitenden Klassen sich erheblich gebessert habe. Wir bestreiten natürlich die Richtigkeit der Zahlen in keiner Weise. Aber die Schlüsse, die der Minister aus diesen Zahlen gezogen hat, sind ganz falsch. Wir dürfen die Zahlen nicht allein nehmen, sondern wir müssen sie vergleichen mit den Mehrausgaben, die heute auch der Arbeiter für seinen Aufwand machen muß. Wenn man das aber tut, dann wird man finden, daß von einem allgemeinen Wohlstand auch heute noch keine Rede sein kann. Was die Arbeiter mehr an Einkommen erzielt haben, das geht ihnen durch die gesteigerten Wohnungsmieten und durch die infolge der Steuerpolitik des Reichstags verteuerten Lebens- und Genußmittel doppelt wieder verloren. Man wird doch im Ernste nicht behaupten können, daß ein Einkommen von 1200 Mark heute dieselbe Kaufkraft wie vor 10 Jahren ein Einkommen von 900 Mark. Ich hoffe, daß bei der zu erwartenden Novelle zum Einkommensteuergesetz meine Anregungen berücksichtigt werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Direktor der Verwaltung der direkten Steuern Heinke: Die Verfügung, von der der Vorredner gesprochen hat, besteht und ist richtig. Das Oberverwaltungsgericht hat wiederholt entschieden, daß die Quelle des Einkommens für den Arbeiter nicht die Arbeitsgelegenheit, sondern die Arbeitskraft ist. Im übrigen hat ein Arbeitsloser, wenn er tatsächlich in dem einen Jahr mehr Steuern bezahlt, keinen Schaden, denn er wird dann im nächsten Jahre ebensoviel weniger versteuern.

Abg. v. Hennigs-Techlin (kons.) bestreitet die Richtigkeit der Delbrückschen Zahlen, die von Unkenntnis strotzten. Ich halte es mit dem Abg. Hirsch für Ehrensache, daß die besitzenden Klassen ihre Steuerpflicht um so gewissenhafter erfüllen, als jetzt das Einkommen aller Angestellten infolge des eingeführten Deklarationszwangs für die Arbeitgeber voll besteuert wird.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 44. Magdeburg, Dienstag den 22. Februar 1910. 21. Jahrgang.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Deutsch-Nationalen haben Pech. Die Tirolen-Affäre des frühern Reichstagsabgeordneten Schack ist noch in gutem Angedenken, und schon hat wieder ein Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes eine — na, sagen wir mal eine große Dummheit gemacht. Die „Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten", eine Vereinigung von acht Verbänden mit insgesamt etwa 60 000 Mitgliedern, fordert den Ausbau des bestehenden Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes mit Versicherungszwang für alle Angestellten bis zu 5000 Mark Jahreseinkommen. Veranlaßt durch die ablehnende Haltung, die der Staatssekretär des Innern neuerdings gegen die Pensionsversicherung der Privatbeamten einnimmt, hatte diese Vereinigung am 11. Februar eine große öffentliche Versammlung veranstaltet, in welcher Ingenieur Granzin vom Bunde der technisch-industriellen Beamten über das Thema sprach: „Wo bleibt die Versicherung der Privatangestellten?" In der Diskussion bat Herr Bechly, Vorsteher des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes und Vorsitzender der Siebenerkommission des Hauptausschusses, den Anhängern der Sonderkasse für die Privatangestellten, ums Wort. Er versuchte klarzulegen, daß es sich bei dem Streit ob Sonderkasse oder Ausbau nicht um organisatorische und versicherungstechnische, sondern um politische Fragen handle. Dann fuhr Herr Bechly fort: „Zwischen uns vom Hauptausschuß und Ihnen gähnt eine tiefe Kluft, die durch die Verschiedenheit der Weltanschauung bedingt ist. So ist zum Beispiel von dem Referenten sowohl wie von den Diskussionsrednern wiederholt auf diejenigen Privatangestellten hingewiesen worden, die nach ihrer Tätigkeit und ihren ganzen Verhältnissen den Arbeitern nahestehen. Da muß ich nun erklären, daß wir im Hauptausschuß auf diese niedern Privatangestellten, die die Unterschicht des Standes bilden, allerdings keine Rücksicht nehmen. . . . Gesetze werden immer nur für das Gros eines Standes gemacht und können den Verhältnissen von Minderheiten nicht Rechnung tragen. . . ." Diese Aeußerungen aus dem Mund einer führenden Persönlichkeit in der Angestelltenbewegung riefen natürlich eine ungeheure Erregung hervor. Minutenlang war es dem Redner unmöglich, weiterzusprechen. Die Versammlung nahm gegen einige Stimmen folgende Resolution an:

> Die Versammlung erklärt die Aeußerung des Herrn Bechly, des Vorstehers des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes und Vorsitzenden der Siebenerkommission des Hauptausschusses: „daß die Pensionsbewegung auf die schlechtgestellten Privatangestellten keine Rücksicht nehmen könne", für derart verwerflich, daß sie diese verräterische Taktik mit Entschiedenheit zurückweist.

Und was sagen die Deutsch-Nationalen zu einem solchen „Führer"? Wenn sie es dulden, daß dieser Mann auch nur noch eine Stunde im Amte bleibt, dann zeigen sie, daß es in der Tat sehr traurig um ihren Verband und den in ihm herrschenden Geist bestellt sein muß. Denn man muß wissen, daß nach einer kürzlich aufgenommenen Statistik das Durchschnittseinkommen der Handlungsgehilfen 1714,05 Mark beträgt und daß höchstens 10 bis 20 Prozent mehr als 2000 Mark im Jahre verdienen, also ihren ganzen Verhältnissen nach den Arbeitern nahestehen. Die organisierten Privatbeamten aber, deren Verbände sich dem Hauptausschuß angeschlossen haben, sollten dafür sorgen, daß Herr Bechly so bald als möglich den Vorsitz in der Siebenerkommission niederlegen muß. —

Zu den Abmachungen im Steindruckgewerbe nahm am Freitag eine von etwa 1500 Personen besuchte Versammlung der graphischen Arbeiter in Nürnberg Stellung. Den Abmachungen wurde fast einstimmig zugestimmt und ferner erklärt, daß der weitere Differenzpunkt, das Nachholen jener Stunde Arbeitszeitverkürzung am Sonnabend, nicht Grund genug sei, einen großen Kampf über ganz Deutschland aufzunehmen. Die graphischen Arbeiter in Fürth werden wahrscheinlich Sonnabend ebenfalls ihre Zustimmung geben. Damit ist der Friedensschluß bzw. Waffenstillstand im graphischen Gewerbe für ganz Deutschland gesichert. —

Zu den Differenzen im Düsseldorfer Dachdeckergewerbe. Eine von 120 Dachdeckergehilfen besuchte Versammlung beschloß, falls die Innung auf einer Lohnherabsetzung von 5 Pfennig pro Stunde bestehen sollte, am 1. März die Arbeit niederzulegen. —

Lohndifferenzen in der Kachelofenindustrie in Meißen. In der sächsischen Kachelofen-Metropole, in Meißen, sind am 19. Februar die Hilfsarbeiter der Ofenfabriken in den Streik eingetreten. Die vereinigten Fabrikanten lehnten es ab, auf die bescheidenen Forderungen der Arbeiter einzugehen, so daß diesen nur die Arbeitsniederlegung übrigblieb. Durch den Streik dieser Hilfsarbeiter werden auch die Töpfer der Ofenfabriken in Mitleidenschaft gezogen. Zuzug von Arbeitern aller Art ist nach Meißen streng fernzuhalten. —

Kämpfe in der Brau- und Malzindustrie. Das Personal der Brauerei Michel in Ochsenfurt legte die Arbeit nieder, weil der Besitzer die Tarifbestimmungen nicht innehielt und der Vertrauensmann des Brauereiarbeiterverbandes gemaßregelt wurde. Nach halbtägigem Streike wurde ein voller Erfolg erzielt. — In der Brauerei Hiltl in Regensburg erzielten die Arbeiter nach dreitägigem Streike die Anerkennung des Tarifs. — In der Malzfabrik Schrag u. Söhne in Bruchsal legte das im Brauereiarbeiterverband organisierte Personal wegen Ablehnung der Tarifforderungen die Arbeit nieder. —

Drohende Aussperrungen im Tapeziergewerbe. In Halle a. S. kündigte der Schutzverband der Unternehmer den Arbeitern den bestehenden Tarif und versuchte, den Arbeitern einen neuen 3jährigen Tarif aufzuzwingen, der im wesentlichen nur die alten Lohnsätze enthielt. Als die Arbeiter sich weigerten, erfolgte die Ankündigung der Aussperrung. In Hannover drohen die Unternehmer gleichfalls mit der Aussperrung. Auch hier verlangten sie den Abschluß eines längeren Tarifs ohne wesentliche Zugeständnisse. Außerdem soll der seit Jahren bestehende, vorzüglich arbeitende paritätische Arbeitsnachweis aufgehoben werden. Nach Halle und Hannover ist der Zuzug deshalb strengstens fernzuhalten. In Dresden schlossen die Tapezierer einen für die Arbeiter sehr vorteilhaften Tarif auf 3 Jahre ab. Die Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden verkürzt. Der Mindestlohn steigt von 47 auf 52 Pfennig. Außerdem sollen am 1. April alle Gehilfen eine Lohnzulage von mindestens 3 Pfennig erhalten. —

Die Buchbinder und Kartonnagearbeiter in Plauen i. V. stehen aus einigen Betrieben schon seit 8 Tagen im Ausstand; am Montag werden weitere 180 bis 200 Arbeiter und Arbeiterinnen folgen. Wie berichtet wird, ist Zuzug von Buchbindern und Kartonnagearbeitern nach dort nicht zu verzeichnen, wohl aber kommen viel Arbeiter andrer Berufe und ungelernte Arbeiter zugereist, die zu Streikbrecherdiensten bereit sind. Den Streikenden wird der Kampf dadurch erschwert, weshalb Zuzug jedweder Arbeiter nach Plauens strengstens ferngehalten werden muß. —

Provinz und Umgegend.

Oeffentliche Aufforderung an den Vorstand der Mittelstands-Vereinigung des Kreises Wanzleben.

Der Reichstagsabgeordnete Rieseberg ist unserseits, nachdem er den vom Reichstage beschlossenen neuen Steuern zugestimmt hatte, wiederholt aufgefordert worden, in einer der von uns einberufenen Versammlungen zu erscheinen, um uns Gelegenheit zur Kritik seines die Interessen des Volkes schädigenden Handelns zu geben. Rieseberg ist bisher unserm Ersuchen nicht nachgekommen und zwang uns daher, in den von andern Parteien einberufenen Versammlungen, in denen Rieseberg als Referent bestimmt war, unsre Ansicht zu vertreten.

In Tarthun sind denn auch einige unsrer Genossen zum Worte gekommen und haben dann Herrn Rieseberg gesagt, was ihm gesagt werden mußte. Das scheint ihn recht verschnupft zu haben und die Folge ist nun, daß die weiteren Versammlungen, die der Herr im Kreise abhält, nicht mehr durch die Presse bekanntgegeben werden. In Schwaneberg leistete sich dann Rieseberg in der Versammlung nach einem Bericht des „Wanzleber Kreisblattes" das Vergnügen, den Versammelten zu erzählen, daß er nur für eine Besteurung der Reichen und Besitzenden zu haben sei. Hier konnte er sich das widerspruchslos leisten, wußte er doch, daß niemand auftreten würde, der ihm seine Taten aus dem Reichstag vorhalten konnte.

Die unterzeichnete Parteileitung beschloß daraufhin, Rieseberg zu stellen, wo immer sich die Gelegenheit bieten sollte. In welcher Weise es Herr Rieseberg aber versteht, dem auszuweichen, zeigt der Verlauf der Versammlung in Sohlen. Die Mittelstandsvereinigung wird im eignen Interesse jetzt eine Versammlung nach Fermersleben einberufen müssen.

Wir sind der Meinung, daß der politische Kampf unter den Parteien mit anständigen Mitteln geführt werden muß. Die Mittelstandsvereinigung wird daher unserm Verlangen nachkommen und eine Versammlung arrangieren müssen, in der dem Unterzeichneten volle Redefreiheit gewährt wird.

J. A. der sozialdemokratischen Parteileitung des Kreises Wanzleben
Jul. Koch.

Arbeiter-Bildungsausschuß für den Kreis Wanzleben.

Von Dienstag den 22. bis Sonntag den 27. Februar finden im Kreise eine Anzahl Kunstabende statt, und zwar am 22. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokal von Schütze in Klein-Ottersleben; am 23., abends 8½ Uhr, im Lokal von Köppe in Diesdorf; am 24., abends 8½ Uhr, bei Stiller in Fermersleben; am 25., abends 8 Uhr, im Lokal von Cäsar in Lemsdorf; am 26., abends 8½ Uhr, bei Paulmann in Westerhüsen; am 27., abends 8 Uhr, bei der Witwe Strumpf in Groß-Ottersleben. Außerdem findet am Mittwoch den 23., Sonnabend den 26. und Sonntag den 27. je ein Märchennachmittag statt, und zwar in Diesdorf, Westerhüsen und Groß-Ottersleben. Programme zu den einzelnen Kunstabenden wie auch zu den Märchennachmittagen sind in allen Orten durch die Kassierer der Gewerkschaften zu beziehen. Wir können nur wünschen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen diese Veranstaltungen zahlreich besuchen. —

Lemsdorf, 21. Februar. (Die Wählerliste) zur Gemeindevertreterwahl liegt vom 19. Februar bis 5. März während der Bureaustunden im Gemeindebureau zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Die Parteigenossen werden noch besonders darauf hingewiesen, nicht etwa zu glauben, daß wegen der Eingemeindung am 1. April die Wahl weniger Wert hätte. Tue jeder seine Pflicht und bemühe sich nach dem Gemeindebureau, um festzustellen, ob sein Name auch in der Wählerliste steht. —

Niederndodeleben, 21. Februar. (Eine öffentliche Volksversammlung,) die erste seit langen Jahren, tagte am Sonntag abend im Lokal von Hein. Etwa 500 Personen, darunter über hundert Frauen, hatten Saal und Galerie besetzt. Genosse Nitsch (Magdeburg) referierte über „Die neue Wahlrechtsvorlage und den preußischen Landtag". Nach dem Vortrag nahm Genosse Nitsch Gelegenheit, die Verhältnisse in Niederndodeleben und Schnarsleben zu schildern, und forderte die Anwesenden auf, einig und geschlossen den kommenden Kämpfen entgegenzugehen. Einige zwanzig neue Mitglieder wurden aufgenommen. Mit einem donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie fand die imposante Versammlung ihren Abschluß. Vor Beginn und nach Beendigung trug der Arbeitergesangverein einige stimmungsvolle Lieder vor. —

Salbke, 21. Februar. (Feuer.) In der Nacht zum Sonnabend wurde hier die Feuerwehr alarmiert. Es brannte ein großer Kohlenschuppen einer Schönebecker Firma. Es gelang das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. —

Aschersleben, 21. Februar. (Sitzung der Stadtverordneten.) Zum besoldeten Magistratsmitglied wird der städtische Baumeister Heckner gewählt. Es erfolgt die Feststellung der Einzel-Haushaltpläne. Hiebei schließt die Höhere Mädchenschule mit 67 215 Mark. Schulgeld 1909 21 976 Mark (1910 33 740); Gehobene Mädchenschule 55 355 Mark, Schulgeld 1909 10 664 (12 920) Mark; Knabenmittelschule 61 350 Mk., Schulgeld 1909 20 704 (22 840) Mk.; Volksschulen 255 410 Mark, Staatszuschuß 7300 Mark, Ergänzungs-

Steuermann Worringer.

Novelle von Luise Schulze-Brück.

(17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Worringer wollte hinaus. Aber wohin? Ans Rheinufer, wo jetzt das Geschehnis das allgemeine Gespräch war? Ins Wirtshaus, wo er auch würde erzählen müssen, wo man ihn peinigen würde bis aufs Blut?

Nein, er konnte nicht. Er verschloß sorgfältig die Fensterladen. Dann holte er sich aus dem Keller einen Krug Wein. Der wärmte ihn wenigstens. Aber er erheiterte ihn nicht. Er machte nur das Blut in seinen Adern noch toller jagen.

Als es dunkel geworden war, schlich er nach dem Rhein. Es zog ihn dahin wie mit Stricken. Am Krane stand er, wo der Nachen gelegen hatte. Und wenn er aufs Wasser hinaussah, dann sah er immer das gleiche, immer das gleiche. Und zuletzt mußte er doch wieder nach Haus, in das leere Haus, wo es so still war, so öd.

Am andern Tage wurde es noch schlimmer. — Auf dem Schiffe wußte es natürlich sowohl der Kapitän wie alle Passagiere. — Ein Flüstern ging durch die Leute, als er kam. Hundert Augen richteten sich auf ihn, ein enthusiastischer Mainzer verfolgte ihn mit begeisterter Lobrede, der Kapitän fragte ihn aus. Und als er zurückkam, war's auf dem Wege vom Bahnhof nach Haus das gleiche.

Und kaum war er zu Haus, da kam der Pfarrer.

Den mußte er einlassen. Er war bei Greta gewesen. — Und während er ihn lobte und seine mutige Aufopferung pries, deutete er vorsichtig an, daß die junge Frau doch sehr erschöpft sei — ja sehr — und so sehr aufgeregt, und daß sie Ruhe haben müsse. — Daß er vielleicht doch — hm — ein wenig — nun ja, ein wenig zu streng gegen sie gewesen sei. Gewiß sei sie ein Weltkind, die Margareta — aber im Grunde doch eine brave Frau — und es sei wohl das beste, wenn sie einige Zeit — hm — bei ihrer Mutter bleibe. Gewiß, dann würde alles wieder gut werden, und er, der Pfarrer, werde seinen ganzen Einfluß nach dieser Richtung aufbieten, damit alles wieder ins rechte Gleis komme und — hm — keine Trübung der Ehe —

Worringer ließ ihn nicht ausreden. Ihm war alles recht. Sie möge nur dort bleiben, sie und das Kind. Solange sie wolle. — Und natürlich, seine Schwiegermutter habe ja selbst nicht viel zu beißen und zu brechen, ob der Pfarrer nicht von ihm —

Aber der wehrte ab. „Nein nein, lieber Worringer, das machen Sie mit Ihrer Schwiegermutter ab. — Und verzagen Sie nicht. Kranke Frauen haben seltsame Launen. Es wird schon alles gut werden. Alles gut. Ich hoffe es zuversichtlich."

Er ging. — Steuermann Worringer sah ihm durchs Fenster nach. — Alles gut werden! Nein, es würde nie mehr gut werden. Er hatte seine Frau verloren für immer.

Wenn sie wirklich wieder zu ihm kam, zurückgezwungen zu ihm, was war das für ein Leben. Sollte er wieder mit dem Brocken vorliebnehmen, die abfielen für ihn, bis jetzt abgefallen waren von ihrer Gleichgültigkeit? — Jetzt fürchtete sie ihn, haßte ihn. — Und er! Er stöhnte und riß sich in Verzweiflung das Haar. Er wollte mehr! Hatte immer mehr gewollt! Ihre Liebe hatte er gewollt, jetzt wußte er's! — Jetzt wußte er, was in ihm gebohrt hatte und gewühlt und ihn verrückt gemacht.

Nun war kaum ein Tag vorüber seit dem Geschehnis. Ihm schienen es Jahre zu sein, endlose, qualvolle Jahre. Wie lange würde er das aushalten, die Not, die Pein!

Wie lange die laute Stimme hören, die in seinem Innern schrie.

Daß er kein Mörder war, war ihm kein Trost. Der Georg Hessemer war außer Gefahr. Er hatte ihn bitten lassen, morgen zu ihm zu kommen. Auch das noch. Und er mußte gehen! Was hätte man gesagt, wenn er nicht hingegangen wäre? Er fürchtete sich — er, der Worringer, hatte blasse Furcht. Er hätte die Minuten dehnen mögen, die hinflogen und doch so lang waren, so lang. —

Die Nacht erschien ihm endlos. Und als er am Morgen aufstand, fühlte er, daß seine Knie unter ihm zitterten. — Aus dem Spiegel sah ihm ein ganz verwüstetes Gesicht entgegen — hohlwangig mit eingesunkenen, fieberglühenden Augen. Die Fahrt nach Kaub erfrischte ihn nicht. Der Anblick des Wassers regte ihn auf, machte ihn krank.

Gegen Mittag war er im Wartezimmer des Hospitals. Und wie im Traume ging er über die langen Gänge, bis er vor der Tür des Zimmers stand, in dem Georg Hessemer lag. Da raffte er sich mit Gewalt zusammen. Es mußte sein.

Vom Bette her streckte sich ihm eine Hand entgegen. Georg Hessemers Gesicht leuchtete ihn förmlich an.

„Worringer! Des is scheen, deß De kimmst. Ich hawwe eher kä Ruh, bis ich mit Dir geredd hawwe! — Un mich bedankt hawwe! Deß grad Du mich erausgeholt hoscht! — Grad Du! — Des wär ich Dir ewig gedenke, un wann ich hunnert Johr alt werd! Mer lebt doch gern, wann mer noch jung is. — Se hawwe mer verzehlt, wie Du mit Stimmeln und Spore ins Wasser enein bis! — Des vergeß ich Dir net, siehschte! Un deß Du mich enausgeholt hoscht, wo ich aach noch des Greta hawwe enniwergeschafft — guck, wann De mich hättst elendig versaufe lasse, da hätt ich Der's net emol arig iwwelnemme kenne" — ein Schalk fuhr einen Augenblick lang über sein Gesicht —, „häst des, wann ich's gewahr worde wär. — Un siehschte." — der junge Mann richtete sich im Bett auf, das blasse Gesicht färbte sich rot — „siehschte, deswege hawwe ich aach kä Ruh gehott, bis ich mit Der hawwe redde könne! Ich muß Der's sage, daß De nix Unrechts denkst vum Greta. — Un aach vum mir net. — Wo ich Der mei Leve schullig bin worde, will ich net aach noch sunscht in Deiner Schuld bleiwe. 's Greta is bei mich kommne in seiner Angst und Verzweiflung un hot sich an mich gehängt un is ganz vum Sinne gewese. — Du," — er stockte einen Augenblick, dann fuhr er entschlossen fort — „Du, Du wärscht so schroo mit em gewese un hättst's ingesperrt, un sei Mutter hät's eweggeschickt, un es wollt ins Wasser gehe, weil's net wißt, wohin. Un do, wie ich em zugeredd hawwe, do is es 'm ingefalle, deß es wollt uff Schierstein bei sei Schwester! Un weil's geziddert un gebewwert hot vor Aengscht, daß Du hämkäämst, do hawwe ich gesagt, ich wollt's eniwwerfahre! — Awwer ich kann Der's schweere — mit 'me heilige Eid — deß mer nix Unrechts gedohn hawwe — un nix Unrechts vorgehott. — Ich hawwe nix weider gedenkt, als daß ich des arm Ding nor fortbring, Dir aus dä Aage — nix weider."

(Fortsetzung folgt.)

zuschuß vom Staate 15 000 Mark, Schülerzahl 3808; Gewerbe-Fachschule 18930 Mark, Staatszuschuß 5239 Mark; Armenkasse 70260 Mark; Johannis-Hospital-Kasse 59 790 Mark; Waisenhauskasse 12 120 Mark; Steinbruchskasse 6000 Mark; Schlachthofkasse 60 800 Mark; Wasserwerkskasse 81 100 Mark; Gaswerkskasse 345 000 Mark; Kanalwerkskasse 95 760 Mark; Stadtbadkasse 34 050 Mark; Bestehornhaus-Kasse 14 000 Mark. Bei den letzten beiden Etats wird ein Zuschuß von je 5000 Mark verbraucht. Stadtv. Greiner bespricht die Gewährung von Lernmitteln in der Volksschule. Verschiedene Wünsche um Gewährung haben keine Berücksichtigung gefunden. Man sollte statt Strafen, wenn dies oder jenes fehlt den ausgesprochenen Wünschen mehr Rechnung tragen. Stadtv. Albrecht hält es nicht für angängig, überall dort, wo die unentgeltliche Lieferung von Lernmitteln verlangt wird, den Wünschen zu entsprechen. Die Bedürftigkeit sei oftmals schwer festzustellen. Ueberdies sei ja der Unterricht unentgeltlich. Es sei ja auch festgestellt, daß in einer Schule bedeutend mehr verabfolgt sei als im allgemeinen. Stadtv. Greiner ist der Ansicht, daß es nicht angängig sei, das Verhalten der Schulleiter, welche bei der Bewilligung von Lernmitteln engherzig verfahren, als Norm anzunehmen. Bei der Gewerbefachschule beantragt Stadtv. Greiner die Gewährung von Prämien zu streichen. Die bisherige Durchführung war dazu angetan, Mißstimmung unter den Schülern zu fördern. Die Lernfreudigkeit würde nicht gefördert. Der Antrag wird abgelehnt. Stadtv. Greiner stellt den Antrag, bei der Dienstboten-Krankenversicherung den Beitrag von 5 auf 6 Mark zu erhöhen. Es sei nicht zu verstehen, wie diese Beiträge belassen wurden, als die Sätze für die Verpflegung im Krankenhause erhöht worden sind. Die Interessenten sind sehr wohl in der Lage, einen erhöhten Beitrag zu zahlen. Durch die Erhöhung der Verpflegungssätze werden die Krankenkassen eventuell genötigt, die Beiträge zu erhöhen. Hierbei werden zumeist Arbeiter betroffen. Der Antrag wird mit 14 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Bei der Bestehornhauskasse fragt Stadtv. Greiner an, ob der Zuschuß von 5000 Mark weiter bedingt sei. Die Gastwirte behaupten, daß ihnen durch den dort geübten Schankbetrieb schwere Konkurrenz bereitet werde. Das lasse aber die Schlußfolgerung zu, daß die Einnahmen den Etat decken müssen. Stadtrat Dr. Geiß verweist auf die Darbietungen im Bestehornhause. Hierzu sei der Zuschuß von 5000 Mark nötig. Stadtv. Greiner verweist darauf, daß bezüglich der Preise für die unteren Plätze den getroffenen Feststellungen nicht entsprochen wird. Wenn Preise bis zu 80 und 90 Pf. für den letzten Platz erhoben werden, so kann der Arbeiter nicht daran teilnehmen, will er bei seinem Einkommen nicht als Verschwender sich ansehen lassen. Berücksichtigung in dieser Beziehung wird zugesagt. Bei der Friedhofskasse bringt Stadtv. Triebel zur Sprache, daß während der Pflanzzeit beide Tore des Friedhofs geöffnet werden. Für die Durchführung sagt Stadtrat Hoofer zu. Für Instandsetzung des Wohnhauses auf dem städtischen Bauhof werden 3900 Mark bewilligt. Hierbei kommt eine Warmwasser-Heizanlage mit 2300 Mark in Betracht. Für die Kosten des Kreiswetturnens der deutschen Turner soll eine Beihilfe von 150 Mark bewilligt werden. Stadtv. Greiner hat gegen die Bewilligung nichts einzuwenden. Es müsse aber erwartet werden, daß auch den Arbeiter-Turnvereinen entsprechend entgegengekommen wird. Oberbürgermeister Michaelis behauptet, daß dies bisher stets geschehen sei. Stadtv. Kinne widerspricht den Ausführungen des Oberbürgermeisters und beantragt Ablehnung der Beihilfe. Stadtv. Greiner weist ebenfalls nach, daß von einer gleichmäßigen Behandlung bisher nicht viel gemerkt wurde. Da die Versicherung des Oberbürgermeisters gerade darum gegeben sei, es werde künftighin gleichmäßig verfahren, so könne man den Betrag bewilligen. Zur Beschaffung von Jugendspielen werden 100 Mark bewilligt. Stadtv. Kinne verweist darauf, daß bei der Durchführung der Spiele keine Begünstigung der besseren Kreise stattfindet. Etatsüberschreitungen im Betrage von 12 355 Mark werden genehmigt. Für den 17. Armenbezirk wird Rentner Ernst Funke (Hohe Straße) gewählt. —

— (Der Bildungsausschuß) des Gewerkschaftskartells hat für die nächste Zeit folgende Veranstaltungen getroffen. Mittwoch den 23. Februar Unterhaltungsabend in Wildes Lokal durch die Gesellschaft Hackenberg (Düsseldorf). —

Burg, 21. Februar. (Kartellbericht vom 18. Februar.) Anwesend waren 35 Delegierte. Entschuldigt fehlte je ein Delegierter der Buchdrucker, Holzarbeiter und Tabakarbeiter; unentschuldigt 1 Lederarbeiter und 1 Textilarbeiter. Genosse Gebhardt brachte den Bericht des Arbeitersekretariats. Wie notwendig die Errichtung eines solchen Instituts für die Arbeiterschaft von Burg und Umgegend war, ergibt sich daraus, daß in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1909 1764 Auskünfte an 1736 Personen erteilt und außerdem 612 Schriftsätze angefertigt wurden. An Stelle des Genossen Kaschube, der aus dem Kartell ausscheidet, wurde Genosse Ostwald zum Vorsitzenden gewählt. Dann wurde über die Lohn- und Tarifbewegungen der einzelnen Gewerkschaften Bericht erstattet und die Delegierten aufgefordert, in ihren Versammlungen dahin zu wirken, daß sich die Genossen auch der politischen Organisation anschließen. —

Burg, 21. Februar. (Die Handschuhnäherinnen) der Firmen Riemer und Kroders Söhne sind in den Streik getreten. Am Dienstag abend findet im „Hohenzollernpark" eine Versammlung aller in der Handschuhindustrie beschäftigten Arbeiterinnen statt. —

Gommern, 21. Februar. (Zahlungsschwierigkeiten.) Die Firma Technisches Bureau, G. m. b. H., in Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 164, führt die Arbeiten an dem Erweiterungsbau des hiesigen Staatsbahnhofs aus. Seit 2 Wochen aber ist sie den Arbeitern den Lohn schuldig geblieben, und alle Bemühungen der Arbeiter, ihren Lohn zu erhalten, sind bis jetzt erfolglos geblieben. Die Arbeiter haben deshalb die Arbeit ruhen lassen. Hier wäre es doch wohl Pflicht der Bahnverwaltung, helfend einzugreifen und dafür zu sorgen, daß den Arbeitern ihr Lohn wird, denn unter ihnen befindet sich eine Anzahl Familienväter. Ueberhaupt sollten sich die Behörden etwas mehr um das Verhalten der Firma kümmern. Eine Bedürfnisanstalt ist auf der Baustelle nicht vorhanden, und da man die Arbeiter in den Aborten des Staatsbahnhofs sowohl als auch des Kleinbahnhofs nicht duldet, so sind sie gezwungen, ihre Notdurft dort zu verrichten, wo es ihnen gerade paßt. Außerdem sind den Arbeitern vom Schachtmeister bisher stets 5 Pfg. mehr an Versicherungsbeiträgen einbehalten, als gesetzlich zulässig ist. Ob hier der Schachtmeister im Einverständnis mit der Firma handelt, ist unbekannt. Auch ist den Arbeitern der Lohn bisher immer in Schankwirtschaften ausgezahlt worden. Trotzdem der Polizei diese Tatsache bekannt ist — der Polizeiwachtmeister hat dem Schachtmeister schon einmal eine Verwarnung zugehen lassen —, ist Anklage wegen dieser Uebertretungen unseres Wissens bisher nicht erhoben worden. Solche Nachsicht pflegt man Arbeitern gegenüber meist nicht zu üben. —

Halberstadt, 21. Februar. (Der dritte Vortrag) des Genossen Beims über das Thema „Monarchie und Demokratie" findet am Mittwoch dieser Woche abends pünktlich 8½ Uhr bei M. Bollmann statt. —

— (Als ärztliche Sachverständige) des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung, Regierungsbezirk Magdeburg, sind für das Jahr 1910 Sanitätsrat Dr. Müller und Dr. Borchauer in Halberstadt gewählt. —

— (Der große Frühjahrsmarkt) findet in der Zeit vom 10. bis 1[illegible] März auf dem Burchardi-Anger statt. Am 10. März ist Viehmarkt. —

— (Das Recht auf die Straße) hat sich am Sonntag aufs neue die Arbeiterschaft durch eine imposante und ruhig verlaufene Demonstration erzwungen. Bei der Kundgebung, die zugleich ein scharfer Protest gegen das Vorgehen der Polizei am vorigen Sonntag war, ist auch bewiesen worden, daß die Ordnung nirgends gestört wird, wenn es die Polizei an der nötigen Ruhe nicht fehlen läßt. Als Treffpunkt hatten die Arbeiter diesmal den Promenadenkonzertplatz gewählt, wo abwechselnd von den Kapellen der Infanterie und der Kürassiere gespielt wird. Die üblichen Besucher dieser Konzerte, Angehörige des Bürgertums und der wohlhabenden Klassen, waren nicht wenig erstaunt, als, wie aus dem Erdboden gewachsen, gewaltige Massen von Arbeitern mit ihren Frauen auf dem Lindenweg erschienen, um sich auch einmal den kostenlosen Genuß einiger Musikstücke zu gönnen. Es kam aber anders als — nicht etwa die Arbeiter —, sondern die sonstigen Zuhörer gedacht hatten. Die Polizei hatte noch in letzter Stunde von der Absicht der Arbeiterschaft Kenntnis erhalten und das Konzert der Kürassiere verhindert. Statt dessen waren von der Polizei wieder alle Vorbereitungen getroffen, um gegebenenfalls die „Ordnung" aufrechtzuerhalten. Sämtliche Polizisten waren in der Nähe des Lindenwegs zusammengezogen. Auch die jedesmal bei ihrem Erscheinen die größte Heiterkeit erweckenden Berittenen standen im Feuerwehrdepot zur Attacke bereit. Als die Zeit immer weiter vorrückte und die erwarteten Weisen der Kürassierkapelle nicht ertönten, konnte man bei den Bürgern recht enttäuschte Gesichter sehen. Desto fröhlichere machten die Arbeiter. Allerdings hatten die Demonstranten diese Rücksichtnahme auf ihre Kundgebung vorher auch nicht erwartet. Aber jedenfalls wollte man der Kürassierkapelle den Anblick von demonstrierenden Arbeitern ersparen und sie vor umstürzlerischen Gedanken bewahren. Zur weiteren Vorsicht standen auch noch auf der Spiegelstraße zwei Infanterieoffiziere als Posten, die den vorübergehenden Soldaten die Anweisung gaben, den Lindenweg und dessen Umgebung zu meiden. Als es endgültig feststand, daß das Konzert nicht abgehalten wurde, ging es wie ein Lauffeuer von Mund zu Mund: „Auf, nach dem Breiten Weg!" Innerhalb noch nicht einer Viertelstunde war der Breite Weg in seiner ganzen Länge von einem auf und ab wogenden Menschenstrom bedeckt. In musterhafter Ordnung und Ruhe gingen die Massen, die auf ungefähr viertausend geschätzt wurden, die Hauptverkehrsstraße entlang. Unter den Demonstranten befand sich auch eine große Anzahl von Angehörigen aus den bürgerlichen Kreisen, die vom Lindenweg aus Neugierde gefolgt waren. Vernünftigerweise war die Polizei sehr zurückhaltend und bewahrte im Gegensatz zu ihrem früheren Auftreten Ruhe. Die berittenen Polizisten kamen überhaupt nicht zum Vorschein. Nur einmal, als die zusammenflutende Menge kehrt machte, um denselben Weg wieder zurückzugehen, schien es, als ob es sich ein Polizeileutnant in den Kopf gesetzt hatte, durch seine lebhaften Aufforderungen zum Weitergehen die Demonstranten aus dem Gleichgewicht zu bringen. Doch die Arbeiter wahrten auch hier ihre überlegene Besonnenheit und sorgten selbst für Ordnung. Wieder auf dem Fischmarkt angekommen, ging die Menschenmenge ebenso friedlich wie sie gekommen war langsam auseinander. Dadurch, daß die Demonstration nicht wieder durch das „Intelligenzblatt" öffentlich angekündigt wurde, sind auch die bei frühern Kundgebungen bemerkten unsauberen Elemente weggeblieben. Ein würdiges Paar, das trotzdem in der Menge war, schien von irgendeiner Seite herangeholt zu sein. Wenigstens wurde beobachtet, daß diese beiden einem bekannteren Parteigenossen auf Tritt und Schritt folgten. Auf dem Breiten Wege wurde dann diese aufmerksame Begleitung noch durch einen Polizisten verstärkt, der dem Genossen in treuer Anhänglichkeit nicht von der Seite wich. Auf jeden Fall hat die Arbeiterschaft den verantwortlichen Leitern der hiesigen Polizei durch die ohne jeden Zwischenfall verlaufene Demonstration bewiesen, daß es nicht an ihr liegt, wenn es zu Zusammenstößen kommt. Würde die Polizei bei solchen Anlässen immer so zurückhaltend sein, dann wäre es ausgeschlossen, daß die Ordnung auch nur in der geringsten Weise gestört wird. Es ist nicht die Absicht der Arbeiterschaft, sich mit der Polizei herumzuschlagen und Gewalttaten zu verüben. Sie will nur, daß ihr das Recht, auf die Straße zu gehen, genau wie jeder andern Bevölkerungsklasse zugestanden wird. —

— (Um die Gültigkeit) einer Bestimmung der Straßenpolizeiverordnung für den Gemeindebezirk Halberstadt handelte es sich bei einem Strafverfahren, das gegen einen Händler angestrengt worden war. — K. hatte seinen Handwagen etwa 20 Minuten lang auf der Straße stehen lassen. Dadurch sollte er die Straßenpolizeiverordnung vom 4. Juni 1887 übertreten haben, und zwar die Bestimmung des § 37, daß jedes Aufstellen von Karren usw. auf der Straße verboten sei. Die Strafkammer als Berufungsinstanz sprach den Angeklagten frei. Zur Begründung führte sie aus: Die Vorschrift, welche jedes Aufstellen von Karren verbietet, würde ungültig sein, wollte man sie ganz allgemein nach ihrem Wortlaut nehmen, denn durch das bloße Aufstellen werde die öffentliche Sicherheit noch nicht gestört. Der § 37 sei unanwendbar. Es könnte hier nur der § 366 Ziffer 9 des Strafgesetzbuchs in Frage kommen, wonach sich strafbar macht, wer auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen Gegenstände, durch die der freie Verkehr gehindert wird, aufstellt, hinlegt oder liegen läßt. — Das Kammergericht gab der hiergegen eingelegten Revision statt, hob die Entscheidung des Landgerichts auf und verwies die Sache in die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgeführt: Die Straßen-Polizeiverordnung könne sich auf § 6b des Polizei-Verwaltungsgesetzes stützen, wonach es zu den Aufgaben polizeilicher Vorschriften gehöre, die Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße zu schützen. Nun sei ja sicher, daß die Straße auch dazu da sei, daß dort Wagen halten. Natürlich meine die Polizeiverordnung auch nicht, daß das nicht geschehen solle. Die Polizeiverordnung sei so aufzufassen, daß sie nur einen Mißbrauch dieses Rechtes auf die Straße verhindern wolle. Es solle verhindert werden, daß ein Wagen über die notwendige Zeit hinaus auf der Straße stehe und so zu einem Verkehrshindernis werden könne. Die Bestimmung der Polizeiverordnung sei darum gültig und das Landgericht müsse nunmehr prüfen, ob nicht der Wagen unnötig lange auf der Straße gestanden habe und so die Verordnung anwendbar sei. —

Neuhaldensleben, 21. Februar. (Untersagung des Gewerbebetriebes als Rechtskonsulentin.) Dem Rechtskonsulenten Dörre war seinerzeit rechtskräftig durch Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts der Gewerbebetrieb als Rechtskonsulent untersagt worden. Darauf meldete seine Frau diesen Betrieb an. Dörre wurde dann wiederholt vom hiesigen Schöffengericht verurteilt, weil er das Gewerbe trotz der Untersagung weiter betrieben habe. Darauf klagte der Bürgermeister von Neuhaldensleben als Polizeiverwalter gegen Frau Dörre auf Untersagung des Gewerbebetriebs als Rechtskonsulentin, indem er unter Bezugnahme auf die Urteile des Schöffengerichts geltend machte, daß Frau Dörre den Betrieb lediglich durch ihren Mann ausüben lasse. Sie selbst sei nach Vergangenheit, Bildung und Auftreten ganz unfähig, den Betrieb auszuüben. — Vor dem Kreisausschuß vertrat D. seine Frau und machte geltend, seine Frau habe allerdings nur eine Dorfschule besucht. Sie habe ihn aber während seiner [illegible] Tätigkeit als Rechtskonsulent oft unterstützt, so daß sie wohl davon etwas verstehe. [illegible] die Untersagung zu bestätigen. —

Quedlinburg, 21. Februar. (Der Reichsverband) gegen die Sozialdemokratie veranstaltet in der Zeit vom 19. Februar bis 12. März wiederum eine Reihe von Vorträgen, selbstverständlich hinter verschlossenen Türen. Als Redner sind vorgesehen: Der von den Gewerkvereinen (H.-D.) aufgestellte und in der Stichwahl gewählte Rektor Stoye, Dr. Stanzer aus Reinstedt, Arbeiterredner Reinhardt (Berlin), Arbeitersekretär Schäfer aus Magdeburg. Während der Stadtverordnetenwahl trat Herr Rektor Stoye von dem Vorhaben, einen Vortrag im Reichsverband zu halten, zurück. Jetzt, wo die Gewerkvereine diesen Herrn gewählt haben, kann er ruhig seinen Vortrag halten. Was sagen die Gewerkvereinler zu diesem „Arbeiterkandidaten"? Uns kann ein derartigs Verhalten nur recht sein. Mit der Zeit wird auch der eingefleischteste Gewerkvereinler einsehen müssen, daß es ein Vergehen gegen die Gesamtarbeiterschaft ist, wenn Reichsverbandsmitglieder oder -redner von den Arbeitern gewählt werden. —

Schönebeck, 21. Februar. (Der Auskunftserteiler) des Gewerkschaftskartells hatte auch im verflossenen Jahre viel Arbeit durch das Ueberhandnehmen der Unfälle in den einzelnen Betrieben, wobei die Zementfabrik an erster Stelle steht, und durch die vielen Vergehen und Uebertretungen der sozialpolitischen Gesetze durch die Unternehmer. Auskunft wurde 194 Personen erteilt, darunter auch Unorganisierten, in 306 Besuchen. Außer der Korrespondenz wurden 222 Schriftsätze angefertigt. Die Sachen verteilen sich folgendermaßen: Unfallgesetz 58, Krankenkassengesetz 34, Steuerreklamationen 56, Invalidengesetz 8, Gewerbliches Arbeitsverhältnis 4, Zivilprozeßordnung 13, Strafsachen 4, Bürgerliches Gesetzbuch 11, Gesindeordnung 6. Der Fabrik- und Metallarbeiterverband haben je einen Beamten, von denen viele Sachen erledigt werden. Sonst hätte man längst einen Gewerkschaftssekretär anstellen müssen. —

— (Eine Messerstecherei) fand am Sonntag früh zwischen 1 und 2 Uhr in der Hermannstraße statt. Der Polizist Alscher erhielt bei „Ausübung seines Amtes" von dem „Arbeiter" J. drei Messerstiche in die Lunge, welche lebensgefährlich sein sollen. Alscher wurde mittels Krankenwagens nach dem städtischen Krankenhaus geschafft. —

— (Der Ausverkauf) eines Warenhauses glich einer Revolution. Schon am frühen Morgen war es von Hunderten von Frauen belagert. Der Andrang war so stark, daß die Fensterscheiben in Trümmer gingen. Man ließ die Frauen nur abteilungsweise hinein. Der Verkehr war teilweise vollständig gehemmt. Am schlimmsten war es nachmittags und abends. Die Polizei mußte fortwährend einschreiten, aber sie war machtlos und wurde von der Menge mit allerhand Kosenamen belegt. —

Wahlkreis Wanzleben, 21. Februar. (Der Reichstagsabgeordnete Riesebero.) Auf Veranlassung des Herrn Rieseberg hatte der Lehrer Schönborn eine öffentliche Versammlung für die Reichstagswähler von Beyendorf und Sohlen nach dem Beckerschen Lokal in Sohlen zum 20. d. M. einberufen. Schlag 3 Uhr besetzten unsre Genossen das Lokal und warteten nun der Dinge, die da kommen sollten. Gleich nachher rückten auch die Bügerlichen mit Rieseberg an und Herr Schönborn hielt eine von Patriotismus überschäumende Begrüßungsrede. Dann sollte Herr Rieseberg sprechen. Zur Geschäftsordnung verlangte Genosse Faust das Wort und fragte an, ob nach dem Referat unbeschränkte Redezeit gewährt werde. Herr Schönborn erklärte, die Versammlung sei für Beyendorf und Sohlen einberufen; wer aus diesen Orten sei, bekomme auch das Wort. Als dann Genosse Koch sich Redefreiheit erkämpfen wollte und der Antrag gestellt wurde, die Versammlung solle entscheiden, ob Koch unbedingte Redefreiheit haben solle, kam Herr Rieseberg in die Wolle. Er verkündete, daß die Versammlung gar nichts zu sagen habe, es läge ganz im Belieben des Veranstalters, wie er das handhaben wolle. Genosse Koch fertigte nun Herrn Rieseberg ab und forderte ihn auf, in Fermersleben eine Versammlung einzuberufen, wo er, Koch, dann sprechen werde. Rieseberg möge mit denen, die noch Vertrauen zu ihm haben, allein im Lokale bleiben. Gut zwei Drittel der Anwesenden erhoben sich nach diesen Worten und verließen mit dem Genossen Koch das Lokal. Den Zurückbleibenden wird Rieseberg dann erzählt haben, daß er nur für eine Besteurung der Reichen zu haben ist. Ob sie es ihm noch glauben werden. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 19. Februar 1910.

Sittlichkeitsvergehen. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wird gegen den Hüttenarbeiter Hermann Böltge aus Thale verhandelt, der im November vorigen Jahres eine Frau tätlich beleidigt und vor 2 Jahren an Mädchen unter 14 Jahren unsittliche Handlungen vorgenommen hat. Der Angeklagte wird wegen tätlicher Beleidigung und wegen eines vollendeten und eines versuchten Sittlichkeitsverbrechens zu 6 Monaten 1 Woche Gefängnis verurteilt. —

Blutige Schlägerei. Das Schöffengericht Halberstadt verurteilte die Ehefrau Ottilie Henze aus Halberstadt wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis. Sie hat am 19. November v. J. die Tochter des Arbeiters Stark, Martha, von dem Fenster ihrer parterre gelegenen Wohnung aus mit einem scharfen Gegenstand auf den Kopf geschlagen, so daß eine stark blutende Verletzung entstand. Als der Vater zu Hilfe kam, wurde er von der Angeklagten und deren Sohn ebenfalls so bearbeitet, daß er längere Zeit arbeitsunfähig war. Der Sohn der Angeklagten wurde vom Schöffengericht deshalb zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Urteil wurde auf die Berufung der Angeklagten dahin abgeändert, daß statt der 3 Monate Gefängnis auf 150 Mark Geldstrafe erkannt wurde. —

Briefkasten.

Die Korrespondenten in Westeregeln, Wernigerode, Hötensleben, Wanzleben und andre werden gebeten, nur schmales Papier zu Berichten zu verwenden. Die breiten Manuskripte erschweren den Setzern die Arbeit außerordentlich. —

Olvenstedt. Wir bringen die Namen von Ausgeschlossenen nicht. —

Wasserstände.

\+ bedeutet über — unter Null.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	17. Febr.	+ 0.05	18. Febr.	+ 0.05	—	—
Laun	"	+ 0.15	"	+ 0.15	—	—
Budweis	"	+ 0.02	"	0.00	0.02	—
Prag	"	—	"	—	—	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	19. Febr.	+ 3.20	20. Febr.	+ 3.20	—	—
Weißenfels Untp.	"	+ 1.06	"	+ 1.46	—	0.40
Trotha	"	+ 2.46	"	+ 2.68	—	0.22
Alsleben	"	+ 2.17	"	+ 2.20	—	0.03
Bernburg	"	+ 1.76	"	+ 1.86	—	0.10
Kalbe Oberpegel	"	+ 1.79	"	+ 1.81	—	0.02
Kalbe Unterpegel	"	+ 1.63	"	+ 1.70	—	0.07
Mulde.						
Dessau, Muldenbr.	19. Febr.	+ 0.15	20. Febr.	+ 0.16	—	0.01
Elbe.						
Pardubitz	17. Febr.	— 0.30	18. Febr.	— 0.30	—	—
Brandeis	"	+ 0.40	"	+ 0.37	0.03	—
Melnik	"	+ 0.28	"	+ 0.25	0.03	—
Leitmeritz	"	+ 0.31	"	+ 0.33	—	0.02
Aussig	19. "	+ 0.51	20. "	+ 0.53	—	0.02
Dresden	"	— 0.90	"	— 0.88	—	0.02
Torgau	"	+ 1.28	"	+ 1.26	0.02	—
Wittenberg	"	+ 2.27	"	+ 2.23	0.04	—
Roßlau	"	+ 1.67	"	+ 1.63	0.04	—
Barby	"	+ 2.07	"	+ 2.03	0.04	—
Schönebeck	"	+ 1.90	"	—	—	—
Magdeburg	20. "	+ 1.72	21. "	+ 1.70	0.02	—
Tangermünde	19. "	+ 2.72	20. "	+ 2.64	0.08	—
Wittenberge	"	+ 2.66	"	+ 2.57	0.09	—
Dömitz	"	+ 2.33	"	+ 2.25	0.08	—
Lauenburg	"	+ 2.38	"	+ 2.32	0.06	—

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 21. Februar 1910.

— **Eine Stadtverordneten-Sitzung** findet wieder in dieser Woche am Donnerstag nachmittag 4 Uhr im Altstädter Rathaus statt. Die 18 Punkte umfassende Tagesordnung der öffentlichen Sitzung enthält u. a. die Haushaltpläne der Krankenanstalten Altstadt und Sudenburg, den Haushaltplan für die städtische Polizeiverwaltung und die Haushaltpläne der Schulkasse. Außerdem stehen einige in der letzten Sitzung zurückgestellte Vorlagen zur Beratung. Der letzte Punkt betrifft den Bericht des Ausschusses über die Reglung der Müllabfuhr.

Den Wahlrechtsantrag der sozialdemokratischen Fraktion hat der Vorsteher nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Der Rechtsausschuß soll erst in einer Sitzung am Mittwoch entscheiden, ob die Beratung des Antrags in der Stadtverordneten-Versammlung zulässig ist oder ob ihr der § 35 der Städteordnung entgegensteht, der die Erörterung politischer Angelegenheiten verbietet. Das Beispiel Berlins, Charlottenburgs, Königsbergs, Stettins und andrer Städte wird hoffentlich den Rechtsausschuß überzeugen, daß die Beratung zulässig ist. Bisher hat sich nur eine Stadtverordneten-Versammlung im gegenteiligen Sinne erklärt, nämlich die Dortmunds. Hier lag aber wenigstens insofern eine formelle Berechtigung dazu vor, als der betreffende Antrag das lokale Interesse Dortmunds an der Wahlrechtsfrage nur ganz allgemein andeutete. — Warum übrigens der Vorsitzende den Rechtsausschuß nicht wenigstens so rechtzeitig zusammenberief, daß der Antrag noch hätte auf die Tagesordnung gestellt werden können, bedarf auch noch der Erklärung. Unsres Erachtens nach war eine vorherige Erörterung im Rechtsausschuß überhaupt unnötig. Der Vorsitzende hätte, selbst wenn ihm einflußreiche Leute das Gegenteil nahegelegt haben, unbekümmert darum den Antrag auf die Tagesordnung setzen und zur Verhandlung bringen sollen —

— **Betriebsbeihilfe von 1000 Mark** für die Frauenerholungsstätte in Fort 2 bei Magdeburg. Der Vaterländische Frauenverein für Magdeburg und Umgegend, dem für die Walderholungsstätte Möser auf 3 Jahre vom 1. April 1909 ab eine Betriebskostenbeihilfe von jährlich 1000 Mark gewährt worden ist, hat um Weitergewährung einer Beihilfe in gleicher Höhe auch für die Frauenerholungsstätte im Fort 2 bei Magdeburg gebeten. Die Erholungsstätte im Fort 2 wirkt in gleicher Weise wie die Erholungsstätte Möser für weite Kreise der Einwohnerschaft segensreich. Der Magistrat empfiehlt in einer Vorlage den Stadtverordneten, sich mit der Beihilfe einverstanden zu erklären.

— **Die Städte und die Wahlrechtsvorlage.** Der Magistrat der Stadt Charlottenburg hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, beim preußischen Städtetag zu beantragen, daß dieser eine Petition an die beiden Häuser des Landtags um Aenderung der bisherigen Einteilung der Wahlkreise für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten richte. —

— **Magdeburger Woche.** Von interessierter Seite wird geschrieben: Als im Dezember v. J. der Gedanke laut geworden war, in unsrer Stadt eine Magdeburger Woche einzurichten, hat wohl niemand geahnt, daß die Vorarbeiten zur Ausführung des Vorhabens so schnell gefördert werden würden, wie es tatsächlich der Fall ist. Zu Freitag abend hatte der leitende Ausschuß, an dessen Spitze Herr Friedrich Freise steht, im Frankezimmer der Handelskammer wieder eine Versammlung einberufen, die in erster Linie die Aufgabe hatte, über Beschlüsse der ersten Versammlung nochmals zu verhandeln und weitere Anregungen entgegenzunehmen. Das Interesse, das für die Veranstaltung herrscht, wurde am besten dadurch bekundet, daß fast sämtliche Sportzweige ihre Vertreter entsandt hatten, die den Ausführungen des Einberufers große Sympathie entgegenbrachten. Dieser führte zunächst aus, daß ein olympischer Spielplatz mit Stadion für 50 000 Personen ohne Berechnung des Grund und Bodens eine halbe Million kosten würde, wenn das Ganze großzügig gestaltet würde. Es sind eine Radrennbahn über 666⅔ Meter, ein Schwimmbassin über 100 Meter, eine Lauf- und Fahrbahn, ein Keglerheim, 12 Tennis- und 5 Fußballplätze, ein Hockeyplatz, mehrere Schießstände, eine Rodelbahn und so weiter in Aussicht genommen. Ferner soll der Innenraum des Stadions, der eine Breite von 100 Metern und eine Länge von 250 Metern besitzt, den Turnern und Leichtathleten zur Verfügung stehen. Die Anlage soll weiter zu einem Vergnügungspark ausgebaut werden, in dem eine Restauration und ein Café mit Terrasse, die dem geplanten See gegenüberliegt, vorgesehen sind.

Die Platzfrage wurde lebhaft erörtert. Dabei wurde immer wieder die gute Lage des in Aussicht genommenen Platzes (der städtischen Wiesen zwischen dem Berliner Eisenbahndamm am Biederitzer Busch und den Anlagen des Kernwerkes) hervorgehoben; ebenso die günstige Verbindung mit dem Herrenkrug sowie die geplante Haltestelle der Staatsbahn, die etwa 300 Meter östlich von der Eisenbahnbrücke beim Herrenkrug in Aussicht genommen ist. Es wurde beschlossen, wegen der Ueberlassung des Platzes mit dem Magistrat in Verbindung zu treten.

Der Einberufer regte an, einen Olympia-Verein zu gründen, der sich aus den hiesigen Sportvereinen bilden soll. Als Unternehmern der Anlage gilt die „Terraingesellschaft am Garnsee". Herr Freise stellte eine weitere Besprechung über das noch nicht sprachreife Unternehmen in Aussicht. —

— **„Parteistrebertum".** Was sich unsre Gegner zuweilen für Begriffe von der Sozialdemokratie machen, das zeigt wieder einmal eine gehässige im Reichsverbandsstil gehaltene Notiz „Parteistrebertum", die auch die „Magdeb. Ztg." zum Abdruck für würdig befand. Es heißt darin u. a.:

„Wir wollen nur an das eigenartige System der indirekten Steuern bei der Sozialdemokratie erinnern, die ihre Parteibeamten in großem Umfang nicht besoldet, sondern sie durch die Ueberlassung von — Zöllner-Aemtern abspeist, in denen diese Funktionäre ihr Gehalt von den Parteigenossen in Gestalt des Geschäftsgewinnes erheben können, der einer indirekten Bier- und Tabaksteuer verzweifelt ähnlich sieht. Steigt der sozialdemokratische Beamte im Avancement höher, dann räumt man ihm nicht nur einen gewöhnlichen Zigarrenladen oder Schnapsausschank ein, sondern verleiht seinem Lokal den Charakter als Versammlungsort für die regelmäßigen „Zahlabende" und treibt ihm dadurch eine feste und sichere Kundschaft entsprechend gesteigerter Besteuerung zu."

Und solche Unsinnigkeiten finden immer noch gläubige Leser! —

— **Durch das Fingerabdruckverfahren entlarvt** wurde ein Schwindler, der als Provisionsreisender in Plauen, Zwickau und Chemnitz viele Leute geschädigt hat, indem er Bestellungen aufsuchte, Anzahlungen entgegennahm, Bestellscheine fälschte, um Provision zu schinden, und in Chemnitz, als er dingfest gemacht wurde, sich einen falschen Namen beilegte, um die Behörden über seine Person zu täuschen. Friedrich Johannsen hatte er sich genannt. Durch das Fingerabdruckverfahren wurde festgestellt, daß er der schon vielfach vorbestrafte Buchhalter Friedrich Karl Zarnke aus Stolzenhagen ist. Mit gutem Grunde täuschte er die Strafbehörden über seine Person, denn es ist ein großer Unterschied, ob einer als einfacher oder als rückfälliger Betrüger vor dem Strafrichter steht. Zarnke war rückfällig. Schon früher ist es ihm einmal gelungen daß er unter falschem Namen verurteilt wurde. Etwa zwanzig Straffälle waren es, wegen deren sich Z. zu verantworten hatte. Im Rückfall begangene Betrügereien in Verbindung mit Urkundenfälschung und Unterschlagung. Einige Fälle leugnete er und erzielte seine Freisprechung; da der volle Schuldbeweis nicht zu erbringen war. Der Staatsanwalt beantragte, dem gewiegten Verbrecher mildernde Umstände zu versagen und ihn möglichst lange unschädlich zu machen; er bemerkte, daß Z. noch von einigen Staatsanwalten in verschiedenen Teilen des Reiches, so z. B. in Magdeburg, in Anspruch genommen wird. Das Schuldkonto sei jedenfalls größer, als den Strafverfolgungsbehörden bekannt sei. Das Gericht ließ nochmals Milde walten und billigte Z. mildernde Umstände deshalb zu, weil er in äußerster Not die Straftaten begangen und die Schuld zum Teil an den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen liege. Es erkannte auf ein Jahr drei Monate Gefängnis und drei Wochen Haft, die als durch die Untersuchungshaft verbüßt gilt, und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust. — Nun wird Z. nach Magdeburg eingeliefert. — M.

— **Gestohlen** wurden hier: am 16. d. M. in einer Wohnung in der Grünearmstraße aus einem unverschlossenen Schränkchen 30 Mark in Gold, am 17. in einer Wohnung der Krakauer Straße aus einer Handtasche eine goldene Damen-Remontoiruhr nebst langer Doubleekette mit Schieber, am 18. von einer Haustür im Hohenstaufenring ein messingner Türdrücker, am 19. von der Treppe eines Hauses am Breiten Weg eine Messingstange, aus der unverschlossenen Ladenkasse eines Ladens am Breiten Weg ein Zwanzigmarkstück und in der Nacht zum 20. vom Hofe eines Grundstücks in der Angerstraße 2 Herren-Normalhemden und ein Barchent-Frauenhemd. — Am Sonntag nachmittag wurde auch in einer Wohnung der Goethestraße ein schwerer Diebstahl ausgeführt. Gestohlen wurden ein Bund Geldschrankschlüssel und eine goldene Damenuhr, gezeichnet „M. G." —

— **Verhaftet** wurden, dem Polizeibericht zufolge, der Arbeiter Otto Köckeritz und der Schweizer Hermann Köckeritz aus Bitterfeld. Ersterer wird vom Untersuchungsrichter in Dessau weges Totschlags, letzterer vom Amtsgericht in Bitterfeld zur Verbüßung einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verfolgt; ferner der Maler Max Hennig aus Leipzig-Reudnitz, der von der Staatsanwaltschaft in Leipzig wegen Rückfalldiebstahls steckbrieflich verfolgt wird, und der Schlosser Ernst H. von hier, der in der Nacht zum 14. d. M. in einer Schankwirtschaft der Lübecker Straße einen schweren Diebstahl ausgeführt und 3 bis 4 Mark bares Geld, etwa 50 Zigarren und verschiedene Fleischwaren gestohlen hat. —

— **Eine Massenverhaftung.** Der Polizeibericht meldet: Aus dem Hause Schopenstraße 7 sind fünf Frauenspersonen wegen Uebertretung des § 361 Nummer 6 und die Arbeiter Albert K. und Karl L. wegen Verbrechens aus § 181 des Strafgesetzbuchs festgenommen worden. —

— **Lebensmüde.** Am 19. d. M. vormittags hat sich der Arbeiter Gustav B., in der Mittagstraße wohnhaft, in einer Gartenlaube, die sich hinter dem Grundstück, in dem er wohnte, befindet, erhängt.

Konzerte, Theater, Sport 2c.

(Mitteilungen der Direktionen.)

* Stadttheater. Die Premiere von Siegfried Wagners „Banadietrich" am nächsten Sonnabend wird in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Berliner und auswärtigen Presse stattfinden. Auch mehrere Intendanten und Direktoren haben sich Plätze reservieren lassen. Da auch die näheren Freunde des Hauses Wagner der Vorstellung beiwohnen werden, so dürfte sich dieser Abend zu einem der bedeutungsvollsten der Saison gestalten. Am Dienstag geht der „Freischütz" in Szene. Die Lustspiel-Novität „Der dunkle Punkt" kommt am Mittwoch zum letztenmal zur Aufführung. Die nächste Aufführung der Operetten-Novität „Im Paradiese Mohammeds" findet am Donnerstag statt. —

* Wilhelm-Theater. Fräulein Marie Wernig wird infolge des kleinen Unfalles, welchen sie sich in der letzten Aufführung vom „Bettelstudent" zugezogen hat, voraussichtlich vor Donnerstag nicht auftreten können. Das Repertoire erleidet dadurch keine Störung, indem die Partien der ersten Sängerinnen durch Gäste bis dahin besetzt werden. Das Benefiz am Freitag findet also bestimmt statt. Am nächsten Montag ist bereits das Jubiläum der 25. Aufführung von der erfolgreichen Novität „Das Fürstenkind". —

Letzte Nachrichten.

Die Angst.

* Berlin, 21. Februar. **Das „Kleine Journal" meldet: „Die Berliner Polizei rechnet trotz der großen Wahlrechtsdemonstrationen am vergangenen Sonntag immer noch mit der Möglichkeit, daß sich eine neue derartige Kundgebung im geheimen vorbereiten und diese plötzlich zur Ausführung gebracht werden könnte mit der Parole „Vor das königliche Schloß!" Indessen ist sie bemüht, für jeden Fall Vorkehrungen zu treffen, damit die öffentliche Ruhe und Sicherheit nicht gefährdet wird. Als beste Gelegenheit für die Ausführung einer solchen Demonstration wird das Aufziehen der Schloß- und der Neuen Wache angesehen. Da diese Wachablösung stets mit militärischer Musik erfolgt, so wird sie bekanntlich von einer großen Zuschauermenge begleitet, die von Schutzleuten in Schach gehalten wird. Seit einigen Tagen haben sich nun die Mannschaften derjenigen Reviere, durch welche die Ablösung ihren Weg nimmt, um die Mittagszeit in Bereitschaft zu halten. Zu diesem Zwecke werden sie in kleine Trupps geteilt und geschlossen in irgend einem Hausflur aufgestellt, damit sie jederzeit auf der Bildfläche erscheinen und eingreifen können. Als Richtschnur ist gegeben, sich nach Möglichkeit nur auf die Ablenkung der Volksmassen in Nebenstraßenzüge zu beschränken. Auf diese Weise glaubt die Polizei eine größere Menschenansammlung vor dem königlichen Schlosse zum Zweck einer Wahlrechtsdemonstration verhindern zu können."** —

Wahlrechtsdemonstrationen.

* Breslau, 21. Februar. Im Garten des Etablissements „Letzter Heller" im Vorort Pöpelwitz fand gestern mittag eine von etwa 12 000 Personen besuchte sozialdemokratische Versammlung statt, an die von fünf Tribünen gleichzeitig Ansprachen gehalten wurden. Angenommen wurde folgende Resolution: „Viele Tausend Breslauer Landtagswähler fordern Abgeordnetenhaus und Regierung auf, im Interesse der gesetzmäßigen und friedlichen Entwicklung Preußens die Wahlrechtsvorlage zu verwerfen und dem Volke ein freies Wahlrecht zu gewähren. Sie geloben, den Kampf nicht eher einzustellen, bis dem Volke sein Recht wird, und fordern das Proletariat ganz Deutschlands auf, wenn nötig, den Massenstreik in den Dienst des Wahlrechtskampfes zu stellen". Nach Beendigung der Versammlung kam es bei der Rückkehr der Massen zur Stadt mehrmals, besonders am Königsplatz und am Ring, zu Zusammenstößen mit der Polizei, jedoch sind Verletzungen nicht vorgekommen. Mehrere Personen wurden verhaftet. —

* **Dortmund, 21. Februar. Eine von der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften zu gestern geplante Wahlrechtskundgebung in Form eines Demonstrationszuges war erst gestern vom Oberbürgermeister verboten worden. Auf eine Beschwerde hatte der Regierungspräsident dieses Verbot bestätigt. Nunmehr fand vor der Stadt eine Versammlung unter freiem Himmel statt, an der etwa 20 000 Personen teilnahmen und in der mehrere Redner, darunter Reichstagsabgeordneter Römelburg, sprachen. Die Teilnehmer zerstreuten sich ruhig, da die Polizei sich fernhielt.** —

* Köln, 21. Februar. Der bürgerliche Draht meldet: Anläßlich der gestrigen von den Sozialdemokraten einberufenen Massenversammlung glaubte die Polizei aus besonderen Anzeichen schließen zu müssen, daß erneut Straßenkundgebungen geplant seien, und traf deshalb besondere Maßregeln, indem Massenaufgebote von Schutzleuten die Eingänge zu den Hauptverkehrsadern der Stadt sowie die Umgebung des Volkshauses, in dem die Versammlung stattfand, besetzt hielten. Die Versammlung beschloß eine scharfe Resolution gegen den Anschlag des Vereins der Industriellen auf das Koalitionsrecht der Arbeiter wegen des Verbots des Streikpostenstehens, folgte dann aber der Mahnung der Versammlungsleiter, keinerlei lärmende Demonstrationen zu veranstalten, so daß Zusammenstöße nicht vorgekommen sind. —

Hd. Wiesbaden, 21. Februar. **Eine stark besuchte Volksversammlung im Gewerkschaftshaus protestierte gestern gegen die Uebergriffe der Polizei, die hier wie in Frankfurt und Neumünster zu den bekannten Zusammenstößen mit den Demonstranten geführt haben. Dr. Quarck aus Frankfurt a. M. sprach über das Thema „Wahlrechtskampf und Polizeiwillkür". Nach der Versammlung zogen Tausende, von der Polizei ungehindert, vor das Rathaus. Hier wurde die Menge, die musterhafte Ordnung wahrte, von einem starken Schutzmannsaufgebot zerstreut, ohne daß es zu Zusammenstößen oder Sistierungen gekommen wäre.** —

* Elberfeld, 21. Februar. Auf einer Konferenz beschlossen gestern 150 sozialdemokratische Stadtverordnete und Gemeindevertreter des Niederrheins, in ihren Gemeindekollegien dahin zu wirken, daß diese gegen die Wahlrechtsvorlage der preußischen Regierung protestieren und das Reichstagswahlrecht für die Landtagswahlen fordern. —

Nach dem Tode des Präsidenten.

Wb. Berlin, 21. Februar. Im Reichstag war heute der Präsidentenstuhl mit einem Flor umhüllt; ebenso die Präsidentenglocke. Am Bundesratstisch waren fast sämtliche Staatssekretäre und Minister. Vizepräsident Dr. Spahn eröffnet die Sitzung ohne Glockenzeichen. Alle Anwesenden, auch die Tribünenbesucher, erheben sich von ihren Sitzen. Vizepräsident Dr. Spahn widmet dem Verstorbenen einen warmen Nachruf. Darauf nahm Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg das Wort und führte aus, der schwere Verlust, den der Reichstag durch den Tod seines Präsidenten erlitten habe, werde von den verbündeten Regierungen schmerzlich empfunden. Der deutsche Kaiser und der Bundesrat fühlten sich eins mit dem Reichstag in der Würdigung der Verdienste, die sich der Verstorbene um das Wohl des Reiches erworben habe. Die Pflichten seines hohen Amtes seien ihm Inhalt gewesen, und ihre treue Erfüllung sichere dem kerndeutschen Mann Achtung, Dankbarkeit und Liebe, nicht im Reichstag, sondern bei allen, die berufen gewesen seien, in Gemeinschaft mit ihm dem Vaterland zu dienen. Darauf verliest Vizepräsident Dr. Spahn Beileidstelegramme des Prinzregenten Luitpold und des frühern Präsidenten des Reichstags Grafen Ballestrem und schlägt vor, die Verhandlung abzubrechen. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. —

Ein Ministerpräsident erschossen.

* **Kairo, 21. Februar. Auf den Ministerpräsidenten Butros-Pascha Gali wurde gestern in der Nähe des Ministeriums ein Attentat verübt. Butros wurde durch sechs Schüsse lebensgefährlich verletzt, der Attentäter, ein Nationalist wurde verhaftet. Butros-Pascha wurde in das Krankenhaus gebracht, wo man feststellte, daß er von fünf Kugeln getroffen wurde. Zwei Geschosse haben ihn gestreift, während drei in den Körper eingedrungen sind. An den Wunden ist er Montag vormittag gestorben. Der Täter, ein nationalistischer Mohammedaner, ist Apotheker und in Kairo ansässig. Das Attentat ist ein blutiger Ausfluß des Hasses gegen die englische Herrschaft. Butros-Pascha Gali galt, wie sein im Dezember 1908 abgetretener Vorgänger Mustafa Fehmi-Pascha, als Mann von ausgesprochen englischer Gesinnung, und seine Unbeliebtheit bei den mohammedanischen Arabern wurde noch dadurch erhöht, daß er koptischer Christ ist.** —

SPb. Berlin, 21. Februar. (Eigner Drahtbericht d. „Volksstimme".) **Der Antrag der Konservativen auf Verschärfung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wurde, nachdem Redner fast aller Parteien sich im ablehnenden Sinne dazu geäußert hatten, der Geschäftsordnungskommission überwiesen. Ob er dort angenommen wird, ist fraglich.** —

SPb. Berlin, 21. Februar. (Eig. Drahtb.) Wegen des Ablebens des Präsidenten des Reichstags werden die Geschäfte des Reichstags am Dienstag geschlossen. Die nächste Sitzung ist Mittwoch um 1 Uhr. Auch die Kommissionen halten keine Sitzungen ab. Die Trauerfeier findet am Dienstag in der Dreieinigkeitskirche statt. Von dort erfolgt die Ueberführung nach dem Anhalter Bahnhof. Die verschiedenen Fraktionen werden ihrer Stärke nach vertreten sein. Am 1. März wird der neue Präsident gewählt. —

Hd. Berlin, 21. Februar. (Eigner Drahtbericht.) Wie der „B. Z. am Mittag" aus Hamburg gemeldet wird, ist der frühere Reichstagsabgeordnete Schack Ende voriger Woche in die Irrenanstalt Friedrichsberge als Pensionär eingezogen. Die Sache wird außerordentlich geheim gehalten. Als Pfleger ist ein gewissenhafter Beamter bestellt. —

Hd. Bremen, 21. Februar. (Eign. Drahtb.) Ein großes Unglück ereignete sich am Sonntag abend um 8 Uhr auf der Weser in der Nähe von Ronnebeck. Ein mit neun Personen besetztes Fährboot wurde von dem Schnelldampfer „Argentina" angerannt und zum Sinken gebracht. Vier Personen wurden gerettet, fünf ertranken. —

Hd. Erfurt, 21. Februar. (Eigner Drahtbericht.) Zwischen Ohrdruf und Hohenkirchen ist heute nacht der 42jährige Maurer Robert Zeysner aus Hohenkirchen ermordet worden. Er hatte mehrere Revolverschüsse in der Brust, der Hals war durchgeschnitten. Der Mörder ist der Tagelöhner Adelung, ein Vater von sieben Kindern, der die Tat aus Eifersucht begangen haben will. —

Wettervorhersage.

Dienstag: Unruhig, wolkig, mild, stellenweise etwas Regen. —

Aus dem Geschäftsverkehr.

Raucht Ring Cigaretten 7608

Hinweis. Heute liegt für die Leser von Burg und Umgegend ein Prospekt der Firma Georg Wittkowsky bei. —

Nur ein Geschäft mit dieser Firma am Platze. — Lödischehofstraße 20.

Eduard Winsch

nur Lödischehofstr. 20

nahe am Alten Markt.

3219

Grösste, bestrenommierte und leistungsfähigste

Dekatier-Anstalt

Annahmestelle der Dampfwäscherei „Frauenlob"

Samt- u. Plüschdämpferei
Plissee-Brennerei
Imprägnier-Anstalt
Astrachan-Presserei

Es empfiehlt sich, jeden Stoff, ohne Ausnahme, vor dem Verarbeiten dekatieren zu lassen.

Schriften von August Bebel.

Aus meinem Leben. 1. Teil, broschiert **1.50**, geb. **2.00**.

Charles Fourier, sein Leben und seine Theorien. Preis **2.00**, geb. **2.50**.

Die Frau und der Sozialismus. Preis **2.50**, geb. **3.00**.
Das Bebelsche Buch ist, wenn man von den Schriften eines Karl Marx und Friedrich Engels absieht, das bedeutendste literarische Erzeugnis, welches der deutsche Sozialismus hervorgebracht hat. Wer den Sozialismus und seine Ziele kennen lernen will, wird nicht umhin können, sich der Lektüre des Buches zu unterziehen, dessen großer Fleiß und strenger, sittlicher Ernst selbst bei den delikatesten Fragen auch seitens der Gegner offen anerkannt werden müssen.

Unsre Ziele. Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz". 11. Auflage. Preis **30** Pf.
Die Schrift ist ein historisches Dokument der deutschen Sozialdemokratie, trotzdem der damalige Standpunkt des Verfassers nach verschiedenen Richtungen hin überholt ist.

Sozialdemokratie und Antisemitismus. Agitationsausgabe **30** Pf.

Christentum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik zwischen Herrn Kaplan Hohoff in Hüffe und Bebel. Neue Auflage mit einem neuen Vorwort. Preis **10** Pf.

Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstage. Tätigkeitsberichte und Wahlaufrufe aus den Jahren 1871 bis 1893. Preis **5.00**, auch zu beziehen in fünf einzelnen Heften. Heft 1 kostet 60 Pf., alle weiteren 1.00.

Buchhandlung Volksstimme
Große Münzstraße 3.

4×52=208
208×50=10400 Pfg.

Was heisst das?

Antwort: Angenommen, Sie brauchen pro Woche 4 Pfund Naturbutter und nehmen von jetzt ab an deren Stelle die

Pflanzenbutter-
Margarine, Marke

Cocosa

dann sparen Sie im Jahr bereits 104 Mk. Cocosa ist nämlich pro Pfund etwa 50 Pfg. billiger als Naturbutter, leistet aber dieselben Dienste.
Bestandteile: Das Fruchtmark der Cocosnuss (Cocosin), Milch und Eigelb.

Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
Jurgens & Prinzen, G. m. b. H.
Goch (Rhld.)

3501

3262 Empfehle mein reichhaltiges Lager in

Bettfedern und Daunen

echte türkischrote sowie bunte Köper und Drelle in allen Preislagen, nur Prima Qualitäten, äußerst billige, aber feste Preise. — **Halbdaunen von 2.50 Mk.** an, sehr leicht und füllkräftig. Nur gute, staubfreie pommersche Landware.

Dampf-Bettfedern-Reinigung
Henriette Schau Lüneburger Str. 41 (am Kaiser-Otto-Ring)

Für Wiederverkäufer!!
Konfirmationskarten, Ostervoitkarten zu billigsten Preisen.
P. Günther, Halberstädter Str. 48

Die feinsten
Herren-Anzüge 10—15 Mark
Boxcalf-Stiefel für Damen u. Herren
— das Feinste was es gibt solange der Vorrat reicht
6 Mark pro Paar 3298
Francke, Kl. Junkerstraße 10.

Altes Gold u. Silber kauft und nimmt z. d. höchst. Preis i. Zahlung
R. Quindt, Uhrm., Hohepforte 6

Otto Lehmann :: Sudenburg :: Halberstädter Str. 112
Spezialgeschäft für Wäsche
empfiehlt 2864
doppelt gereinigte Bettfedern u. Daunen sowie fertige Betten
Bettfedern-Reinigungsanstalt.

Schönebeck.
Meinen werten Kunden zur Nachricht, daß ich nicht mehr Elbstor 1 wohne, sondern jetzt **Friedrichstr. 3.**
Louis Demmel, Schneidermeister.

Hustenstiller-Bonbons

mit Honig-, Malz-, Althee-, Cachou-, Eukalyptus- u. Menthol- usw. Geschmack
bestes Mittel gegen Husten, Heiserkeit, Katarrh
3262 **1/4 Pfund 20 Pfennig**
Zu haben in allen Lagern des
Konsumvereins für Magdeburg und Umgegend

Billig! Schuhwaren Schmidtstraße 44
Herren-, Damen-, Kinderschuhe u. -stiefel in Chevreau, Boxcalf u. andern Sorten Leder, Plüschsocken und -pantoffel, auch aus Konkursmassan stammende Waren billig nur 3465
44 Schmidtstraße 44.

Möbelfuhren
mittels offnen od. verdeckt. Wagens werden prompt u. gewissenhaft bei bill. Berechnung ausgeführt durch
Paul Krankemann, Buckau, Südstr. 11.

Romane
zu verleihen Trünsberg 23.

---

10 extra billige Schuhtage!

Beginn 3500

Donnerstag den 17. Februar

Dauer bis Sonntag den 27. Februar.

Von einer bedeutenden Schuhfabrik kaufte ich einen grossen Lagerposten **Herren-, Damen- u. Kinder-Schuhwaren.** Diese werden in meinem Schuhhaus Halberstädt. Str. 114/115

zu ganz fabelhaft billigen Preisen verkauft.

Ein Posten **Roßleder-Schnür- u. -Knopfschuhe** 27—35 . . . . . nur **2.25**
Ein Posten **Wichsleder-Schnürschuhe** 36—43 nur **3.50**

Ein Posten **Damenstiefel** 5.50 4.90 u. **3.90** — Ein Posten **Herren- u. Knabenstiefel 4.90**

Konfirmanden-Stiefel für Mädchen 10.50 8.50 7.50 **5.90**
Konfirmanden-Stiefel für Knaben . . . 8.50 7.50 **5.50**
Herren-Zugschuhe kräftiger Arbeiterschuh, **Prima Prima Bodenmaterial,** Spiegelrossblatt . . . . . sonst 7.50 **jetzt 4.00**
Creme Dose sonst 20 Pf., **jetzt 2** Dosen **25** Pf., **10** Dosen **1.00** Mk.
Auf sämtliche Winterwaren, Filzschnallenstiefel, Filzsocken solange noch Vorrat **20% Rabatt 20%**

Schuhhaus Eugen Tamm
Sudenburg
Halberstädter Straße 114/115

Finanzminister v. Rheinbaben: Die sachliche und von parteipolitischen Erwägungen freie Erörterung der Steuerfrage, die lediglich eine Frage der Gerechtigkeit gegen den Staat ist, ist erfreulich. Auch der Abg. Hirsch hat in durchaus sachlicher Weise seine Beschwerden hier vorgebracht. Es muß verhütet werden, daß von der Einsichtnahme in die Steuerlisten bei Wahlen ein ungerechtfertigter Gebrauch gemacht wird. Es dürfen auch keinen Auszüge in der Presse veröffentlicht werden. Derartige Veröffentlichungen sind in dem Wahlreformgesetz unter Strafe gestellt worden. Dem Abg. Hirsch gegenüber verweise ich zum Beweis dafür, daß die Löhne im Verhältnis zur Verteurung der Lebensmittel mehr gestiegen sind, auf die Sparkasseneinlagen. Die Steuerveranlagung bemüht sich deswegen, die individuelle Leistungsfähigkeit des einzelnen zu erfassen. Nach unsern Feststellungen ergibt sich, daß die Steuerbeanstandungen auf dem Lande nicht nur nicht geringer, sondern stärker als in den Städten sind. Es wurde aber die Meinung laut, als ob die Steuerbehörden nicht ihre Pflicht täten. Ich muß diese Angriffe zurückweisen. Professor Delbrück hat für seine Behauptungen recht schwankende Grundlagen gehabt. Wir dürfen dem Landrat nicht zu viel aufpacken, er darf aber auch nicht bloß Titularvorsitzender bleiben. Im nächsten Jahre werden wir uns über die Revision des Einkommensteuergesetzes hier zu unterhalten haben.

Abg. Freiherr v. Zedlitz (freikons.) begrüßt es, daß alle Parteien sich Willens zeigen, die Steuerfragen zu behandeln, ohne parteipolitische Momente hineinzutragen. Redner schlägt vor, die Vorbereitungen der Steuerveranlagung einem besonderen Organ zu übertragen, dem Landrat aber den Vorsitz in der Veranlagungskommission und die entscheidende Rolle zu überlassen.

Abg. Dr. Röchling (natl.) widerspricht diesem Vorschlag. Solange der Landrat die Verantwortung trägt, muß er auch die Geschäfte in der Hand behalten.

Abg. Dr. Pachnicke (Freis. Vg.): Der Finanzminister hat angedeutet, daß die Geschäfte der Steuerveranlagung in den Landkreisen durch staatliche Veranlagungskommissare an Stelle der Landräte vielleicht ausgeübt werden sollen. Wir halten das für höchst wünschenswert.

Abg. von Kessel (konservativ): Auch ich habe den Eindruck, daß der Minister den Landräten die Steuerveranlagungsgeschäfte abnehmen will. Meine politischen Freunde würden das außerordentlich bedauern.

Minister von Rheinbaben: Ich habe weder für noch gegen in bezug auf die Beibehaltung der Landräte als Vorsitzende der Veranlagungskommission gesprochen. Ich habe nur sagen wollen, daß wir werden prüfen müssen, ob die Verwaltungsreform die Geschäfte der Landräte nicht so vermehren wird, daß sie den Vorsitz in den Veranlagungskommissionen nicht mehr werden behalten können.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Etat der direkten Steuern bewilligt.

Es folgt die zweite Lesung des

Etats des Finanzministeriums.

Abg. Dr. Schröder (Kassel, natl.) regt eine Aufbesserung der Pensionen der sogenannten Altpensionäre an, d. h. der vor dem 1. April 1907 verabschiedeten Beamten an. Diese würden gegenüber ihren auf Grund der neuen Gehaltordnung pensionierten Kollegen ungerechtfertigterweise benachteiligt.

Minister v. Rheinbaben: Ich begreife die Wünsche der Altpensionäre durchaus. Aber ihre Erfüllung würde einen Bruch mit der ganzen bisherigen Praxis bedeuten. Es würde sich auch um die Aufbringung von nicht weniger als 9 Millionen dabei handeln. Das erlaubt unsre Finanzlage nicht.

Abg. Schmedding (Ztr.) gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Unterstützungsfonds für die Altpensionäre im nächsten Jahre verstärkt werden wird.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Etat des Finanzministeriums erledigt.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr: Antrag der Konservativen auf Verschärfung der Geschäftsordnungs-Bestimmungen; Etat der Zentralgenossenschaftskasse.

Schluß 4¼ Uhr. —

Der Rückzug des Reichskanzlers.

Der rednerische Kampf, der am Sonnabend den Reichstag und seine dichtbesetzten Tribünen in äußerster Spannung hielt, war kein parlamentarischer Kampf gewöhnlicher Art. Es war kein Gefecht, das bloß mit Worten geführt wird, und aus dem der gewandtere Witz, die schlagfertigere Zunge den Erfolg heimträgt. Die rhetorische Ueberlegenheit der sozialdemokratischen Fraktionsredner, die diesmal mit besonders greifbarer Schärfe in Erscheinung trat, hätte allein nicht genügt, den tiefen Eindruck zu erzielen, den diese Debatte gerade bei den Gegnern hervorgerufen hat. Mit guten Reden erschüttert man nicht so leicht das Gleichgewicht parlamentarischer Widersacher, die durch die Gewohnheit gegen erregende Stimmungsmomente wie gegen scharfsinnige Argumentationen ziemlich abgehärtet sind. Aber die Reden Franks und Ledebours konnten diesmal mehr als gute Reden sein, denn hinter ihnen steht die Tat der Hunderttausende, die am Sonntag zuvor auf die Straße gestiegen waren und so starben sie auf der Rednertribüne nicht bloß als Vertreter einer Idee, sondern auch als Repräsentanten einer Macht, die sich durchgesetzt hat.

Der Druck dieser Macht lag über der Stimmung des Reichstags und darum sprachen auch nur die Vertreter der Sozialdemokratie in hellen und starken Tönen. Alles aber, was sonst gesprochen wurde, klang matt und gedämpft. Gleich nach dem glänzenden Angriff Franks begann der Rückzug des Reichskanzlers und damit war auch das Schicksal des Tages entschieden. Die traurige Unzulänglichkeit dieses entlarvten falschen Philosophen wirkt in jeder neuen Offenbarung nur noch peinlicher. Was soll man dazu sagen, wenn der Reichskanzler sein Recht, das Reichstagswahlrecht zu schmähen, aus dem Grundsatz der Gleichberechtigung herleiten will, da ja auch die Sozialdemokraten das Recht für sich in Anspruch nähmen, das Dreiklassenwahlrecht herabzuwürdigen. Bethmann-Hollweg ist doch Reichskanzler und als solcher verpflichtet, die verfassungsmäßigen Einrichtungen des Reiches zu schützen, zu denen auch das Reichswahlrecht gehört; die Sozialdemokratie hat aber, soviel wir wissen, ähnliche Verpflichtungen gegenüber dem Dreiklassenwahlrecht nicht übernommen, sondern sie würde jeden für verrückt halten, der ihr die Uebernahme solcher Pflichten zumuten wollte. Nicht aus seinen Ueberzeugungen wird Bethmann-Hollweg ein Vorwurf gemacht, sondern daraus, daß er es mit diesen Ueberzeugungen für vereinbar hält, das Reichskanzleramt zu bekleiden. Wollte er dagegen in Insterburg, Gumbinnen oder Lyck-Oletzko als Kandidat der Fraktion Oldenburg kandidieren — wer würde es ihm übelnehmen? Mag jeder an der Stelle stehen, an die er nach seiner Gesinnung gehört — an die Stelle des Reichskanzlers gehört aber der reaktionär-konfusionäre Bethmann nicht, und er wird wohl auch nicht lange an ihr bleiben.

Schon aus dem Verlauf der Interpellationsdebatte hätte Bethmann-Hollweg erkennen müssen, daß die Zeit für Geister seines Schlages vorüber ist. Denn sein Rückzug, sein ängstlicher Versuch, zu verschleiern und zu vertuschen, was er im Abgeordnetenhaus gesagt hatte, konnte ihm nicht eine große parlamentarische Niederlage ersparen, aus dem jeder westeuropäische Staatsmann sofort die Konsequenzen hätte ziehen müssen. Mit einer Deutlichkeit, die wenig zu wünschen übrigließ, ist ihm gesagt worden, daß er das Vertrauen der überwältigenden Mehrheit des Reichstags nicht besitzt. Keine bürgerliche Partei — die Rechte ausgenommen — hat es gewagt, die Preußenrede des Reichskanzlers gegenüber den schweren Angriffen der Sozialdemokratie zu verteidigen. Die bürgerliche Polemik gegen die äußerste Linke bewegte sich in den Grenzen einer gewissen Vorsicht. Man hat wenig Lust, mit einer Partei anzubinden, die erst in den letzten Tagen erwiesen hat, daß die Volksstimmung mit ihr ist.

Und so war denn in den Reden der bürgerlichen Herren — abgesehen von ihrem allgemeinen Stimmungsgehalt — vielleicht nur eine Stelle wert, bemerkt und aufbewahrt zu werden. Das ist die Stelle in Bassermanns Rede, in der es heißt, daß „jeder Versuch, das Reichstagswahlrecht zu ändern, die Eröffnung der wildesten politischen Kämpfe in Deutschland bedeutet, den Beginn schwerer Wirren, vielleicht revolutionärer Bewegungen, deren Ende nicht abzusehen ist“.

Hätte der Nationalliberale Bassermann den Mut, seinen Gedanken zu Ende zu denken, dann müßte er zugeben, daß es die sozialdemokratischen Massen sind, deren stete Kampfbereitschaft jeden Angriff auf das Reichstagswahlrecht zu einem halsbrecherischen Unternehmen macht. Oder würden vielleicht die nationalliberalen Geheimräte, die jetzt im preußischen Landtag schamlosterweise gegen das Reichstagswahlrecht für das Dreiklassenwahlrecht stimmen, im Ernstfall auf die Schanzen steigen, um jenes Recht im Reiche zu verteidigen? Wo noch Ueberzeugungstreue, Opfermut, Unerschrockenheit und unerschütterliches Vertrauen in die eigne gute Sache lebendig ist, das weiß man seit dem 13. Februar besser als jemals seit zweiundsechzig Jahren! Man fühlt, hier steigt eine Macht empor, der die Zukunft gehört. Und man redet geringschätzig von der Straße, um den tiefen Respekt zu verbergen, den man im Grunde vor ihr empfindet.

Und eben dieses Respekts wegen, den die Massen sich errungen haben, und die in der Debatte vom Sonnabend sichtbarlich zum Ausdruck kam, war der Erfolg der Sozialdemokratie an diesem Tage mehr als ein parlamentarischer Eintagssieg! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 21. Februar 1910.

Das schmähliche Verhalten der Nationalliberalen.

Es ist ein Zeichen der Stagnation, die in der nationalliberalen Partei herrscht, daß das Verhalten der nationalliberalen Abgeordneten in der Wahlrechtskommission innerhalb der Partei selbst so gut wie nirgends auf Kritik gestoßen ist.

Aus feiger Furcht vor dem Volkswahlrecht hat der preußische Nationalliberalismus vor der Junkermacht kapituliert. Er hat die Bildung einer positiven Reformmehrheit im Sinne der Volksforderungen verhindert, indem er gegen das Reichstagswahlrecht für die Erhaltung des Dreiklassenwahlrechts stimmte.

Wo blieben die preußischen Jungliberalen, die doch angeblich warme Freunde des Reichstagswahlrechts für Preußen sind, angesichts dieser grundsätzlich schwerwiegenden und verhängnisvollen Entscheidung ihrer Partei?

Nicht aus Preußen, sondern bezeichnenderweise aus Süddeutschland kommt der erste Ruf des Warners. Der Jungliberale Verein zu St. Ingbert in der Pfalz hat folgenden Beschluß gefaßt:

> Der Jungliberale Verein St. Ingbert, der als Mitglied des Reichsverbandes der nationalliberalen Partei angehört, nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem schmählichen Verhalten der nationalliberalen Vertreter in der Wahlrechtskommission, das zu den liberalen Grundsätzen im scharfsten Widerspruch steht und die Partei an den Abgrund des Verderbens führen muß. Wir erwarten, daß die preußische Landtagsfraktion im Hinblick auf die Gesamtsituation im Reiche und eingedenk des Grundsatzes, die Zeit zu beachten und ihre Ansprüche zu befriedigen, ihre Haltung im Plenum ändert.

Die jungliberalen Herren in der Pfalz haben offenbar keine Ahnung, was für eine Sorte von „Liberalismus“ das ist, die sich im preußischen Abgeordnetenhause breitmacht. Daß die Herrschaften um Friedberg, Krause und Schiffer ihre feindselige Haltung gegenüber dem Reichswahlrecht aufgeben, ist ausgeschlossen. Wahrscheinlicher ist es, daß die Reichstagswähler, die bisher noch nationalliberal wählten, ihre Haltung gegenüber der nationalliberalen Partei ändern werden, deren wahre Gesinnung nun nicht mehr verkannt werden kann. —

Das Ende der Volkspartei.

Am Sonntag hat die Deutsche Volkspartei, die Organisation der Demokraten jenseits der Mainlinie, ihre Auflösung beschlossen und gleichzeitig ihre Verschmelzung mit der Nachfolgerin der Freisinnigen Volkspartei, der durch Fusion geschaffenen „Fortschrittlichen Volkspartei“. Am 6. März soll in Berlin der gemeinsame Parteitag der drei freisinnigen Gruppen stattfinden und die Fusion beschließen. Die süddeutsche Demokratie hat als erste den Beschluß der Auflösung gefaßt, um sich in die Partei Wiemer-Schrader-Payer aufnehmen zu lassen.

So endet die Geschichte der Deutschen Volkspartei, die im Jahre 1868 in Stuttgart gegründet wurde, um einer Verpreußung Deutschlands entgegenzuwirken, in einer glatten Verpreußung der Partei. Die Führer halten das für eine große Tat. Wer aber die Zustände in der preußisch-freisinnigen Volkspartei kennt, wird denen recht geben, die auch auf dem Parteitag am Sonntag es als ein Glück für Süddeutschland erklärten, wenn die Demokratische Vereinigung eine Brücke nach Süddeutschland schlagen und diejenigen Kreise in sich aufnehmen würde, die die preußische Fusion nicht mitmachen zu können glauben. Die wirklichen übrigbleibenden Demokraten werden aber wohl recht bald den Weg zur Sozialdemokratie finden, den schon viele ihrer Gesinnungsgenossen vor ihnen gegangen sind. —

Der Reichstagspräsident gestorben.

Am Sonnabend abend 7 Uhr ist der Reichstagspräsident Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode, der schon seit Wochen schwerkrank lag, an Herzlähmung gestorben. Er erkrankte vor längerer Zeit an Lungenentzündung, in deren Folge Rippenfellentzündung eintrat. Um den angesammelten Eiter zu entfernen, wurde er Sonnabend mittag in eine Privatklinik gebracht, überstand zunächst die Operation auch gut, dann aber trat die Wendung ein, die am Abend zum Tode führte.

Der Verstorbene war am 4. März 1840 geboren. Er studierte die Rechtswissenschaft, machte die preußische Regierungsbeamten-Karriere durch und nahm als Offizier an den Feldzügen von 1866 und 1870 teil. Er ist Mitbegründer der konservativen Partei gewesen und war von jeher eifriger Verfechter der agrarischen Forderungen. Reichstagsmitglied war er in den Jahren 1877 bis 1881, 1884 bis 1893 und seit 1895. 1901 wurde er zum erstenmal ins Präsidium gewählt. Erster Präsident ist er seit der Blockpolitik von 1907.

Sein Nachfolger dürfte der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Graf Schwerin-Löwitz werden, den die Konservativen schon am Sonnabend als Vertreter für die Dauer der Krankheit des Grafen Stolberg ins Präsidium entsandten. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 21. Februar 1910.

Im Kampfe gegen die Sozialdemokratie!

Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß die der Deutschen Turnerschaft angehörigen Turnvereine gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften mobil gemacht werden. Ja in einzelnen Fällen sind die deutschen Turner sogar als Arbeitswillige in Lohnkämpfen von den Kapitalisten gebraucht worden. Aber auch Vereine, die der Deutschen Turnerschaft nicht angehören, versuchen, sich die Sporen zu verdienen. Der letzteren Sorte gehört der Deutschvölkische Turnverein „Schwarz-Rot-Gold“, wie aus einer hektographierten Versammlungseinladung ersichtlich ist. In dem Schriftstück an die — wie es wörtlich heißt — „ehrenfesten Vereinsmitglieder“ wird neben internen Vereinsangelegenheiten auch angekündigt, daß Herr Dr. jur. Albrecht einen Vortrag halten werde über die Frage: Weshalb sind wir genötigt, vom nationalen Standpunkt aus eine scharfe Stellung gegen die Sozialdemokratie einzunehmen?

Weiter heißt es dann:

> Es ist uns sehr erwünscht, wenn an dieser Versammlung nicht nur sämtliche Vereinsmitglieder, sondern auch die Damen- und Jugendabteilung unsres Vereins sowie die Angehörigen unsrer Mitglieder teilnehmen, um für den belehrenden Vortrag des Herrn Dr. Albrecht einen regen Besuch zu haben. Freunde und Bekannte können durch Mitglieder eingeführt werden.
>
> Turnvater Jahn hat u. a. auch gesagt: „Wo der Austausch der Gefühle, der Verkehr der Gedanken stockt, hört die Welt der Menschlichkeit auf.“ Mögen diese Worte die so nötige Beherzigung finden und jedem einzelnen Ansporn sein, zu unserm ersten Vortragsabend in diesem Winter, dem wir weitere derartige Abende folgen lassen wollen, vollzählig zu erscheinen.
>
> Liebwerte Turnschwestern und Turnbrüder! Unterstützt unsre Bestrebungen und rechnet es Euch zur besondern Ehre, daß Herr Dr. jur. Albrecht sich auf unser Ersuchen zur Haltung des Vortrags in unserm Kreise hat bereit finden lassen. Erscheint alle vollzählig und pünktlich, bringt auch Eure Angehörigen und Freunde mit.
>
> Mit deutschem Turnergruß!
>
> Der Vorstand. J. A.: Böhrig.

Der Schreiber des Zirkulars zitiert einen Ausspruch Jahns. Vielleicht ist es ihm ganz unbekannt, daß Jahn mit seiner ganzen Person für die Freiheit des Volkes eintrat und sogar dafür im Gefängnis litt. Der Verein „Schwarz-Rot-Gold“ tut mit seinem Kampfe gegen die moderne Arbeiterbewegung das Gegenteil von dem, was Jahn anstrebte; er tritt in den Dienst derer, die jede freiheitliche Regung im Volke ersticken wollen.

In dem Zirkular werden auch die Jugendlichen zur Teilnahme an dem Vortrag eingeladen. Wir freuen uns, daß dem unpolitischen Turnverein trotz der reaktionären Bestimmung im Vereinsgesetz die Möglichkeit offensteht, Jugendliche an einem Vortrag teilnehmen zu lassen, den wohl kein Redner halten kann, ohne das Gebiet der Politik zu berühren. Den Arbeiterturnern würde es in einem ähnlichen Falle schlecht ergehen. Nehmen wir an, es würde dort ein Vortrag über das Thema gehalten: „Warum sind wir genötigt, vom Arbeiterstandpunkt aus eine scharfe Stellung gegen die konservativen Junker einzunehmen?“ Es bedarf gar nicht des Hinweises, daß die Polizei ihre Spitzel in diese Versammlung schicken würde, um lauschen zu lassen, ob dem Redner nicht irgendein Satz entschlüpft, der die Handhabe zu einem Strafverfahren bietet.

Als der Magdeburger Jugendbildungsausschuß eine Weihnachtsfeier veranstaltet hatte, da vernahm die Polizei einige junge Leute, denen sie die Frage stellte, ob es richtig sei, daß der Festredner gesagt habe, die Jugend solle sich ein Beispiel an den Aeltern nehmen, die unter großen Opfern für Freiheit und Recht eingetreten seien. Ein Beamter fragte einen jungen Mann, wer Vorsitzender vom Turnverein sei.

Bisher ist uns nicht bekanntgeworden, daß die Polizei dem Verein „Schwarz-Rot-Gold“ die gleiche Aufmerksamkeit gewidmet hat. Früher wurde die Polizei bei der schwarz-rot-goldenen Farbe nervös, weil sie als der Ausdruck republikanischer und staatsumstürzlerischer Gesinnung galt. Jetzt wird sie es nur noch bei dem Anblick der roten Fahne. —

— **Von der Schiffahrt.** Infolge des milden Winters und der günstigen Wasserverhältnisse scheint das Frühjahrsgeschäft in der Schiffahrt leiden zu sollen. Das augenblickliche Güterangebot in Hamburg und von den oberen Plätzen ist nämlich recht minimal. Die Frachten sind bedeutend heruntergegangen, so daß für Kleinschiffer von irgendwelchen Vorteilen nicht die Rede sein kann. In den Elbhäfen liegen noch Hunderte von Fahrzeugen, deren Besitzer kaum an eine Inbetriebsetzung denken. Von dieser schlechten Geschäftslage werden mehr noch als die Eigner die Bootsleute betroffen, die zum Teil bereits Mitte Dezember entlassen wurden. Nach einer Meldung aus Hamburg wollen die Schiffahrts-Gesellschaften am Mittwoch, 23. Februar, die Schiffahrt im vollen Umfang wieder eröffnen. —

— **Auch eine Demonstration.** Am Sonntag vormittag genossen die Anwohner und Passanten des nördlichen Teiles des Knochenhauerufers ein eigenartiges Schauspiel. Etwa ein Dutzend Jungen, darunter drei- und vierjährige Knirpse, spielten „Demonstration". Sie zogen unter Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht die Straße auf und ab, wobei sie die Mützen bis zur Höhe der zweiten Etage hochwarfen. „Die können ja mal gut werden!" meinte ein behäbiger Spießbürger zu einem Bekannten, als der Trupp vorüberzog. Jedenfalls hat sich Herr v. Bethmann-Hollweg nicht träumen lassen, daß sogar Kinder gegen seine Wahlrechtsvorlage protestieren! —

— **Einbruchsversuch.** In der Nacht zum Sonntag ist versucht worden, in einen Laden der Hasselbachstraße einzubrechen. Der Dieb hat vom Hausflur aus das Vorhängeschloß, durch welches eine vor der zum Laden führenden Tür befindliche Eisenstange befestigt war, abgeschlagen und sämtliche im Flur befindlichen Drähte der Fernsprechleitungen und elektrischen Beleuchtungsanlage durchgeschnitten. Er hatte jedenfalls vermutet, daß ein Draht zu einer Alarmvorrichtung gehören könne. —

— **Verhaftete Einbrecher.** Am Montag früh gelang es der hiesigen Kriminalpolizei die beiden Einbrecher festzunehmen, welche seit Wochen hier arbeiten. In der vergangenen Nacht planten sie, der „Wilhelma" einen Besuch abzustatten, um einen Geldschrank zu berauben. Zu diesem Zwecke hatten sie nachmittags aus der Wohnung eines Beamten der genannten Versicherung die Geldschrankschlüssel gestohlen. Von der Ausführung des Planes hatten sie Abstand genommen, weil die Aufsicht ihnen im Wege war. Bei beiden aus ihrer Wohnung in der Dreienbrezelstraße geholten Einbrechern wurden Werkzeuge vorgefunden, wie sie von reisenden Einbrechern mitgeführt werden. —

— **Ein unangenehmer Verehrer.** Der Arbeiter Georg Sch. nötigte am 19. Dezember vorigen Jahres ein junges Mädchen durch Drohungen, mit ihm in das Blankesche Tanzlokal zu gehen. Die Bedrohte, die Sch. als gewalttätigen Menschen kannte, ging nun aus Angst vor Schlägen mit. Das Mädchen wollte aber nicht bleiben, auch kein Bier trinken, sich nicht zu ihm setzen, nicht mit ihm tanzen und nicht mit ihm in den Hof gehen. Das erbitterte Sch. derart, daß er wieder Drohungen ausstieß und das Mädchen wiederholt schlug. Um sich ihres Bleibens zu versichern, nahm Sch. die Sachen des Mädchens an sich. Dieses wußte aber durch eine Ausrede zu entkommen, lief wie sie war nach dem Alten Markt und holte einen Schutzmann, der ihr ihre Garderobestücke wieder verschaffte und Sch. zur Anzeige brachte. Sch. wurde wegen Nötigung und Körperverletzung am Dienstag vom Schöffengericht zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Kleine Chronik.

Zwei Kinder durch den Vater vergiftet.

Eine Familientragödie hat sich in der Erasmusstraße 12 in Charlottenburg abgespielt. Dort wohnt der 30 Jahre alte Dreher Johannes Hermann mit seiner 26 Jahre alten Frau und zwei Töchtern im Alter von drei und zwei Jahren. Auch die Mutter der Frau H. hat bei ihrem Schwiegersohn Wohnung genommen. H., der schwindsüchtig und deshalb lebensmüde war, öffnete in der Nacht zum Sonntag während der Abwesenheit der Frau und Schwiegermutter die Gashähne, um sich und seine Kinder zu töten. Während ihm dies Vorhaben bei seinen Kindern gelang, blieb er selbst am Leben. —

Ein Knabenmörder zum Tode verurteilt.

Das Schwurgericht in Aachen verurteilte den geistig minderwertigen Tagelöhner Niederau, der bei Kornelimünster einen achtjährigen Knaben erst ermordete und dann in bestialischer Weise schändete, zum Tode, zu 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. —

Erfolgreicher Flug eines Hamburger Aviatikers.

Der Mitbesitzer der Hamburger Schiffsbauanstalt Max Oertz hat einen Flugapparat erfunden, mit dem er seit September v. J. Probeflüge machte. Am Sonntag unternahm Oertz in Schneverdingen in der Lüneburger Heide einen Flug, der außerordentlich gut gelang. Oertz blieb längere Zeit in der Luft und erreichte eine Höhe von 150 Metern. —

Ein Familiendrama.

In Pforzheim wurden der 44jährige Fabrikant Friedrich Schwemmle junior, dessen 41jährige Frau und 15 Jahre alte Tochter mit Zyankali vergiftet tot in ihren Betten aufgefunden. Die Ursache des Selbstmordes ist geschäftlicher Rückgang und Vermögensverfall. —

Schiffsunfälle an der englischen Küste.

Seit 3 Tagen tobt in England ein Sturm, der zahlreiche Schiffsunfälle verursacht hat. Es wurde gemeldet, daß ein deutsches Schiff, ein Dreimasterschoner, bei Tenby untergegangen sein sollte. Der angegebene Name „Hohenzollern" existiert in keiner Schiffsliste. Man verlor das Schiff, das anscheinend in Gefahr kam, später aus dem Gesicht. Ein Rettungsring mit dem Namen „Hohenzollern" soll ans Land geschwemmt worden sein, was auch keinen Aufschluß gibt. Der italienische Dampfer „Ciampa" ist mit 24 Mann Besatzung untergegangen. Die „Mauritania" mußte bei der Ausreise 9 Stunden vor dem Hafen liegen, ehe sie in See gehen konnte. —

Aus dem tiefsten Rußland.

Sibirische Zeitungen erzählen eine Begebenheit aus dem Baikalgebiet, die, so tragisch sie auch ist, einen grotesken Anstrich hat. Im Städtchen Bodaibo ging eine Mutter aus dem Hause, um Besorgungen zu machen. Sie ließ einen Säugling in der Wiege zurück und sagte, bevor sie ging, zu ihrem um ein paar Jahre älteren Jungen: „Gib auf den Kleinen acht, daß er nicht weint." „Und wenn er dennoch weint?" „Dann schneide ihm die Zunge aus", sagte die Mutter sorglos scherzend. Als dann die Mutter nach einer Weile heimkehrte, fragte sie: „Nun, hat der Kleine geweint?" „Ja." „Und was hast du getan?" „Ich habe ihm die Zunge ausgeschnitten, da hat er aufgehört." In der Wiege lag auch das Kind tot infolge der Verblutung und auf der Decke die Zunge mit einer Schere. In ihrem Entsetzen stieß die Mutter den kleinen Verbrecher mit solcher Heftigkeit mit dem Kopfe gegen die Wand, daß das Kind tot umfiel. Aus Verzweiflung erhängte sich die Mutter. —

Roheiten von Irrenwärtern.

Die Aufseher der städtischen Irrenanstalt in Rom haben, da ihnen eine Gehaltsaufbesserung verweigert wurde, sich zu rohen Ausschreitungen hinreißen lassen. Sie verteilten an die Kranken Brot, in welches sie Nägel eingebacken hatten, sowie Suppen, in welchen Mäuseleichen abgekocht waren. Wegen dieser Zwischenfälle hat der Direktor dieser Anstalt sämtliche Leute entlassen. —

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt, 19. Februar.

Aufgebote: Gastwirt Paul Kliemchen mit Therese Behrends. Büfettier Karl Hasiedt in Staßfurt mit Elisabeth Bode hier. Konsist.-Sekret. Max Bindemann mit Elisabeth Hendecke. Mechaniker Franz Herbst mit Elsa Bels. Schlosser Robert Viek mit Margarete Dombrowsky. Kaufmann Edmund Rose in Langenweddingen mit Agathe Wedemeier hier. Arb. Paul Golditz mit Elli Goeckingk.

Eheschließungen: Postschaffner Christ. Geerke mit Marie Zänker. Gerichts-Assessor Erich Heymann mit Editha Gerike. Kaufmann Hans Mund mit Marianne Gerike.

Geburten: Egon, S. des Eisenb.-Hilfsbremsers August Breß. Georg, S. des Monteurs Paul Berthold. Ruth, T. des Bankvorstehers Paul Akemann. Walter, S. des Kutschers Karl Trumpf. Günter, S. des Reichsbankbuchhalters Hans Dehmlow. Ilse, T. des Konsist.-Hilfskanzleidieners Friedrich Günther. Willi, S. des Arbeiters Herm. Harnack.

Todesfälle: Witwe Wilhelmine Heinß geb. Thielicke, 81 J. 29 T. Friederike geb. Schulze, Ehefr. des Gasthofbes. Andr. Bebenroth in Altenplathow, 64 J. 1 M. 25 T. Wilhelmine geb. Schüler, Ehefr. des Heizers Friedrich Hartwig, 53 J. 3 M. 10 T. Arb.-Inval. Karl Geuse gen. Nicodemus, 48 J. 8 M. 3 T. Otto Mohrhoff, ohne Beruf, 31 J. 6 M. 8 T.

Totgeburt: T. des Konsist.-Hilfskanzleidieners Friedrich Günther.

Neustadt, 19. Februar.

Aufgebote: Bäcker Wilhelm Fichtner in Barleben mit Frida Minna Anna Vermuth hier. Friseur Hermann Karl Wegener in Röschenrode mit Elfe Klara Juliane Schönknecht hier. Arbeiter Willi Schönknecht mit Anna Richter.

Eheschließungen: Schneider Alb. Koitzsch mit Marie Thiele. Kassierer Edmund Wehe mit Nanni Friese.

Geburten: Karl, S. des Arbeiters Hermann Fricke. Emma Berta, unehel. Paul, S. des Arbeiters Paul Heint. Gertrud, T. des Arbeiters Otto Fricke. Hildegard, T. des Kutschers Franz Bunge. Rudi, S. des Zimmermanns Max Engelmann. Lisbeth, T. des Hilfsweichenstellers Rud. Schulte.

Todesfall: Witwe Dorothee Ballerstedt geb. Otte verw. Wießner, 72 J. 11 M. 27 T.

Sudenburg, 19. Februar.

Aufgebote: Eisendreher Wilhelm Theodor Otto Finke mit Marie Anna Martha Schattke. Kernmacher Otto Schlosshauer in Gr.-Ottersleben mit Anna Margarete Ott hier.

Eheschließungen: Maschinenarbeiter Wilhelm Fröde mit Helene Stamfenbiel. Arbeiter Richard Oswald mit Anna Pereritz. Bauarbeiter Paul Schröder mit Martha Schippke geb. Brandes. Arbeiter Gustav Tribuch mit Emma Schumann.

Geburten: Karl, S. des Formers Robert Weißenfeld. Paul, S. des Arbeiters Joh. Gerstenkorn. Gertrud, T. des Eisenbahn-Hilfsheizers Gustav Schmarz. Wolfgang, S. des Lehrers Hermann Berkefeld.

Todesfälle: Elsbeth, T. des Handelsmanns Otto Erbig, 10 J. 1 M. 17 T. Witwe Luise Eschke geb. Genthe, 70 J. 3 M. 28 T. Witwe Natalie Schröber geb. Gisler, 77 J. 10 M. 17 T.

Bucken, 19. Februar.

Eheschließung: Versicherungsbeamter Artur Ziese mit Luise Dittmann.

Todesfall: Privatmann Ad. Rückwart, 66 J. 7 M. 28 T.

Aschersleben.

Todesfälle: Gertrud, T. des Wollfabrikanten Otto Junge, 6 J. 2 M. 6 T. Hans, S. des Gärtners Friedr. Lauenroth, 3 M. 21 T.

Burg.

Eheschließung: Pantinenmacher Karl Friedrich Wilhelm Endler mit Emma Martha Friedrich.

Geburten: T. des Tischlers Herm. Rosewich. T. des Schuhmachers Ernst Kegel.

Todesfall: Grete, T. des Maurers Wilh. Krüger, 9 M.

Neuhaldensleben.

Geburten: T. des Geschäftsführers Wilhelm Fugmann. T. des Kaufmanns Georg Karl Eduard Pieper.

Todesfälle: August Richard, S. des verst. Arbeiters August Fehlhauer, 3 J. 4 M. 15 T. Frida, T. des Arbeiters Wilhelm Oelze, 1 J. 8 M. 2 T.

Staßfurt.

Aufgebote: Kesselschmied Hermann Wilhelm Richter in Oberhausen mit Emma Dolg in Neundorf. Fabrikarbeiter Hermann Schulz mit Anna Mainzer.

Geburten: S. des Spediteurs Hermann Stein. T. des Bergarbeiters Friedrich Pannecke.

Todesfall: Wiegemeister Heinrich Gitze, 56 J.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Unter dieser Rubrik kostet die Zeile 1 Mark.

Etwas was Sie interessiert!

Miriam

Die neue 2½ Pfg.-Cigarette.

In Deutschland nach orientalischem System von garantiert naturell aromatischen Tabaken hergestellt, kann diese Cigarette trotz der hervorragend guten Qualität schon mit

2½ Pfg.

das Stück verkauft werden.

Beachten Sie den Namen

„Miriam" und die Firma „Yenidze"

Zu haben in den einschlägigen durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften.

M92

Konsumverein für Halberstadt u. Umg.

E. G. m. b. H. zu Halberstadt.

Bilanz am 30. September 1909.

Vermögen	Mk.	Verpflichtungen	Mk.
An Kassakonto	375.45	Per Geschäftsguthabenkonto	28154.77
„ Stammeinlagekonto Großeinkaufs-Gesellschaft	2254.80	„ [illegible]	[illegible]
„ Anteilkonto [illegible]	[illegible]	„ [illegible]	[illegible]
„ Inventarkonto	6452.54	„ Hypothekenkonto	31800.0[illegible]
„ Fuhrwerkkonto	400.00	„ Reservefondskonto	[illegible]
„ Grundstückkonto	56770.40	„ Dispositionsfondskonto	1927.0[illegible]
„ [illegible]	[illegible]	„ Spareinlagenkonto	15572.5[illegible]
„ Marken-Rückkauf-konto	[illegible]	„ Reingewinnkonto	24989.[illegible]
„ Bankkonto	[illegible]		
„ Außenstände auf [illegible]	1247.50		
„ Außenstände auf Kohlen	4718.87		
„ Warenkonto	[illegible]254.56		
	[illegible]		[illegible]

Mitgliederbewegung.

Zahl der Mitglieder am 1. Oktober 1908 . . . . . 19[illegible]
Bis zum 30. September 1909 eingetreten . . . . . [illegible]
[illegible]
Am 30. September 1909 schieden aus . . . . . [illegible]
Bestand am 30. September 1909 . . . . . [illegible]

Die Geschäftsguthaben

der Mitglieder betrugen am 1. Oktober 1908 . . . [illegible] Mk.
dieselben haben sich vermehrt um . . . . . 5721.75 „
und betragen am 30. September 1909 . . . . . 28154.77 Mk.

Die Haftsumme

der Mitglieder betrug am 1. Oktober 1908 . . . [illegible] Mk.
sie vermehrte sich um . . . . . [illegible] „
und beträgt am 30. September 1909 . . . . . [illegible] Mk.

Der Vorstand.

Gustav Mikowsky. Karl Schultze. Friedrich Lessa.

Arbeiter-Bildungsausschuß für den Kreis Wanzleben.

Kunstabende

Dienstag den 22. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Schütze in **Klein-Ottersleben**.

Mittwoch den 23. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Köppe in **Diesdorf**.

Donnerstag den 24. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Stiller in **Fermersleben**.

Freitag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Cäsar in **Lemsdorf**.

Sonnabend den 26. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Paulmann in **Beyendorf**.

Sonntag den 27. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale der Witwe Strumpf in **Groß-Ottersleben**.

Außerdem findet am **Mittwoch, Sonnabend** und **Sonntag nachmittag** je ein

Märchen-Nachmittag

für die Kinder statt, und zwar in **Diesdorf, Beyendorf** und **Groß-Ottersleben**.

Mitwirkende sind:

Frau Walkotte (Berlin), Gebrüder Kitzel (Magdeburg).

Außerdem in **Lemsdorf** und **Groß-Ottersleben** die beiden dortigen Gesangvereine und Gesangs **Mössinger (Magdeburg)**.

Eintrittskarten zu allen Veranstaltungen zum Preise von **30 Pfennig für die Abendveranstaltungen** und **10 Pfennig für die Kinder-Nachmittage** sind auch in den einzelnen Lokalen noch zu haben. 3566

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Bildungsausschuß.

Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Katarrh und Keuchhusten werden durch die von Aerzten erprobten und empfohlenen **Kaisers Brust-Caramellen** mit den 3 Tannen schnell beseitigt. 5500 notariell beglaubigte Zeugnisse beweisen den durchschlagenden Erfolg. Paket **25 Pfg.**, Dose **50 Pfg.** Ueberall erhältlich. (Bestes feinschmeckendes Malz-Extrakt.) 2861

Gewerkschaftskartell Aschersleben.

Donnerstag den 24. Februar 1910, abends 8½ Uhr, im Lokale von P. Fetzsche

Sitzung

Tagesordnung: 1. Herbergswesen. 2. Wie stellt sich das Gewerkschaftskartell zu der Antwort der Saalbesitzer? 3. Verschiedenes. 3564

Zu dieser Sitzung sind alle Vorstände der Gewerkschaften sowie die Vorstände der Gesangvereine, Turnvereine und Radfahrervereine hiermit eingeladen. **Der Vorstand.**

Konsumverein „Biene" für Schönebeck a. E. und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Wir suchen zum baldigen Antritt einen 3496

Kassierer

der gleichzeitig das **Zentrallager** verwaltet und mit der **Buchführung** vertraut ist.

Gehalt 2000 Mark. — Kaution sind 3000 Mark erforderlich.

Reflektanten wollen bis spätestens den **24. d. M.** an den unterzeichneten Aufsichtsratsvorsitzenden ihre Bewerbungen einreichen.

Fr. Buss, Schönebeck a. E.

Welsleber Straße 12, 1 Tr. rechts.

ZUR KONFIRMATION

Passende Geschenk-Artikel!

Evangelisches Gesangbuch für die Provinz Sachsen

Herausgegeben mit Genehmigung der kirchlichen Behörden
— durchweg in neuzeitlichen geschmackvollen Einbänden —

Stück 1.45 1.95 2.45 2.95 3.25 3.45 bis 7.85

Konfirmations-Karten in reichster Auswahl

Goldschnittkarten mit Goldschrift, tadellose Ausführung Stück 5 4 3 2 Pf. | Buchkarten elegante Ausführung Stück 12 10 9 7 5 Pf.

Vergißmeinnicht christliche und klassische Ausgaben . . . . . Stück 50 65 95 bis 1.75

Empfehlenswerte Goldschnittwerke

mit reich gepreßtem, elegantem Einband

Gedenke mein	Stück 90 Pfg.	Goethes Gedichte	Stück 1.65
Im Zauber der Dichtung	Stück 1.35	Schillers Gedichte	Stück 1.65
Knospen und Blüten	Stück 1.70	Uhlands Gedichte	Stück 1.65
Bunte Blätter	Stück 2.10	Körners Gedichte	Stück 1.65

Richard Wagner-Album

Elegant kartoniert . . Band 3.50
Elegant gebunden . . Band 5.00
3 Bände
enthaltend die beliebtesten Teile aus Parzival, Meistersinger, Rheingold, Siegfried, Lohengrin, Tannhäuser, Walküre, Tristan u. Isolde, Götterdämmerung.

Unsre Klassiker

in modernen Einbänden
jeder Band 1.25
2 Bände 2.25
4 Bände 4.40
Goethe 4 Bände, Schiller 4 Bände, Heine 4 Bände, Chamisso 1 Band, Hauff 3 Bände, Hebbel 2 Bände, sowie sämtliche andre.

Für frohe Kreise

— Alleinverkauf für Magdeburg —
Elite-Album
der beliebtesten Operettenmelodien und Tänze, 50 Piecen, darunter:
Mifz Dudelsack
Herbstmannöver
Förster-Christl
Fideler Bauer
Dollarprinzessin
u. v. a.
elegant gebunden 2.65

Henriette Davidis' Kochbuch weltbekannte Ausgabe, elegant gebunden, 480 Seiten . . . . . 85 Pf.

Damen-Handtaschen in modernen, aparten Mustern
1.75 2.45 2.95 3.75 4.45 6.50 bis 15.00
Portemonnaies in verschiedenen Lederarten und Fassons
75 95 Pf. 1.45 1.75 2.25 2.75 bis 6.00
Visitenkarten-Taschen, schmale und breite Form
45 65 95 Pf. 1.45 1.75
Brieftaschen in verschiedenen Ausführungen
48 95 Pf. 1.45 2.45 2.95 bis 6.00
Schreibmappen, Leder und lederartig
95 Pf. 1.45 1.75 2.25 2.65 3.45 4.75
Photographie-Albums, Plüsch, Leder und lederartig
95 Pf. 2.95 4.45 5.25 6.45
Handschuh-, Taschentücher-, Kragen- oder Manschetten-Kasten in apartesten Mustern . . . . . 45 95 Pf. 1.45 2.95

Damengürtel schwarz, Seide, Samtgummi oder Taffet, mod. Schliefzen 3.25 2.45 1.95 1.45 95 Pf.

Damen-Gold- und Silberfrisé-Gürtel, glatt und gemustert
3.45 2.75 1.45 95 Pf.
Damen-Seidengummigürtel in modernen Farben und eleganten Schliefzen 3.45 2.25 1.25

Manschettenknöpfe, einfachste bis eleganteste Ausführung
1.75 1.25 85 65 45 38 24 Pf.
Krawattennadeln, vornehme Muster, Perlen und Simili
1.75 95 85 45 Pf.
Uhrketten, vernickelt, Dublee und Silberdublee
45 75 95 Pf. 1.75 2.95 bis 12.75
Herren-Taschenuhren, vernickelt, Stahl, 800 Silber u. vergoldet
2.95 4.25 4.45 7.75 8.45 9.75
Damen-Taschenuhren, moderne Ausführung 8.25
Halsketten, mit und ohne Anhänger, 800 Silber 3.75 2.95 95 Pf.
Halsketten, vergoldet und Prima Golddublee
95 Pf. 1.25 2.25 3.45 4.75 6.45 bis 12.00
Kettenarmbänder, versilbert, 800 Silber
45 95 Pf. 1.95 2.25 2.95 3.75 bis 7.00
Kettenarmbänder, vergoldet u. Prima Golddublee mit modernem Anhänger . . . . 45 95 Pf. 1.45 2.45 5.95 bis 8.45
Ringe, 333/1000 . . . . . Stück 95 Pf. 1.45 2.45 4.45
Broschen, Dublee, mattgoldartig und Silberdublee
95 Pf. 1.45 1.75 2.25 2.85 3.75

Konfirmations-Bilder
Glas und mit mod. Holzrahmen
Stück 22 28 42 48 Pf. bis 1.55

Warenhaus Gebr. Barasch

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.

Bureau: Gr. Münzstraße 3, 1 Tr. — Telephon-Anschluß Nr. 1912. Sprechstunden nur wochentags am Vormittag von 9½ bis 12 Uhr, am Nachmittag von 5 bis 7 Uhr.

Am Freitag den 11. März, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Luisenpark", Spielgartenstr. 1c:

Lichtbilder-Vortrag

des Herrn **Fritz Kummer (Stuttgart)** über:

Industrie u. Arbeiter in Amerika

Der Vortragende ist den Verbandskollegen aus seinen mit „Chagrin" unterzeichneten Reiseberichten in der „Metallarbeiter-Zeitung" bekannt und ist durch seinen langen Aufenthalt in Amerika und Japan ein ausgezeichneter Kenner der amerikanischen und japanischen Wirtschaft, die er in seinen Vorträgen behandelt. Im Anschluß an den Vortrag wird durch eine Anzahl Lichtbilder ein noch besseres Verständnis für Leute und Einrichtungen des betreffenden Landes erreicht. — Die Bezirksleitungen und Vertrauensleute sind berechtigt, Eintrittskarten auch an Familienangehörige der Mitglieder, ferner auch an solche noch nicht organisierte Metallarbeiter abzugeben, die Interesse für die Arbeiterbewegung bekunden.

Kollegen! Sorgt dafür, daß diese seltene Gelegenheit zur Erweiterung des Wissens auf dem vorbezeichneten Gebiet von Tausenden unsrer Berufsangehörigen benutzt wird.

Der Eintritt ist frei und erfolgt nur unter Vorzeigung der Karte. Mit Gruß **Die Verwaltung.**

Burg Arbeitersekretariat Burg

für die Kreise Jerichow I und II

Fernspr. 806. **Franzosenstraße 16.** Fernspr. 806

Achtung! Achtung!

Geschäfts-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum mache ich hiermit die ergebenste Anzeige, daß ich am 8. März d. J. die

Rind- und Schweineschlächterei

des Herrn **August Dugas, Lüneburger Straße 21,** übernommen habe.

Ich werde stets bemüht sein, meine werten Kunden durch Verabreichung von nur

ff. Wurst, Fleischwaren sowie ff. Aufschnitt

kulant zu bedienen. Indem ich bitte, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen, empfehle mich 3874

Hochachtungsvoll ergebenst

Gotthard Weissfloch.

Achtung! Achtung!

Ortskrankenkasse
für die im Maurer- u. Baugewerk beschäftigten Personen zu Magdeburg.

Am Mittwoch den 23. März d. J., abends 8 Uhr, im „Bürgerhaus", Stephansbrücke 38:

Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Vertreter-, Vorstands- und Revisorenwahlen.
3. Verschiedenes. (Entgegennahme von Vorschlägen zur Erhöhung der Kassenleistungen.) 3867

Es ladet ein **Der Vorstand.**
J. A.: Th. Schleue, Vorsitzender.

Philharmonie 2 Jakobstr. 2
A. Stollberg, Oekonom

Täglich abends von 7 bis 12 Uhr 3804

Humoristisches Konzert

von der Origin. Nürnberg. Schrammlkapelle „Fidele Bayern"
Eintritt frei! Th. Popp. Eintritt frei!

Sprechmaschinen mit 6 Platten, 25 Mark, Dreiengelstr. 4.

Burg Zerbster Straße 22
Jed. Mittwoch fr. Wurst.
Sonnabend: Knoblauchwurst.
3744 **Ernst Giese.**

Küchenzettel der Magdeburger Volksküche Große Marktstraße 12.

Dienstag: Erbsen mit Schweinefleisch.
Mittwoch: Mohrrüb. m. Schweinefleisch.
Donnerstag: Linsen mit Rippenspeck.
Freitag: Kartoffelbrei mit gebratener Leber.
Sonnabend. Reisfuppe mit Rindfleisch.

ZENTRAL-THEATER

Nur noch wenige Tage!
Olga
Desmond
Die Berühmtheit der Berliner Schönheitsabende
Ernesto Bellini
— das telepathische Phänomen —
Karl Bernhard
der beliebte Humorist
und weitere 8 Schlager!

Musik-Platten für Sprechmasch., 2seitig, in großer Auswahl Dreiengelstr. 4.

Stadtgespräch ist der allabendl. unbeschreibl. Erfolg im

Walhalla-Theater
des Saisonschlagers
Der Graf von Monte Christo 3873
Rob. Förster vom Schiller-Theater in Berlin als Gast.
Anf. 8½ Uhr. Vorzugsk. gültig.

Fürstenhof Theater
Eing. Prälatenstr.

20 Jahre unschuldig im Zuchthaus.
Drama in 3 Akten
1. Akt: Im Kriminalgefängnis.
2. Akt: Bei Frau und Kind.
3. Akt: Die Ehebrecherin.

1805 Vorzugskarten gelten.

Zentralverb. d. baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Nachruf.

Am Sonnabend den 5. März starb unser langjähriges Mitglied 3875

Friedrich Reichmann

im Alter von 62 Jahren an Lungenentzündung. Seit der im Jahre 1896 erfolgten Gründung unsres Zweigvereins hatten wir an ihm ein treues, opferwilliges Mitglied. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Dienstag den 8. März, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neustädter Friedhofs aus statt.

Eldorado
Gr. Junkerstr. 12
Täglich, abends 8 Uhr
Varieté-Vorstellung.
Vollständig neues Programm!
Kabarett-Vorträge.

Sonnabend den 5. März, früh 4 Uhr, verschied nach langem Leiden unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder und Onkel, der Invalide

Friedrich Reichmann

im 63. Lebensjahre. Dies zeigen mit der Bitte um stilles Beileid tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Dienstag den 8. März, nachmittags 2 Uhr, auf dem Neustädter Friedhofe statt.

Das erlösende Wort

bei den heutigen hohen Butterpreisen heisst:

Cocosa

Pflanzenbutter

Margarine, unerreicht für Tafel und Küche, schäumt und bräunt beim Braten wie allerfeinste Meiereibutter, angenehmer, milder Geschmack. Die Ersparnis ist enorm. Bestandteile: Das Fruchtmark der Cocosnuss (Cocosin), Milch und Eigelb.

Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
Jurgens & Prinzen, G. m. b. H.
Goch (Rhld.)

KLEIDERSTOFFE

Die große Mode!

Schwarz-weiße Stoffe für Kleider, gestreift und kariert, in Cheviot und Kammgarn, teils mit farbigem Durchzug . . . . . Meter von 1.00 bis 4.50

Schwarz-weiße Stoffe für Kostümröcke, bis 130 cm breit, ohne Futter zu verarbeiten, schwere Qualitäten . . . . . Meter von 2.20 bis 4.50

Schwarz-weiße Stoffe für Blusen, in geschmackvollen Streifen und Karos, in Flanell- und Popeline-Geweben . . . . . Meter von 95 ₰ bis 3.00

Schwarz-weiße Stoffe für Kinderkleider, in Halb- und reiner Wolle, reizende neue Dessins . . . . . Meter von 75 ₰ bis 2.50

Schwarz-weiße Seide für Blusen, in aparten Streifen und Karos, in nur soliden Qualitäten . . . . . Meter von 1.50 bis 5.00

Schwarz-weiße Seide für Kleider, in Taffet, Louisine, Surah ꝛc., geschmackvolle, vornehm wirkende Muster . . . . . Meter von 1.50 bis 4.25

Hahnen-Tritt-Gewebe letzte Saison-Neuheit, aparte Dessins, in allen von der Mode bevorzugten Farben . . . . . Meter von 95 ₰ bis 3.80

Damen-Konfektion

Kleider in allen modernen Stoffarten, eleg. garniert, für Straße und Gesellschaft von 17.50 bis 235.00

Kostüme in feinen Cheviot- u. Kammgarnstoffen in engl. Geschmack u. allen Modefarben von 16.50 bis 150.00

Paletots u. Jacketts aus guten schwarz. Stoffen in schicken neuen Formen von 4.00 bis 75.00

Farbige Paletots aus Stoffen englischer Art, in neuestem Schnitt . . . von 3.90 bis 62.00

Kostümröcke glatt u. garniert, fußfrei u. lang, in allen gangbaren Stoffen . von 3.50 bis 75.00

Morgenröcke u. Matinees in geschmackv. Machart a. verschied. Stoff. von 2.75 bis 36.00

Golfjacken weiß und farbig, gewebt, maschinen- und handgestrickt, neue Muster von 2.90 bis 32.00

Konfirmanden-Jacketts aus guten Stoffen, mit und ohne Schleife von 3.75 bis 16.00

Konfirmanden- u. Prüfungs-Kleider aus guten schwarzen, weißen und farbigen Wollstoffen . . von 17.50 bis 50.00

Gemusterte Kleiderstoffe

Kleinkarierte Phantasiestoffe in großer Farbenauswahl Meter von 1.15 bis 2.60

Feingestreifte Phantasiestoffe i. Alpaka- u. Cheviotgeweben Meter von 1.00 bis 2.80

Wolltaffet, gestreift u. kariert in aparten Farbenstellung. Meter von 1.10 bis 3.50

Popeline in allen Modefarben m. geschmackv. schmal. Streifen . Meter von 1.50 bis 3.75

Graumelierte Stoffe in engl. Geschmack für Kleider und Kostüme . . Meter von 1.30 bis 7.50

Covercoat-Gewebe in vornehm wirkenden Dessins Meter von 2.00 bis 7.50

Changeant-Gewebe mit wunderbaren Farbenspielungen . . . Meter von 3.50 bis 3.75

Cheviot u. Diagonal perlé geschmackvolle Neuheiten für Kleider und Kostüme . . . . Meter von 2.50 bis 4.50

Kostümstoffe 130 cm breit, in herrenstoffähnlichem Geschmack . . . . . Meter von 2.40 bis 8.50

Einfarbige Kleiderstoffe

Wollbatist und Popeline in wunderbaren, neuen Farbensort. Meter von 1.40 bis 5.50

Diagonals und Chevrons in Cheviot und Kammgarn . . Meter von 1.25 bis 4.00

Corkscrew, Satintuch u. Serge in guten, reinwoll. Qual. Meter von 1.35 bis 4.50

Mohärstoffe in Diagonal- und Chevronbindung Meter von 1.65 bis 2.25

Kreponstoffe in Wolle, Halbseide und Seide, große Saison-Neuheit . . . Meter von 2.00 bis 12.00

Crêpe Voile leichte, vornehm wirkende Gewebe Meter von 3.00 bis 4.50

Coteline eleganter Wollstoff, in feinsten Modefarben Meter 5.50

Halbseidene Gewebe als Eolienne, Krepon, Popeline usw., für elegante Kleider Meter von 3.00 bis 5.75

Russenkittel „Hansi" aus reinwollenem Cheviot, reich garniert, mit Stoffpaspel und kunstgewebter Borüre . . Größe 45 3.50 M.

Blusen aus Woll- u. Mousseline-Stoffen, in hundertfacher Auswahl von 3.90 bis 28.00

Blusen aus Seide, Tüll oder Spachtel, elegant garniert . . . von 5.50 bis 60.00

Mädchen-Kleider Matrosenk. a. reinw. guten Cheviot von 6.75 bis 21.00

Mädchen-Kleider a. gut., mod. Stoffen, i. versch. Machart v. 2.75 bis 34.00

Paletot „Florenz" elegant verarbeitet, in grau weiß oder schwarz weiß karriert, ca. 120 cm lang 14.50

Backfisch-Kostüm „Ida" aus gutem Cheviot, eleg. verarbeitet, mit mod. Schalkragen u. Faltenrock i. feinen Farben, als braun, Kirschblau, marine usw. . . . 17.50

Blusen-Popeline teils m. Seidenstreif. Mtr. von 0.75 bis 2.50

Blusen-Flanelle in feinem Wiener Geschm. Mtr. v. 0.95 bis 2.80

Knaben-Anzüge aus dauerhaft. Stoffen in solid. Verarbeit. von 2.50 bis 32.00

Knaben-Pyjacks aus blauem Cheviot, m. u. ohne Abzeichen von 3.50 bis 24.00

Baby-Jacken in verschiedenst Stoffen, m. und ohne Ueberkragen von 3.00 bis 9.50

Capes für Knaben u. Mädchen, a. blauem Cheviot oder imprägn. Loden von 1.50 bis 10.50

Kostüm „Elga" aus reinwoll. Stoffen engl. Art, Gerner Fabrik, eleg. verarb. m. garn. Schalkrag. 32.00

Wir machen ganz besonders auf unser **Sonder-Angebot in Blusen und Kostümröcken** aufmerksam und bitten um Beachtung unsrer Auslagen. Eingang Breiteweg

Mädchenkleid „Fifi" a. schwarz/weißem, reinwollenem Stoff, apart verarb., m. farb. Stoffpaspel, Gürtel u. Knopfgarnitur, ganz auf Futter Gr. 60 Jede w. Gr. 1.25 mehr 13.50 M.

Mädchen-Wettermantel „Pluvius" aus grauem u. inoxfarbigem, wasserdichtem Loden, mit doppelt. Brust- und Rückenschutz, Größe 3 . . . 5.50

Steigerwald & Kaiser